

Nr. 24

REVOLUTIONÄRER KOMMUNISMUS

Marxismus und die Taktik der Einheitsfront (Teil 1)

von Michael Pröbsting

www.rkob.net

| www.diekommunisten.net

| März 2017

| Preis: 3 €

THEORETISCHES JOURNAL DER RKIT/RCIT



Deutschsprachiges Journal der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT), Nr. 24, März 2017

| | |
|--|------|
| <i>Vorwort</i> | S.3 |
| <i>Einleitung</i> | S.3 |
| <i>I. Zusammenfassung des Wesens der Einheitsfronttaktik</i> | S.4 |
| <i>II. Die Einheitsfronttaktik in der Geschichte der revolutionären ArbeiterInnenbewegung</i> | S.6 |
| Marx und Engels zur Einheitsfront | S.6 |
| Anwendung der Einheitsfronttaktik durch Lenin und die Bolschewiki | S.7 |
| Kodifizierung der Einheitsfronttaktik durch die Kommunistische Internationale | S.8 |
| Trotzki und die Vierte Internationale zur Einheitsfronttaktik | S.10 |
| <i>III. Der Kampf um die proletarische Hegemonie unter heutigen Bedingungen: soziale und ökonomische Veränderungen</i> | S.14 |
| Die Verlagerung des Schwerpunkts des heutigen Weltproletariats in den Süden | S.14 |
| Das Elend der landlosen Bauernschaft und der städtischen Armut | S.20 |
| <i>IV. Der Kampf um proletarische Hegemonie unter heutigen Bedingungen: Politische Veränderungen</i> | S.21 |
| Die Krise der bürgerlichen ArbeiterInnenparteien | S.21 |
| Die marxistischen Klassiker zur Arbeiterbürokratie | S.24 |
| Der Aufstieg neuer reformistischer Parteien und des kleinbürgerlichen Populismus | S.26 |
| Marxistische Klassiker zum Kampf um proletarische Hegemonie in der Befreiungsbewegung | S.32 |
| <i>Fussnoten</i> | S.34 |

RCIT Deutschland

Web: <http://www.diekommunisten.net/>

Email: rcit@diekommunisten.net

RCIT Österreich

Web: <http://www.rkob.net/>

Email: aktiv@rkob.net

Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz

Web: www.thecommunists.net

Email: rcit@thecommunists.net

Tel/SMS/WhatsApp/Telegram:
+43-0650-4068314

Adresse: Fuchselhofgasse 6,
1120 Wien, Österreich

Revolutionärer Kommunismus ist das deutschsprachige theoretische Journal der *Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz* (RCIT). Die RCIT hat Sektionen und Aktivisten in Pakistan, Sri Lanka, Jemen, Tunesien, Türkei, Israel / Besetztes Palästina, Brasilien, Mexiko, Venezuela, Zimbabwe, Aotearoa/Neuseeland, Britannien, Deutschland, und Österreich.

Der Kampf für die proletarische Hegemonie in der Befreiungsbewegung und die Einheitsfronttaktik heute (Teil 1)

Über die Anwendung der marxistischen Einheitsfronttaktik in den halb-kolonialen und imperialistischen Ländern in der gegenwärtigen Periode

Von Michael Pröbsting, *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz (RCIT)*, Mai 2016

VORWORT

Vorwort der Redaktion: Im Folgenden veröffentlichen wir das von Michael Pröbsting verfasste Buch „*Marxismus und Einheitsfronttaktik*“. Das Buch erschien ursprünglich in englischer Sprache im Mai 2016 als E-Book bzw. als Ausgabe 51 und 52 des englischsprachigen internationalen Journals der *Revolutionär-Kom-*

munistische Internationale Tendenz (RCIT).

Michael Pröbsting ist der Internationale Sekretär der RCIT. Alle Publikationen der RCIT können über unsere Kontaktadresse bezogen werden. Wir bedanken uns für die Übersetzung des Buches bei Gerline K.

EINLEITUNG

Das vorliegende Buch stellt eine ausführlichere Erläuterung der *Thesen zur Einheitsfronttaktik* dar, die die *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz (RCIT)* kürzlich auf einem internationalen Führungstreffen verabschiedet hat.¹ Wir empfehlen das Studium dieser Thesen in Verbindung mit dem vorliegenden Dokument.

Die Absicht dieses Buches ist es sowohl die Hauptgedanken der marxistischen Einheitsfronttaktik zusammenzufassen wie auch die Weiterentwicklung dieser Taktik, die in den *Thesen* ersichtlich wird, zu erklären.

Wie im Vorwort zu den *Thesen* erwähnt, basieren diese auf einem Dokument, das von der Vorgängerorganisation der RCIT – der *Liga für eine Revolutionär Kommunistische Internationale* – vertreten wurden und die wir im Jänner 1994 angenommen haben. Der Klassenkampf und die politischen Kräfte der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten haben in den letzten zwei Jahrzehnten wichtige Veränderungen und Entwicklungen erlebt. Unsere Erfahrung hat auch gezeigt, dass die damals angenommenen *Thesen*, ungeachtet ihrer allgemeinen Richtigkeit und ihres prinzipienfesten Charakters, gewisse Schwächen beinhalteten, die korrigiert werden mussten, um die Einheitsfronttaktik auf wahrhaft kommunistische Weise anwenden zu können.

Folglich hat die RCIT die alten *Thesen* grundlegend überarbeitet, so dass die vorliegenden *Thesen* und das zugehörige erläuternde Dokument als etwas Neues betrachtet werden können.

In den folgenden Kapiteln werden die Hauptmerkmale der Einheitsfronttaktik kurz zusammengefasst und die Herangehensweise der marxistischen Klassiker zu diesem Thema erarbeitet.² Dann werden wichtige soziale Entwicklungen in der ArbeiterInnenklasse und den Volksmassen sowie in ihren politischen Strukturen der letzten Jahrzehn-

te herausgearbeitet. Danach folgt die Diskussion, wie die Einheitsfronttaktik im Lichte einer Reihe neuer Entwicklungen (Aufstieg kleinbürgerlicher populistischer Parteien, Niedergang der klassischen reformistischen Parteien, die Rolle der nationalen Minderheiten und der MigrantInnen in den imperialistischen Ländern etc.) angewendet werden soll.

Schließlich sei darauf hingewiesen, dass, wenn von der revolutionären Partei die Rede ist, sich das genauso auf die kleineren Organisationen – also Vorstufen zur Partei – bezieht und damit auf den Zustand, in dem sich RevolutionärInnen derzeit befinden.

I. ZUSAMMENFASSUNG DES WESENS DER EINHEITSFRONTTAKTIK

Das Ziel der Einheitsfronttaktik besteht darin, den KommunistInnen die Vertiefung ihrer Beziehung zur und ihres Einflusses auf die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten zu ermöglichen. Die Kommunistische Internationale fasste dieses Ziel auf ihrem Dritten Weltkongress 1921 in der Losung "Zu den Massen" zusammen. Um das zu erreichen, müssen KommunistInnen so eng wie möglich mit ArbeiterInnen zusammenarbeiten, die – zumindest derzeit – ihre Meinungen nicht teilen. Dadurch soll die größtmögliche Einheit mit allen Werktätigen und Unterdrückten in unserem gemeinsamen Kampf gegen die herrschende Klasse und den Imperialismus erwirkt werden.

Gleichzeitig müssen KommunistInnen diese gemeinsame Erfahrung des Kampfs Seite an Seite mit nicht-revolutionären ArbeiterInnen und Unterdrückten dazu nutzen, um das politische Bewusstsein letzterer zu heben, denn – wie es der Vater des russischen Marxismus, Georgi Plechanow, so treffend formulierte: *"Der einzige Zweck und die unmittelbare und geheiligte Pflicht der SozialistInnen ist die Förderung des Klassenbewusstseins des Proletariats."* Unter Nutzung der eigenen Erfahrungen der ArbeiterInnen und den Unterdrückten müssen KommunistInnen ihnen dabei helfen, das Versagen und den Verrat ihrer traditionellen Führungen besser zu verstehen und sie von der Richtigkeit der Linie der revolutionären Partei zu überzeugen.

Die Prinzipien der Einheitsfronttaktik können in der militärischen Metapher *"getrennt marschieren, vereint schlagen"* zusammengefasst werden. Das heißt, dass RevolutionärInnen ihre Kräfte mit anderen nicht-revolutionären Organisationen vereinen, um praktische gemeinsame Aktionen für spezifische Ziele gegen einen jeweiligen Feind zu organisieren. In diesem Handeln behalten KommunistInnen ihre volle politische und organisatorische Unabhängigkeit. Mit anderen Worten, die revolutionäre Organisation verbreitet ihre eigene Propaganda und Agitation, die sich in der jeweiligen Frage beträchtlich von den Ansichten der diversen Kräfte, mit denen sie sich in der Einheitsfront verbündet, unterscheiden kann. Solche Propaganda und Agitation mag unter bestimmten Umständen auch strenge Warnungen oder Kritik oder Anprangerung ebendieser Verbündeten bedeuten, etwa wenn letztere den Kampf für die gemeinsam vereinbarten Ziele verraten wollen. Kurz, KommunistInnen sollten die Einheitsfronttaktik dazu nutzen, Einheit in der Tat mit anderen Kräften gegen einen gemeinsamen Feind zu erlangen, wobei sie jedoch immer ihre eigene politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren. Aus diesem Grund sollten KommunistInnen keine gemeinsame Propaganda mit nicht-revolutionären Kräften, mit denen sie in der Einheitsfront verbündet sind, herausgeben. Die einzigen gemeinsamen Publikationen, zu denen KommunistInnen beitragen können, müssen konkret mit den Aktivitäten der Einheitsfront verknüpft sein (z.B. Bulletins von Streikkomitees, Flugblätter zur Ankündigung von Demonstrationen etc.) und auf die

Agitation um die Forderungen und Ziele der Einheitsfront ausgerichtet sein.

Gleichzeitig muss es von vornherein Zustimmung zu unbegrenzter Propagandafreiheit für RevolutionärInnen (wie für alle anderen an der Einheitsfront teilnehmenden Kräfte) geben. Diese Freiheit muss, wie schon oben angeführt, das Recht auf allenfalls notwendige Kritik an reformistischen und populistischen Führungskadern, die an der gemeinsamen Aktion beteiligt sind, beinhalten.

Die Einheitsfront muss sich auf konkrete und genaue Forderungen stützen. RevolutionärInnen stellen sich gegen ausführliche politische Erklärungen durch das Einheitsfrontbündnis oder gemeinsame Propaganda für langfristige Ziele. Letztere dienen nur der Verdunkelung der wahren Absicht der Einheitsfront und können den irreführenden Eindruck hervorrufen, dass RevolutionärInnen und Nicht-RevolutionärInnen hinsichtlich eines gemeinsamen langfristig angelegten politischen Programms übereinstimmen.

Im Allgemeinen richten KommunistInnen als erste Priorität die Einheitsfronttaktik auf Massenorganisationen aus, die über eine Basis in der ArbeiterInnenklasse verfügen; sie wenden sich aber auch an Gruppen mit Wurzeln in anderen unterdrückten Schichten und Klassen (z.B. Bauernschaft, Stadtarmut, unterdrückte Nationen, MigrantInnen). Üblicherweise handelt es sich dabei um reformistische (sozialdemokratische oder stalinistische) oder kleinbürgerliche Kräfte (z.B. Castro-Chavistische Organisationen in Lateinamerika, diverse islamistisch-populistische Organisationen im Nahen Osten und Asien, kleinbürgerliche NationalistInnen unterdrückter Nationen usw.), die jeweils gerade objektiv mit reaktionären Kräften zusammenstoßen oder sich im Konflikt mit ihnen befinden (d.h. der herrschenden Klasse, imperialistischen Mächten, rassistischen oder faschistischen Kräften). Natürlich ist die Rolle der kleinbürgerlichen populistischen Kräfte im Klassenkampf in den unterdrückten Klassen und Schichten in der halbkolonialen Welt viel bedeutender als in den imperialistischen Ländern (mehr dazu weiter unten).

Unter besonderen Umständen kann die Einheitsfront auch auf bürgerliche Kräfte in der halbkolonialen Welt ausgerichtet sein – z.B. wenn diese gegen eine imperialistische Invasion in ein halbkoloniales Land kämpfen.

In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass der Unterschied zwischen einer legitimen Einheitsfront und einer unzulässigen Volksfront *nicht* die offene Teilnahme bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Kräfte an sich ist, sondern vielmehr die *politische Unterordnung des Proletariats unter das Programm der Bourgeoisie*. Mit anderen Worten, eine unzulässige Volksfront ist ein Block von bürgerlichen Kräften und ArbeiterInnenorganisationen, in dem letztere ein Programm akzeptieren, dass die Werktätigen auf die durch das Privateigentum gesetzten Grenzen beschränkt und den bürgerlichen Staat schützt.

Die Geschichte kennt viele Beispiele dafür, dass eine solche Volksfront eine tödliche Falle für die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten ist. Sie dient der Verteidigung des kapitalistischen Gesellschaftssystems durch die offiziellen reformistischen oder populistischen Führungen und stärkt daher nur die Bourgeoisie, nicht die ArbeiterInnenklasse. Die politische Unterwerfung des Proletariats unter die Bourgeoisie schwächt erstere und erlaubt der herrschenden Klasse oder sogar faschistischen Kräften, den Widerstand der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten zu zerschlagen. Spanien 1936, Chile 1973, Griechenland 2015 sind nur einige wenige Beispiele für die verheerenden Konsequenzen der Volksfrontstrategie für das Proletariat.

Die Einheitsfronttaktik kann in zahlreichen Gebieten und für alle Themen, die mit dem Klassenkampf zusammenhängen, angewendet werden. Sie soll die Arbeit von RevolutionärInnen mit und in Gewerkschaften, anderen Massenorganisationen der ArbeiterInnenklasse und Unterdrückten wie auch mit Parteien (einschließlich der "Ent-rismusarbeit" innerhalb der Parteien) anleiten. Sie ist eine wichtige Taktik im täglichen Kampf um ökonomische und demokratische Forderungen, gegen imperialistische oder nationale Unterdrückungen usw. Aus diesen verschiedenen Fragen ergeben sich die verschiedenen Varianten der Einheitsfront (ArbeiterInneneinheitsfront, demokratische oder antiimperialistische Einheitsfront). Und alle diese Varianten unterliegen grundsätzlich denselben Prinzipien der allgemeinen Taktik der Einheitsfront.

Die Einheitsfronttaktik kann unter besonderen Umständen auch auf Wahlen ausgedehnt werden. KommunistInnen nutzen Wahlperioden – die üblicherweise Perioden von erhöhtem politischen Interesse in der Bevölkerung sind –, um jene klassenbewussten ArbeiterInnen und Unterdrückten anzusprechen, die Illusionen in reformistische ArbeiterInnenparteien oder populistische Parteien haben. Im Gegensatz zu den Behauptungen von Sektierern sind diese Teile der ArbeiterInnenklasse meist viel größer als die Anzahl der Werktätigen und Unterdrückten, die ihre Illusionen bereits verworfen und ein höheres, linkers Bewusstsein entwickelt haben. Wenn RevolutionärInnen zu schwach sind, um eigene KandidatInnen aufzustellen, wenden sie die leninistische Taktik der kritischen Wahlunterstützung für reformistische ArbeiterInnenparteien an (üblicherweise die sozialdemokratischen oder stalinistischen Parteien). RevolutionärInnen können sogar eine kritische Wahlunterstützung für kleinbürgerliche populistische Parteien mit starker Basis unter kämpferischen Werktätigen und Unterdrückten aussprechen, wenn es keine sozialdemokratischen oder stalinistischen Parteien gibt, diese nur eine zahlenmäßig unbedeutende Erscheinung darstellen oder bereits völlig verbürgerlicht sind.

Natürlich gibt es der Anwendung der kritischen Wahlunterstützung wichtige Ausnahmen bzw. Einschränkungen. Wie in den Thesen festgehalten: *"In Situationen, wo eine bürgerliche Arbeiterpartei (für gewöhnlich als Regierungspartei) sich als Einpeitscherin bzw. Exekutorin schwerer Angriffe auf die Arbeiterklasse erweist – Austeritätsprogramme, imperialistischer Krieg, rassistische Hetze, Angriff auf demokratische Rechte o.ä. – ist es notwendig, dass Revolutionäre nicht zur Wahl dieser Partei aufrufen um so der Avantgarde bei ihrem politischen Ablösungsprozess von dieser Partei zu helfen."*³

Die Einheitsfronttaktik wurde von Lenin und Trotzki

auch dahingehend ausgeweitet, Losungen für eine erwünschte Regierung zu entwickeln. Wo große Teile der klassenbewussten ArbeiterInnen und stark unterdrückten Schichten Illusionen in die *"Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie"* (Trotzki) – d.h. SozialdemokratInnen, Stalinisten, kleinbürgerliche PopulistInnen – haben, rufen KommunistInnen dazu auf, mit der Bourgeoisie zu brechen und für eine *"ArbeiterInnen- und Bauernregierung"* (in einem halbkolonialen Land) oder eine ArbeiterInnenregierung (in den meisten imperialistischen Ländern) zu kämpfen. Weiters sind diese Losungen mit Forderungen verknüpft, dass solche Regierungen entschiedene Schritte zur Enteignung und Entwaffnung der Bourgeoisie, zur Verstaatlichung der Schlüsselbereiche der Wirtschaft unter ArbeiterInnenkontrolle, zur Enteignung der Großgrundbesitzer und die Verteilung des Landes an besitzlose Bauern usw. unternehmen sollen. Eine solche Regierung ist eine wahrhafte ArbeiterInnenregierung, verbündet mit der besitzlosen Bauernschaft und den städtischen Armut, sofern sie sich auf ArbeiterInnen- und Volksräte und –milizen stützt und ein Programm umsetzt, dass den Weg zur Errichtung der Diktatur des Proletariats eröffnet. Ansonsten ist sie nur eine reformistische und letztlich bürgerliche *"ArbeiterInnen- und Bauernregierung"*, die unausweichlich ein objektives Hindernis für den Klassenkampf darstellen und schlussendlich das kapitalistische System verteidigen wird.

Schließlich wenden RevolutionärInnen die Einheitsfronttaktik unter bestimmten Umständen auch auf den Bereich des Parteaufbaus an. Natürlich ist das Hauptziel der KommunistInnen die Errichtung einer *Weltpartei der Sozialistischen Revolution* mit nationalen Sektionen in jedem Land. Im Lichte der zahlenmäßigen Schwäche der RevolutionärInnen und angesichts der Tatsache, dass in vielen Ländern nicht einmal bürgerliche ArbeiterInnenparteien existieren (und wo sie bestehen, diese oft völlig verbürgerlicht sind), müssen RevolutionärInnen die Einheitsfronttaktik so anwenden, dass sie die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen der ArbeiterInnenklasse aufrufen, eine *Neue ArbeiterInnenpartei* aufzubauen. Solche Parteien würden anfangs nicht nur revolutionäre ArbeiterInnen und Unterdrückte umfassen, sondern auch viele Nicht-RevolutionärInnen. Tatsächlich wären die RevolutionärInnen in der Gründungsphase der Partei sehr wahrscheinlich nur eine kleine Minderheit. Doch diese würden offen für ihr Programm eintreten, d.h. für ein revolutionäres und nicht für ein reformistisches Programm. Wenn sie darin scheitern, eine Mehrheit der Mitglieder für ihre Sichtweise zu gewinnen, würden sie nicht notwendigerweise die *Neue ArbeiterInnenpartei* verlassen, sondern den Kampf für ein revolutionäres Programm innerhalb fortsetzen.

II. DIE EINHEITSFRONTTAKTIK IN DER GESCHICHTE DER REVOLUTIONÄREN ARBEITERINNENBEWEGUNG

Diese Prinzipien der Einheitsfronttaktik wurden im Klassenkampf entwickelt und erprobt und waren von Beginn an Teil des Arsenal des Marxismus, als Marx und Engels sie kurz vor der Revolution von 1848 erstmals skizzierten. Auf Grundlage ihrer Erfahrung und später jener der Bolschewiki schrieb die Kommunistische Internationale diese Lehren in den frühen 1920ern fest. Nach der Degeneration der stalinistischen Bürokratie entwickelten Trotzki und die Kräfte der späteren Vierten Internationale diese Taktik mit den Lehren des intensiven Klassenkampfes aus den 1920ern und 1930ern noch weiter.

Marx und Engels zur Einheitsfront

Friedrich Engels legte zuerst in seinen *Grundsätzen des Kommunismus* und später gemeinsam mit Marx im *Kommunistischen Manifest* die fundamentalen Ideen der Einheitsfronttaktik dar. In diesen Dokumenten erklärten sie die Notwendigkeit, gemeinsame Aktionen mit reformistischen ArbeiterInnenorganisationen, mit radikalen kleinbürgerlichen Gruppen und sogar mit der Bourgeoisie, sofern sie nicht die herrschende Klasse ist, zu unternehmen. *„Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung. In Frankreich schließen sich die Kommunisten an die sozialistisch-demokratische Partei an gegen die konservative und radikale Bourgeoisie, ohne darum das Recht aufzugeben, sich kritisch zu den aus der revolutionären Überlieferung herrührenden Phrasen und Illusionen zu verhalten.*

In der Schweiz unterstützen sie die Radikalen, ohne zu verkennen, dass diese Partei aus widersprechenden Elementen besteht, teils aus demokratischen Sozialisten im französischen Sinn, teils aus radikalen Bourgeois.

Unter den Polen unterstützen die Kommunisten die Partei, welche eine agrarische Revolution zur Bedingung der nationalen Befreiung macht, dieselbe Partei, welche die Krakauer Insurrektion von 1846 ins Leben rief.

In Deutschland kämpft die Kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei.

Sie unterlässt aber keinen Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewusstsein über den feindlichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten, damit die deutschen Arbeiter sogleich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, welche die Bourgeoisie mit ihrer Herrschaft herbeiführen muss, als ebenso viele Waffen gegen die Bourgeoisie kehren können, damit, nach dem Sturz der reaktionären Klassen in Deutschland, sofort der Kampf gegen die Bourgeoisie selbst beginnt. (...)

Mit einem Wort, die Kommunisten unterstützen überall jede revolutionäre Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.

In allen diesen Bewegungen heben sie die Eigentumsfrage, welche mehr oder minder entwickelte Form sie auch angenommen haben möge, als die Grundfrage der Bewegung hervor.

Die Kommunisten arbeiten endlich überall an der Verbindung und Verständigung der demokratischen Parteien aller Länder.

Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, dass ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“⁴

Diese taktischen Leitlinien wurden von Marx und Engels und ihren UnterstützerInnen auch in die Tat umgesetzt. In Köln und anderen deutschen Städten kollaborierten die Mitglieder des von Marx und Engels geführten Kommunistischen Bundes mit radikalen DemokratInnen und trieben so ihr kommunistisches Programm voran.⁵

In der Ausarbeitung der Lehren aus den revolutionären Kämpfen und ihren Niederlagen in der Revolution von 1848-49 in Europa warnten Marx und Engels KommunistInnen davor, ihre Losungen mit jenen der kleinbürgerlichen DemokratInnen verschwimmen zu lassen, denn der Verrat durch Letztere ist unausweichlich. In ihrer berühmten *„Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850“* betonten die Gründer der kommunistischen Bewegung die Notwendigkeit organisatorischer und politischer Unabhängigkeit in der Zusammenarbeit mit solch kleinbürgerlichen Kräften.

„Während also die demokratische Partei, die Partei der Kleinbürgerschaft, sich in Deutschland immer mehr organisierte, verlor die Arbeiterpartei ihren einzigen festen Halt, blieb höchstens in einzelnen Lokalitäten zu lokalen Zwecken organisiert und geriet dadurch in der allgemeinen Bewegung vollständig unter die Herrschaft und Leitung der kleinbürgerlichen Demokraten. Diesem Zustande muss ein Ende gemacht, die Selbständigkeit der Arbeiter muss hergestellt werden. (...) Die kleinbürgerlich-demokratische Partei in Deutschland ist sehr mächtig, sie umfasst nicht nur die große Mehrheit der bürgerlichen Einwohner der Städte, die kleinen industriellen Kaufleute und die Gewerksmeister; sie zählt in ihrem Gefolge die Bauern und das Landproletariat, solange dies noch nicht in dem selbständigen Proletariat der Städte eine Stütze gefunden hat. Das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei zur kleinbürgerlichen Demokratie ist dies: Sie geht mit ihr zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezweckt; sie tritt ihnen gegenüber in allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen. (...) Im gegenwärtigen Augenblicke, wo die demokratischen Kleinbürger überall unterdrückt sind, predigen sie dem Proletariat im allgemeinen Einigung und Versöhnung, sie bieten ihm die Hand und streben nach der Herstellung einer großen Oppositionspartei, die alle Schattierung in der demokratischen Partei umfasst, das heißt, sie streben danach, die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemein sozial-demokratischen Phrasen vorherrschend sind, hinter welchen ihre besonderen Interessen sich verstecken, und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht

werden dürfen. Eine solche Vereinigung würde allein zu ihrem Vorteile und ganz zum Nachteile des Proletariats ausfallen. Das Proletariat würde seine ganze selbständige, mühsam erkaufte Stellung verlieren und wieder zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen Demokratie herabsinken. Diese Vereinigung muss also auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Statt sich abermals dazu herabzulassen, den bürgerlichen Demokraten als beifallklatschender Chor zu dienen, müssen die Arbeiter, vor allem der Bund, dahin wirken, neben den offiziellen Demokraten eine selbständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen und jede Gemeinde zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen, in denen die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden.(...) Für den Fall eines Kampfes gegen einen gemeinsamen Gegner braucht es keiner besonderen Vereinigung. Sobald ein solcher Gegner direkt zu bekämpfen ist, fallen die Interessen beider Parteien für den Moment zusammen, und wie bisher wird sich auch in Zukunft diese nur für den Augenblick berechnete Verbindung von selbst herstellen." ⁶

Marx und Engels sollten später die Einheitsfronttaktik auch auf viele andere Situationen anwenden, einschließlich der Gründung der Ersten Internationale 1864. David Rjazanov, ein russischer Marxist und der beste Marx/Engels-Experte seiner Zeit bis zu seiner Verhaftung und Exekution durch Stalin 1938, beschreibt in seinem Buch zur Geschichte des politischen Lebens von Marx und Engels, wie vorsichtig sie gegen die Politik der französischen ProudhonistInnen, der englischen Gewerkschaften, der anarchistischen UnterstützerInnen Bakunins und andere kämpfen mussten. Gleichzeitig trachteten sie nach der Vermeidung voreiliger Spaltungen und der Gewinnung der Basismitglieder ihrer GegnerInnen.

Anwendung der Einheitsfronttaktik durch Lenin und die Bolschewiki

Die Bolschewiki wandten später dieselbe Taktik im Kampf gegen den Zarismus an. Sie schlossen zahlreiche praktische Abkommen (zu Demonstrationen, Streiks, bewaffnetem Widerstand, praktischen Aspekten der Untergrundarbeit usw.) mit anderen Organisationen der ArbeiterInnen und der Bauernschaft – wie den Menschewiki, dem Jüdischen Bund, den Sozialrevolutionäre, den Trudoviki, den sozialrevolutionären MaximalistInnen, verschiedenen NationalistInnen etc. – sowie der StudentInnen und sogar der bürgerlichen Liberalen im Kampf gegen die zaristische Autokratie. Diese Taktik umfasste nicht nur praktische Zusammenarbeit, sondern immer wieder auch die Schaffung einer formell gemeinsamen Partei mit den Menschewiki. Unter dem Druck der ArbeiterInnenavantgarde waren die Bolschewiki sogar bereit, mit den Menschewiki zwischen 1905 und 1912 formell zu fusionieren, wobei sie aber einen schwierigen Fraktionskampf gegen sie führten und in Wahrheit die meiste Zeit als unabhängige Kraft agierten. Die Bolschewiki schlossen auch wiederholt praktische Abkommen mit kleinbürgerlichen demokratischen Kräften der Bauernschaft (den Trudoviki und den Sozialrevolutionäre) und zu Beginn der Russischen Revolution 1905 versuchte Lenin sogar mit dem russisch-orthodoxen Priester Georgi Gapon zusammenzuarbeiten. Die Bolschewiki gingen bei den Wahlen zur Duma von 1907 und 1912 auch taktische Vereinbarungen mit den Trudoviki und

den Sozialrevolutionäre ein. ⁷

Während des revolutionären Prozesses zwischen Februar und Oktober 1917 wandten die Bolschewiki die Einheitsfronttaktik an und forderten von den großen reformistischen Parteien, die damals die ArbeiterInnen und Bauernschaft repräsentierten – den Menschewiki und den Sozialrevolutionäre –, mit der Bourgeoisie zu brechen und die Macht in die eigenen Hände zu nehmen. Nachdem die Bolschewiki im Oktober erfolgreich die Macht übernommen hatten, bildeten sie eine Koalition mit dem linken Flügel der Sozialrevolutionäre. Während all der Zeit, in der sie die Einheitsfronttaktik verfolgten, behielten die Bolschewiki trotz dieser gemeinsamen praktischen Aktionen ihre unabhängige Propaganda bei und kritisierten die anderen an der Einheitsfront teilnehmenden Organisationen scharf.

In seinem Buch *Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus* von 1920 erklärte Lenin, dass die russischen RevolutionärInnen die Einheitsfront viele Male und unter verschiedenen Bedingungen anwenden mussten:

„Es ist doch unmöglich, dass die deutschen Linken nicht wissen, dass die ganze Geschichte des Bolschewismus, sowohl vor als auch nach der Oktoberrevolution, voll ist von Fällen des Lavierens, des Paktierens, der Kompromisse mit anderen, darunter auch mit bürgerlichen Parteien! (...) Die russischen revolutionären Sozialdemokraten haben vor dem Sturz des Zarismus wiederholt die Dienste der bürgerlichen Liberalen in Anspruch genommen, d. h., sie haben eine Menge praktischer Kompromisse mit ihnen geschlossen. In den Jahren 1901 und 1902, noch vor der Entstehung des Bolschewismus, schloss die alte Redaktion der „Iskra“ (zu der Plechanow, Axelrod, Sassulitsch, Martow, Potressow und ich gehörten) ein formelles politisches Bündnis (allerdings nicht auf lange) mit Struve, dem politischen Führer des bürgerlichen Liberalismus, verstand es aber gleichzeitig, ununterbrochen den rücksichtslosesten ideologischen und politischen Kampf gegen den bürgerlichen Liberalismus und gegen die geringsten Äußerungen seines Einflusses innerhalb der Arbeiterbewegung zu führen. Dieser Politik sind die Bolschewiki stets treu geblieben. Seit 1905 haben sie systematisch das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft gegen die liberale Bourgeoisie und den Zarismus verfochten, ohne zugleich jemals die Unterstützung der Bourgeoisie gegen den Zarismus (z. B. im zweiten Stadium der Wahlen oder bei Stichwahlen) abzulehnen und ohne den unversöhnlichsten ideologischen und politischen Kampf gegen die bürgerlich-revolutionäre Bauernpartei, die „Sozialrevolutionäre“, einzustellen, die sie als kleinbürgerliche, sich fälschlich zu den Sozialisten zählende Demokraten entlarzten. Im Jahre 1907 schlossen die Bolschewiki bei den Wahlen zur Duma auf kurze Zeit formell einen politischen Block mit den „Sozialrevolutionären“. Mit den Menschewiki waren wir in den Jahren 1903–1912 wiederholt mehrere Jahre hindurch formell in einer einheitlichen sozialdemokratischen Partei, ohne jemals den ideologischen und politischen Kampf gegen diese Opportunisten und Schrittmacher des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat einzustellen. Während des Krieges gingen wir ein gewisses Kompromiss mit den „Kautskyanern“, den linken Menschewiki (Martow) und einem Teil der „Sozialrevolutionäre“ (Tschernow, Natanson) ein, tagten zusammen mit ihnen in Zimmerwald und Kienthal und erließen gemeinsame Manifeste, haben aber niemals den ideologischen und politischen Kampf gegen die „Kautskyaner“, gegen die Martow und Tschernow eingestellt oder abgeschwächt (Natanson starb 1919 als uns durchaus nahestehender, mit uns fast solidarischer volkstüm-

lerischer „revolutionärer Kommunist“). Im Augenblick des Oktoberumsturzes schlossen wir einen zwar nicht formellen, aber sehr wichtigen (und sehr erfolgreichen) politischen Block mit der kleinbürgerlichen Bauernschaft, indem wir das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre voll und ganz, ohne jede Änderung, übernahmen, d. h., wir gingen unzweifelhaft ein Kompromiss ein, um den Bauern zu beweisen, dass wir sie nicht majorisieren, sondern uns mit ihnen verständigen wollen. Gleichzeitig schlugen wir den „linken Sozialrevolutionären“ einen (bald darauf von uns verwirklichten) formellen politischen Block einschließlich der Teilnahme an der Regierung vor. Nach Abschluss des Brester Friedens sprengten die linken Sozialrevolutionäre diesen Block und gingen später, im Juli 1918, zum bewaffneten Aufstand gegen uns und in der Folgezeit zum bewaffneten Kampf gegen uns über.“⁸

Bekanntlich gingen die Bolschewiki aus diesen verschiedenen Anwendungen der Einheitsfront gestärkt hervor. Die zeitweiligen Allianzen und Manöver minderten ihren ideologischen und politischen Kampf in keinster Weise. Nur die Kombination beider Elemente – organisatorische und politische Unabhängigkeit einerseits und gemeinsame Aktion andererseits – machte es möglich, dass die Bolschewiki als Partei wachsen und stärker werden konnten.

Kodifizierung der Einheitsfronttaktik durch die Kommunistische Internationale

Die Kommunistische Internationale (Komintern), gegründet auf Initiative der Bolschewiki im März 1919, versuchte die Lehren der Vergangenheit zu verallgemeinern, die für die russischen RevolutionärInnen eine wesentliche Rolle gespielt hatten. Das war keine leichte Aufgabe und Lenin und Trotzki standen großen Hindernissen dabei gegenüber, die Komintern für ihre Sichtweise zu gewinnen. Einerseits mussten sie mit den Restbeständen der opportunistischen Vergangenheit der Sozialdemokratie fertigwerden, andererseits gab es diverse Schattierungen von ultralinken Abenteuerpolitik, denen die Erfahrung vieler früherer kommunistischer Parteien fehlte.

Schließlich konnten Lenin und Trotzki die Komintern für die Prinzipien der Einheitsfronttaktik gewinnen und der Dritte (1921) und der Vierte (1922) Kongress verschriftlichten diese. Der folgende ausgedehnte Abschnitt fasst die Lehren, denen sich die Komintern auf ihrem Vierten Kongress anschloss, zusammen:

„Aus all dem ergibt sich die Notwendigkeit der Taktik der Einheitsfront. Die Losung des 3. Kongresses „zu den Massen“ hat jetzt mehr denn je Gültigkeit. Erst jetzt beginnt der Kampf um die Bildung der proletarischen Einheitsfront in einer größeren Zahl von Ländern. (...) Die Komintern fordert, daß alle kommunistischen Parteien und Gruppen die Taktik der Einheitsfront auf das Strengste durchführen, weil sie allein in der gegenwärtigen Periode den Kommunisten den sicheren Weg zur Eroberung der Mehrheit der Werktätigen weist. Die Reformisten brauchen jetzt die Spaltung. Die Kommunisten sind an der Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus interessiert. Die Taktik der Einheitsfront bedeutet das Vorangehen der kommunistischen Avantgarde in den täglichen Kämpfen der breiten Arbeitermassen um ihre notwendigsten Lebensinteressen. In diesem Kampfe sind die Kommunisten sogar bereit, mit den verräterischen Führern der Sozialdemokraten und der Amsterdamer zu unterhandeln. Die Versuche der 2. Internationale, die Einheitsfront als organisatorische Verschmelzung aller

„Arbeiterparteien“ hinzustellen, sind selbstverständlich auf das Entschiedenste zurückzuweisen. (...)“

Die Existenz selbständiger kommunistischer Parteien und deren vollständige Aktionsfreiheit gegen die Bourgeoisie und gegen die konterrevolutionäre Sozialdemokratie ist die wichtigste historische Errungenschaft des Proletariats auf die die Kommunisten unter keinen Umständen verzichten werden. Die kommunistischen Parteien allein verfechten die Interessen des gesamten Proletariats. Die Taktik der Einheitsfront bedeutet auch keinesfalls sogenannte „Wahlkombinationen“ der Spitzen, die diese oder jene parlamentarischen Zwecke verfolgen. Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Jeder Kampf um die kleinste Tagesforderung bildet eine Quelle revolutionärer Schulung, denn die Erfahrungen des Kampfes werden die Werktätigen von der Unvermeidlichkeit der Revolution und der Bedeutung des Kommunismus überzeugen. Eine besonders wichtige Aufgabe bei der Durchführung der Einheitsfront ist die Erreichung nicht nur agitatorischer, sondern auch organisatorischer Resultate. Keine einzige Gelegenheit darf verpaßt werden, um in der Arbeitermasse selbst organisatorische Stützpunkte (Betriebsräte, Kontrollkommissionen aus Arbeitern aller Parteien und Parteilosen, Aktionskomitees usw. zu schaffen. Das Wichtigste in der Taktik der Einheitsfront ist und bleibt die agitatorische und organisatorische Zusammenfassung der Arbeitermassen. Der wirkliche Erfolg der Einheitsfronttaktik erwächst von „unten“, aus den Tiefen der Arbeitermasse selbst. Die Kommunisten können dabei aber nicht darauf verzichten, unter gewissen Umständen auch mit den Spitzen der gegnerischen Arbeiterparteien zu unterhandeln. Über den Gang dieser Unterhandlungen müssen die Massen jedoch dauernd und vollkommen unterrichtet sein. Die Selbständigkeit der Agitation der Kommunistischen Partei darf auch während der Verhandlungen mit den Spitzen keinesfalls eingeschränkt werden.“⁹

Die Sektionen der Komintern sollten diesen Grundsätzen auch in kolonialen und halbkolonialen Ländern folgen und sie den jeweils konkreten Umständen anpassen. Dieselbe Resolution hielt dazu fest:

„In den kolonialen und halbkolonialen Ländern hat die Komintern zweierlei Aufgaben: 1. einen Kern von kommunistischen Parteien zu schaffen, die die Gesamtinteressen des Proletariats vertreten, und 2. mit allen Kräften die nationalrevolutionäre Bewegung zu unterstützen, die sich gegen den Imperialismus richtet, zur Avantgarde dieser Bewegung zu werden und innerhalb der nationalen Bewegung die soziale Bewegung hervorzuheben und zu steigern.“¹⁰

Auf die antiimperialistische Einheitsfront geht die Komintern detaillierter in einer eigenen Resolution, die auf demselben Kongress diskutiert und verabschiedet wurde, ein. Diese Resolution erklärte die Wichtigkeit für RevolutionärInnen, sich dem Kampf um demokratische Aufgaben, um nationale Unabhängigkeit, gegen imperialistische Herrschaft usw. anzuschließen.

„Die Hauptaufgabe, die allen nationalrevolutionären Bewegungen gemeinsam ist, besteht in der Verwirklichung der nationalen Einheit und in der Erreichung der staatlichen Unabhängigkeit. Die reale und folgerichtige Lösung der Aufgabe hängt davon ab, inwieweit diese oder jene nationale Bewegung imstande sein wird, jede Verbindung mit den reaktionären feudalen Elementen abzubrechen und so breite werktätige Massen für sich zu

gewinnen und in ihrem Programm den sozialen Forderungen dieser Massen Ausdruck zu verleihen. Indem die Kommunistische Internationale dem Umstande vollauf Rechnung trägt, dass Träger des Willens der Nation zu staatlicher Selbständigkeit unter verschiedenen geschichtlichen Verhältnissen die verschiedenartigsten Elemente sein können, unterstützt sie jede national-revolutionäre Bewegung gegen den Imperialismus. Gleichzeitig aber lässt sie nicht außer acht, dass nur eine konsequente revolutionäre Linie, die darauf abzielt, die breitesten Massen in den aktiven Kampf hineinzuziehen, und der unbedingte Bruch mit allen Anhängern einer Aussöhnung mit dem Imperialismus, im Interesse der eigenen Klassenherrschaft, die bedrückten Massen zum Siege zu führen vermag.“¹¹

Gleichzeitig betonte die Resolution die Notwendigkeit für KommunistInnen, ihre organisatorische und programmatische Unabhängigkeit angesichts des schwankenden Charakters bürgerlicher und kleinbürgerlicher Führungen des antiimperialistischen Kampfs beizubehalten.

„Die Zweckmäßigkeit dieser Losung ergibt sich aus der Perspektive eines dauernden und langwierigen Kampfes mit dem Weltimperialismus, der die Mobilisierung aller revolutionären Elemente erfordert. Diese Mobilisierung ist um so notwendiger, als die einheimischen herrschenden Klassen geneigt sind, mit dem ausländischen Kapital Kompromisse zu schließen, die sich gegen die Lebensinteressen der Volksmassen richten. Und wie die Losung der proletarischen Einheitsfront im Westen zur Entlarvung des sozialdemokratischen Verrates an den Interessen des Proletariats beigetragen hat und weiter noch beiträgt, so wird die Losung der anti-imperialistischen Einheitsfront zur Entlarvung des Schwankens der einzelnen Gruppen des bürgerlichen Nationalismus beitragen. Diese Losung wird auch die Entwicklung des revolutionären Willens und die Klärung des Klassenbewusstseins der werktätigen Massen fördern und sie in die vordersten Reihen der Kämpfer nicht nur gegen den Imperialismus, sondern auch gegen die Überbleibsel des Feudalismus stellen.“¹²

Die KommunistInnen setzten diese Grundsätze in vielfacher Weise um. Eine der ersten Anwendungen war eine Initiative deutscher Metallarbeiter in der Ortsgruppe Stuttgart des Gewerkschaftsbunds ADGB im Dezember 1920. Hier genoss die Kommunistische Partei KPD bedeutenden Einfluss und sie brachte die Ortsgruppe dazu, eine Resolution anzunehmen, die die Führung ihrer Gewerkschaft und aller Gewerkschaften dazu aufrief, einen gemeinsamen Kampf um unmittelbare Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufzunehmen (Senkung der Lebensmittelpreise, Steigerung der Arbeitslosenunterstützungen, Senkung der von Werktätigen bezahlten Steuern und Erhöhung der Steuern auf große Privatvermögen, Einrichtung von ArbeiterInnenkontrolle über Bestand und Verteilung von Rohstoffen und Nahrungsmitteln, Entwaffnung der reaktionären Gruppen und Bewaffnung der ArbeiterInnen).

Während die Gewerkschaftsführung zuerst diese Kampagne ignorierte, erhielt sie von vielen anderen Gewerkschaftsgruppen bald Unterstützung. Als Ergebnis entwarf die Führung der KPD, hauptsächlich Paul Levi und Karl Radek, einen *Offenen Brief*, der eine Erweiterung der Stuttgarter Initiative war. Dieser Brief richtete sich sowohl an die reformistischen ArbeiterInnenparteien (SPD, USPD, auch die kleine ultralinke KAPD) wie auch an alle Gewerkschaften. Die Arbeiterbürokratie schloss sich gemeinsamen Aktionen mit den KommunistInnen nicht an,

doch die Kampagne stärkte den Einfluss der KommunistInnen in der ArbeiterInnenklasse und vor allem in den Gewerkschaften.¹³

Die Komintern erweiterte die Einheitsfronttaktik auch auf das Feld der Regierungslosungen und entwickelte entsprechende Losungen für eine „Arbeiterregierung“ und eine „Arbeiter- und Bauernregierung“. Die Komintern hielt dazu fest: „Die Parteien der 2. Internationale versuchen, in diesen Ländern die Lage dadurch zu „retten“, daß sie eine Koalition der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten propagieren und verwirklichen. (...) Einer offenen oder maskierten bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition stellen die Kommunisten die Einheitsfront aller Arbeiter und eine Koalition aller Arbeiterparteien auf ökonomischem und politischem Gebiete zum Kampfe gegen die bürgerliche Macht und zu ihrem schließlichen Sturz gegenüber. Im vereinten Kampfe aller Arbeiter gegen die Bourgeoisie soll der ganze Staatsapparat in die Hände der Arbeiterregierung gelangen, und dadurch sollen die Machtpositionen der Arbeiterklasse gestärkt werden.“¹⁴

Lenin erklärte ganz ähnlich die Notwendigkeit für KommunistInnen, die Einheitsfronttaktik in Wahlkampagnen anzuwenden. Mit dem Beispiel Britanniens, wo die Kommunistische Partei klein war und die reformistische Labour Party die ArbeiterInnenbewegung dominierte, befürwortete Lenin die kritische Wahlunterstützung der KommunistInnen für die ReformistInnen.

„Die Kommunistische Partei schlägt den Henderson und Snowden ein ‚Kompromiss‘, ein Wahlabkommen vor: Wir kämpfen gemeinsam gegen das Bündnis Lloyd Georges und der Konservativen, verteilen die Parlamentssitze entsprechend der Zahl der von den Arbeitern für die Arbeiterpartei bzw. die Kommunisten abgegebenen Stimmen (nicht bei den Wahlen, sondern in einer besonderen Abstimmung), behalten uns aber die vollste Freiheit der Agitation, Propaganda und politischen Tätigkeit vor. Ohne die letzte Bedingung darf man sich natürlich nicht auf einen Block einlassen, denn das wäre Verrat: Die vollste Freiheit der Entlarvung der Henderson und Snowden müssen die englischen Kommunisten ebenso unbedingt verfechten und durchsetzen, wie die russischen Bolschewiki sie (fünfzehn Jahre lang, von 1903 bis 1917) gegenüber den russischen Henderson und Snowden, d. h. gegenüber den Menschewiki, verfochten und durchgesetzt haben.

Gehen die Henderson und Snowden den Block unter diesen Bedingungen ein, so werden wir gewonnen haben, denn für uns ist keineswegs die Zahl der Parlamentssitze wichtig, wir reißen uns nicht darum, wir werden in diesem Punkt nachgiebig sein (...) Wir werden gewonnen haben, denn wir werden unsere Agitation zu einem Zeitpunkt in die Massen tragen, da Lloyd George selbst sie „aufgeputzt“ hat, und werden nicht nur der Arbeiterpartei helfen, schneller ihre Regierung zu bilden, sondern auch den Massen, schneller unsere ganze kommunistische Propaganda zu begreifen, die wir gegen die Henderson ohne jede Einschränkung und ohne etwas zu verschweigen treiben werden.

Lehnen die Henderson und Snowden den Block mit uns unter diesen Bedingungen ab, so werden wir noch mehr gewonnen haben. Denn wir werden den Massen sofort gezeigt haben (...), dass den Henderson ihre nahen Beziehungen zu den Kapitalisten lieber sind als der Zusammenschluss aller Arbeiter. (...) Wir werden sofort gewonnen haben, denn wir werden vor den Massen demonstriert haben, dass die Henderson und Snowden einen Sieg über Lloyd George fürchten, dass sie die alleinige Machtübernahme fürchten, dass sie bestrebt sind, heimlich die

Unterstützung Lloyd Georges zu erlangen, der offen den Konservativen die Hand gegen die Arbeiterpartei reicht. Es muss bemerkt werden, dass bei uns in Rußland nach der Revolution vom 27. II. 1917 (alten Stils) die Propaganda der Bolschewiki gegen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre (d. h. gegen die russischen Henderson und Snowden) gerade durch einen ebensolchen Umstand gewann. Wir erklärten den Menschewiki und Sozialrevolutionären: Nehmt die ganze Macht ohne die Bourgeoisie, denn ihr habt die Mehrheit in den Sowjets (auf dem I. Gesamtrussischen Sowjetkongress im Juni 1917 hatten die Bolschewiki nur 13 Prozent der Stimmen). Aber die russischen Henderson und Snowden fürchteten sich, die Macht ohne die Bourgeoisie zu ergreifen, und als die Bourgeoisie die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung verschleppte, da sie sehr wohl wusste, dass die Wahlen den Sozialrevolutionären und Menschewiki die Mehrheit bringen würden (beide bildeten einen ganz engen politischen Block, denn sie vertraten praktisch ein und dieselbe kleinbürgerliche Demokratie), da waren die Sozialrevolutionäre und Menschewiki nicht imstande, gegen diese Verschleppung energisch und konsequent zu kämpfen.

Lehnen die Henderson und Snowden einen Block mit den Kommunisten ab, so werden die Kommunisten sofort gewonnen haben, was die Eroberung der Sympathien der Massen und die Diskreditierung der Henderson und Snowden betrifft, und sollten wir dadurch einige Parlamentssitze verlieren, so ist das für uns ganz unwichtig. Wir würden unsere Kandidaten nur in einer ganz geringen Zahl absolut sicherer Wahlkreise aufstellen, d. h. dort, wo die Aufstellung unserer Kandidaten nicht dem Liberalen zum Sieg über den Labouristen (das Mitglied der Arbeiterpartei) verhelfen würde. Wir würden Wahlagitatorien treiben, Flugblätter zugunsten des Kommunismus verbreiten und in allen Wahlkreisen, in denen wir keinen eigenen Kandidaten aufstellen, empfehlen, für den Labouristen und gegen den Bourgeois zu stimmen. (...)

Den englischen Kommunisten fällt es jetzt sehr oft schwer, an die Masse auch nur heranzukommen, sich bei ihr auch nur Gehör zu verschaffen. Wenn ich als Kommunist auftrete und erkläre, dass ich dazu auffordere, für Henderson und gegen Lloyd George zu stimmen, so wird man mich gewiss anhören. Und ich werde nicht nur in populärer Weise erklären können, warum die Sowjets besser sind als das Parlament und die Diktatur des Proletariats besser ist als die Diktatur Churchills (...), sondern ich werde auch erklären können, dass ich Henderson durch meine Stimmabgabe ebenso stützen möchte, wie der Strick den Gehängten stützt; dass in dem Maße, wie sich die Henderson einer eigenen Regierung nähern, ebenso die Richtigkeit meines Standpunkts bewiesen wird, ebenso die Massen auf meine Seite gebracht werden und ebenso der politische Tod der Henderson und Snowden beschleunigt wird, wie das bei ihren Gesinnungsgenossen in Russland und in Deutschland der Fall war." ¹⁵

Später, auf dem Zweiten Kongress der Komintern 1920, befürwortete Lenin auch den Entrismus der britischen Kommunistischen Partei in die Labour Party, um die Basis besser beeinflussen zu können.

Wie Lenin erklärte, hatten all diese Taktiken nichts gemeinsam mit Weichheit oder Reformismus, sondern waren Resultat des starken Dranges der KommunistInnen, sich enger mit den nicht-revolutionären Massen zu verbinden und der dringenden Notwendigkeit, die reformistischen Führungen vor ihren UnterstützerInnen zu diskreditieren; das geschah, indem ihnen in der Praxis demonstriert wurde, dass diese Führungen nicht willens und nicht fähig dazu sind, beständig für die Interessen der

ArbeiterInnenklasse zu kämpfen.

Die KommunistInnen wandten auch die antiimperialistische Einheitsfronttaktik auf die kolonialen und halbkolonialen Länder an. In China unterstützten sie den Kampf von Sun Yat-sen gegen die reaktionären Kriegsherren, die als Agenten der ausländischen imperialistischen Mächte agierten. Im Herbst 1922 traten die KommunistInnen auf Vorschlag von Henk Sneevliet (ein Niederländer, der sich später für einige Zeit der Vierten Internationale anschloss) sogar der Partei von Sun Yat-sen bei – der Kuomintang. Diese Taktik bot den KommunistInnen, die ursprünglich nur eine kleine Gruppe Intellektueller ohne Wurzeln in der ArbeiterInnenklasse waren, die Möglichkeit, ihre Isolation zu überwinden und zu einer Massenpartei zu werden. Leider verwandelten die Stalinisten später diese erfolgreiche Taktik in eine opportunistische Kapitulation vor Chiang Kai-shek, dem neuen Führer der Kuomintang nach Sun Yat-sens Tod – statt sich mutig von dieser kleinbürgerlichen populistischen Partei abzuspalten, als sie zu einem Hindernis für den Klassenkampf wurde. Das führte 1927 zum fürchterlichen Massaker an zehntausenden KommunistInnen durch die Hand von Chiang Kai-sheks Armee.

Davor noch hatte Sneevliet eine bedeutende Rolle im Aufbau einer revolutionären Organisation in Indonesien (damals niederländische Kolonie) gespielt – der *Indischen Sozial-Demokratischen Vereinigung* (ISDV). Diese Organisation beteiligte sich an antiimperialistischen Aktivitäten und schloss sich später einer islamistischen Massenorganisation an, die gegen die Kolonialverwaltung kämpfte – der *Sarekat Islam* (Islamische Union). Als die konservative Führung der islamistischen Organisation schließlich 1921 die RevolutionärInnen ausschloss, hatten die KommunistInnen bereits viele ArbeiterInnen und Bauern gewonnen. Sie sollten die erste asiatische Sektion der Komintern gründen – *Perserikatan Komunis di Hindia* (PKH, Kommunistische Vereinigung Indiens).¹⁶

Ebenso unterstützte die Sowjetunion den vom bürgerlichen Nationalisten Kemal Pasha geführten Kampf der Türkei gegen den britischen Imperialismus und seine griechischen Verbündeten.

Trotzki und die Vierte Internationale zur Einheitsfronttaktik

Leo Trotzki, der den Kampf der ArbeiterInnenklasse unter revolutionärer Fahne fortsetzte, nachdem die stalinistische Bürokratie 1924 die Macht übernommen hatte, hielt die marxistische Methode der Einheitsfronttaktik, wie sie von Lenin und der Komintern entwickelt worden war, aufrecht. Tatsächlich war er – neben Lenin – der Hauptbefürworter der Einheitsfronttaktik, als sie auf dem Dritten Kongress der Komintern verabschiedet wurde.

Trotzki verteidigte die grundlegenden Prinzipien der Einheitsfronttaktik gegen die stalinistischen opportunistischen Manöver bezüglich der britischen Gewerkschaftsbürokratie Mitte der 1920er: *„Die Taktik der Einheitsfront behält ihre ganze Kraft als die wichtigste Methode des Kampfes um die Massen. Ein Grundprinzip dieser Taktik lautet: „Mit den Massen – immer; mit den schwankenden Führern – manchmal, aber nur solange sie an der Spitze der Massen stehen. Es ist notwendig, aus den schwankenden Führern Nutzen zu ziehen wenn die Massen sie nach vorne stossen, ohne deswegen auch*

nur für einen Moment auf die Kritik an diesen Führern zu verzichten. Und es ist notwendig mit ihnen zur richtigen Zeit zu brechen wenn aus ihren Schwankungen feindliche Aktionen und Verrat werden. Es ist notwendig, den Bruch zu nützen um die verräterischen Führer zu entlarven und ihre Position jener der Massen gegenüberzustellen. Genau darin besteht das revolutionäre Wesen der Einheitsfrontpolitik. Ohne dies droht der Kampf um die Massen zu einem opportunistischen Katzbuckeln zu kommen ... " 17

Später verzerrten die Stalinisten die Einheitsfronttaktik und ersetzten sie durch ihre Theorie des "Sozialfaschismus", dergemäß die Sozialdemokratie bloß der "Zwilling" des Faschismus Hitlers wäre. Folglich wiesen die Stalinisten jedwede Einheitsfront mit den SozialdemokratInnen zurück, ein Standpunkt, der den reformistischen Führungen dazu verhalf, ihren Verrat zu rechtfertigen und verschiedene rechtslastige bonapartistische Regierungen zu unterstützen, ohne gegen den Aufstieg der NSDAP vor 1933 vorzugehen.

Trotzki verteidigte die Anwendung der Einheitsfronttaktik auch in antiimperialistischen und demokratischen Kämpfen. Zum Beispiel rief er zu kritischer, aber bedingungsloser Unterstützung von Chiang Kai-sheks Kampf gegen die japanische Invasion Ende der 1920er und 1930er auf (trotz der Tatsache, dass letztere zehntausende KommunistInnen 1927 ermordet hatten!): "Ganz richtig: gegen den Imperialismus muss man selbst dem Henker Tschiang Kai-schek helfen." 18

Trotzki wies die Kritik der Ultralinken zurück, die sich weigerten, sich dem antiimperialistischen Kampf unter bürgerlicher Führung anzuschließen, weil das eine Form von Volksfront bedeuten würde. Er rief 1937 RevolutionärInnen dazu auf, am militärischen Kampf gegen Japan unter der Führung von Chiang Kai-shek teilzunehmen und ihn zu unterstützen, solange sie nicht stark genug waren, ihn zu ersetzen. Er verglich die notwendige Taktik für RevolutionärInnen mit jener eines ArbeiterInnenstreiks unter der Führung verräterischer reformistischer BürokratInnen. Es wäre die Pflicht aller klassenbewussten Werktätigen, sich einem solchen Streik anzuschließen, ohne den Bürokraten politische Unterstützung zu gewähren. Trotzki's Haltung wird in einem Dokument, das er 1937 zum chinesischen Krieg gegen Japan schrieb, aus dem hier ausführlich zitiert wird, deutlich:

„Aber Tschiang Kai-schek? Wir haben es keineswegs nötig, uns die geringste Illusion über Tschiang Kai-schek, seine Partei und die gesamte herrschende Klasse Chinas zu machen, ebenso wenig wie sich Marx und Engels über die herrschenden Klassen Irlands und Polens Illusionen machten. Tschiang Kai-schek ist der Henker der chinesischen Arbeiter und Bauern. Daran braucht man uns gar nicht zu erinnern. Aber heute ist er trotz bösem Willen genötigt, um der Reste der chinesischen Unabhängigkeit willen gegen den japanischen Imperialismus Krieg zu führen. Morgen kann er wieder verraten. Das ist möglich. Das ist wahrscheinlich. Das ist sogar unvermeidlich. Aber heute führt er Krieg. An diesem Kriege nicht teilnehmen können nur Feiglinge, Schurken oder komplette Dummköpfe.

Um die Frage ganz klar zu machen, nehmen wir den Fall eines Streiks. Wir unterstützen nicht alle Streiks. Geht es zum Beispiel darum, durch den Streik aus einer Fabrik schwarze, chinesische oder japanische Arbeiter zu entfernen, so sind wir gegen den Streik. Wenn aber der Streik bezweckt, die Lage der Arbeiter um sei es auch noch so wenig zu verbessern, so sind wir die er-

sten, die daran teilnehmen, welches auch die Leitung sei. In der großen Mehrheit der Streiks sind die Führer Reformisten, berufsmäßige Verräter, Agenten des Kapitals. Sie widersetzen sich jedem Streik. Aber von Zeit zu Zeit werden sie durch den Druck der Massen oder durch die gesamte objektive Lage auf den Weg des Kampfes gedrängt. Stellen wir uns einmal einen Arbeiter vor, der sich sagte: «Ich will an dem Streik nicht teilnehmen, weil die Führer Agenten des Kapitals sind.» Diesen Doktrinär oder ultralinken Dummkopf gälte es mit seinem wahren Namen zu brandmarken: Streikbrecher. Der Fall des chinesisch-japanischen Krieges ist von diesem Gesichtspunkt ganz analog. Ist Japan ein imperialistisches Land und China das Opfer des Imperialismus, so sind wir auf Seiten Chinas. Der japanische Patriotismus ist die abscheuliche Maske internationaler Räuberei. Der chinesische Patriotismus ist rechtmäßig und fortschrittlich. Beide auf dieselbe Stufe stellen und von «Sozialpatriotismus» reden, kann nur der, der von Lenin nichts gelesen, von der Haltung der Bolschewiki im imperialistischen Krieg nichts verstanden hat, und der die Lehren des Marxismus nur kompromittieren und prostituieren kann. (...) Aber Japan und China befinden sich nicht auf derselben historischen Stufe. Der Sieg Japans würde die Versklavung Chinas, den Stillstand seiner ökonomischen und sozialen Entwicklung und eine furchtbare Verstärkung des japanischen Imperialismus bedeuten. Chinas Sieg dagegen würde die soziale Revolution in Japan und die freie, d.h. von äußerer Unterdrückung ungehinderte Entwicklung des Klassenkampfes in China bedeuten.

Aber kann Tschiang Kai-schek den Sieg sichern? Ich glaube es nicht. Aber er ist es, der den Krieg begann und der ihn heute leitet. Um ihn ersetzen zu können, gilt es entscheidenden Einfluss auf das Proletariat und die Armee zu gewinnen: und um das zu erreichen, muss man nicht in der Luft schweben bleiben, sondern sich auf die Basis dieses Krieges stellen. Es gilt Einfluss und Prestige im militärischen Kampf gegen den Einfall des äußeren Feindes und im politischen Kampf gegen die Schwächen, Mängel und den Verrat im Innern zu gewinnen. Auf einer gewissen Etappe, die wir nicht vorweg bestimmen können, kann und muss sich diese politische Opposition in bewaffneten Kampf verwandeln, denn der Bürgerkrieg wie der Krieg überhaupt ist nichts anderes als die Fortsetzung der Politik. Aber man muss auch wissen, wann und wie die politische Opposition zum bewaffneten Aufstand werden soll.

Während der chinesischen Revolution von 1925/27 haben wir die Komintern gezeißelt Doch warum? Das heißt es gut zu verstehen. Die Eiffelianer behaupten, wir hätten unsere Haltung in der chinesischen Frage geändert. Diese Geistesarmen haben eben von unserer Haltung 1925/27 nichts begriffen. Wir haben niemals die Pflicht der kommunistischen Partei geleugnet, am Krieg der Bürger und Kleinbürger des Südens gegen die Generäle des Nordens, Agenten des ausländischen Imperialismus, teilzunehmen. Wir haben nie die Notwendigkeit eines militärischen Blocks der kommunistischen Partei mit der Kuomintang bestritten. Im Gegenteil, wir sind die ersten gewesen, die ihn predigten. Aber wir verlangten, dass die kommunistische Partei, ihre volle organisatorische und politische Unabhängigkeit bewahre, d.h. dass im Bürgerkrieg gegen die inneren Agenten des Imperialismus wie im nationalen Kriege gegen den ausländischen Imperialismus die Arbeitervorhut, ohne die vorderste Linie des militärischen Kampfes zu verlassen, politisch den Sturz der Bourgeoisie vorbereitet. Wir verteidigten dieselbe Politik im heutigen Bürgerkrieg. Wir haben an unserer Haltung nicht ein i-Tüpfelchen geändert. Aber die Oehleristen und Eiffelianer haben nicht ein einziges i-Tüpfelchen unserer Politik begriffen, we-

der der von 1925/27 noch der von heute.

In meiner Erklärung an die bürgerliche Presse zu Beginn des letzten Konflikts zwischen Tokio und Nanking habe ich vor allem die Pflicht der revolutionären Arbeiter betont, aktiv am Kriege gegen den imperialistischen Unterdrücker teilzunehmen. Warum habe ich das getan? Weil es erstens vom marxistischen Standpunkt aus richtig und zweitens vom Standpunkt der Rettung unserer Freunde in China aus notwendig ist. Morgen wird die GPU, die mit der Kuomintang im Bunde steht (wie in Spanien mit Negrin), unsere Freunde als «Defätisten» und Agenten Japans hinstellen. Die besten von ihnen, Tschien Du-hsiu an der Spitze, können national und international kompromittiert und erschossen werden. Es galt mit aller notwendigen Energie zu betonen, dass die Vierte Internationale gegen Japan auf Seiten Chinas steht. Gleichzeitig fügte ich hinzu: ohne Verzicht auf das eigene Programm, noch auf die eigene Selbständigkeit.

Die Dummköpfe à la Eiffel versuchen sich über diesen «Vorbehalt» lustig zu machen: «Die Trotzlisten», sagen sie, «wollen Tschiang Kai-schek in der Tat und dem Proletariat mit Worten dienen». Aktiv und bewusst am Kriege teilnehmen, heißt nicht «Tschiang Kai-schek dienen», sondern der Unabhängigkeit eines Koloniallandes, Tschiang Kai-schek zum Trotz. Und das gegen die Kuomintang gerichtete «Wort» ist das Werkzeug zur Erziehung der Massen für Tschiang Kai-scheks Sturz. Bei Teilnahme am militärischen Kampf unter dem Oberbefehl Tschiang Kai-scheks – denn leider ist er es, der im Unabhängigkeitskrieg die Macht hat – politisch dessen Sturz vorbereiten, das ist die einzige revolutionäre Politik. Die Eiffelianer stellen dieser «nationalen und sozialpatriotischen» Politik die Politik des Klassenkampfes gegenüber. Sein ganzes Leben lang hat Lenin diese abstrakte und sterile Gegenüberstellung bekämpft. Das Interesse des Weltproletariats legt diesem die Pflicht auf, den unterdrückten Völkern in ihrem nationalen und patriotischen Kampf gegen den Imperialismus beizustehen. Wer dies bis heute, fast ein Vierteljahrhundert nach dem Weltkrieg, zwanzig Jahre nach der Oktoberrevolution, nicht begriffen hat, den soll die revolutionäre Vorhut als ihren schlimmsten inneren Feind unbarmherzig von sich weisen. Das eben trifft auf Eiffel und seinesgleichen zu.“¹⁹

Im Übergangsprogramm, dem im Jahr 1938 geschriebenen Gründungsdokument der Vierten Internationale, versuchte Trotzki neuerlich, die Erfahrung der Bolschewiki zu verallgemeinern und zu zeigen, wie wichtig es für KommunistInnen ist, Forderungen an die reformistischen und kleinbürgerlichen Massenparteien der ArbeiterInnen und der Unterdrückten zu richten, um deren Basis zu erreichen.

“Diese Formel: ‘Arbeiter- und Bauernregierung’ ist erstmals im Jahre 1917 in der Agitation der Bolschewiken aufgetaucht und ist nach dem Oktoberumsturz endgültig bestätigt worden. In diesem letzteren Falle stellte sie nichts anderes dar als eine populäre Bezeichnung der bereits errichteten Diktatur des Proletariats. Die Bedeutung dieser Bezeichnung bestand vor allem darin, dass sie den Gedanken des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft, das der Sowjetmacht zugrunde liegt, in den Vordergrund stellte.

Als die Komintern der Epigonen versuchte, die von der Geschichte längst begrabene Formel einer ‘demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft’ wieder aufleben zu lassen, gab sie der Formel der ‘Arbeiter- und Bauernregierung’ einen völlig anderen, rein ‘demokratischen’, d.h. bourgeoisen Inhalt, indem sie sie der Diktatur des Proletariats entgegenstellte. Die Bolschewiki-Leninisten haben die Losung der ‘Arbeiter- und Bauernregierung’ in ihrer bürgerlich-demokratischen

Auslegung entschieden verworfen. Sie haben versichert, und tun das auch weiterhin, dass sofern die Partei des Proletariats sich weigert, den Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu verlassen, ihr Bündnis mit der Bauernschaft sich ganz einfach in eine Unterstützung des Kapitals verwandelt, wie das bei den Menschewiki und Sozialrevolutionären von 1917 und bei der chinesischen kommunistischen Partei 1925-1927 der Fall war und wie das jetzt bei den ‘Volksfronten’ in Spanien, Frankreich und anderen Ländern geschieht.

April-September 1917 forderten die Bolschewiki, dass die Sozialrevolutionäre und Menschewiki ihr Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie lösen und die Macht in die eigene Hand nehmen sollten. Unter dieser Bedingung versprachen die Bolschewiki den Menschewiki und Sozialrevolutionären als den kleinbürgerlichen Repräsentanten der Arbeiter und Bauern ihre revolutionäre Hilfe gegen die Bourgeoisie, lehnten dabei jedoch kategorisch ab, einer Regierung von Menschewiki und Sozialrevolutionären beizutreten oder politische Verantwortung für sie zu übernehmen. Hätten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre in der Tat mit den Kadetten und dem ausländischen Imperialismus gebrochen, so hätte die von ihnen geschaffene ‘Arbeiter- und Bauernregierung’ die Errichtung einer Diktatur des Proletariats nur beschleunigen und erleichtern können. Aber eben deshalb wehrten sich die Spitzen der kleinbürgerlichen Demokratie mit allen Kräften gegen die Errichtung ihrer eigenen Macht. Die Erfahrung Russlands hat gezeigt, und die Erfahrungen Spaniens und Frankreichs bestätigen es, dass die Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie (Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten, Stalinisten und Anarchisten) selbst unter sehr günstigen Bedingungen nicht in der Lage sind, eine Arbeiter- und Bauernregierung zu errichten, d.h. eine von der Bourgeoisie unabhängige Regierung.

Dennoch hatte die Forderung der Bolschewiki an die Menschewiki und Sozialrevolutionäre ‘Brecht mit der Bourgeoisie, nehmt die Macht in eure Hände!’ für die Massen eine ungeheure erzieherische Bedeutung. Die hartnäckige Weigerung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die Macht zu ergreifen, die in den Julitagen auf so dramatische Weise deutlich wurde, vernichtete sie endgültig in den Augen des Volkes und bereitete den Sieg der Bolschewiki vor.

Die zentrale Aufgabe der Vierten Internationale besteht darin, das Proletariat von seiner alten Führung zu befreien, deren Konservatismus in völligem Gegensatz zu den katastrophalen Umständen des kapitalistischen Verfalls steht und für den historischen Fortschritt das stärkste Hindernis ist. Der Hauptvorwurf der Vierten Internationale gegen die traditionellen Organisationen des Proletariats ist, dass sie sich nicht von der Bourgeoisie lösen wollen, die politisch eine halbe Leiche ist. Unter diesen Bedingungen ist die systematisch an die alte Führung gerichtete Forderung ‘Brecht mit der Bourgeoisie, ergreift die Macht!’ ein äußerst wichtiges Mittel, den verräterischen Charakter der Parteien und Organisationen der Zweiten, Dritten und der Amsterdamer Internationale bloßzustellen.

Die Losung der ‘Arbeiter- und Bauernregierung’ ist für uns nur in dem Sinne annehmbar, den sie 1917 bei den Bolschewiki hatte, d.h. als antibürgerliche, antikapitalistische Losung, aber auf keinen Fall in dem ‘demokratischen’ Sinne, den ihr später die Epigonen gegeben haben, indem sie aus ihr statt einer Brücke zur sozialistischen Revolution die Hauptbarriere auf ihrem Wege machten.

Von all den Parteien und Organisationen, die mit Arbeitern und Bauern operieren und in ihrem Namen sprechen, fordern wir, dass sie politisch mit der Bourgeoisie brechen und den

Weg des Kampfes um die Macht für die Arbeiter und Bauern einschlagen. Auf diesem Wege versprechen wir ihnen volle Unterstützung gegen die kapitalistische Reaktion. Gleichzeitig entfalten wir eine unermüdlige Agitation um die Übergangsforderungen, welche unserer Ansicht nach das Programm der 'Arbeiter- und Bauernregierung' darstellen sollen.

Ist es möglich, mit den traditionellen Arbeiterorganisationen eine solche Regierung zu schaffen? Wie schon gesagt, zeigt die bisherige Erfahrung, dass das zumindest wenig wahrscheinlich ist. Man kann jedoch nicht im voraus kategorisch als theoretische Möglichkeit leugnen, dass die kleinbürgerlichen Parteien, inklusive der Stalinisten, durch ein ganz außergewöhnliches Zusammentreffen von Umständen (Krieg, Niederlagen, Finanzkrach, revolutionäre Massenerhebung usw.) beeinflusst, bei ihrem Bruch mit der Bourgeoisie weitergehen können, als sie eigentlich selbst gewollt haben. Jedenfalls ist das eine nicht zu bezweifeln: selbst wenn sich diese wenig wahrscheinliche Variante irgendwo und irgendwann ereignete und wenn sogar eine 'Arbeiter- und Bauernregierung' im oben angezeigten Sinne zustande käme, so würde sie nur eine kurze Episode auf dem Weg zur wirklichen Diktatur des Proletariats sein.

Es steht jedoch nicht dafür, sich mit Spekulationen zu beschäftigen. Die Agitation unter der Losung der Arbeiter- und Bauernregierung behält unter allen Umständen ihre enorme

erzieherische Bedeutung. Und das nicht zufällig: Diese verallgemeinernde Losung bleibt vollkommen auf der Linie der politischen Entwicklung unserer Epoche (Bankrott und Zerfall der alten bürgerlichen Parteien, Zusammenbruch der Demokratie, Wachstum des Faschismus, wachsende Tendenz der Werktätigen zu einer aktiveren und offensiveren Politik). Deshalb soll eine jede unserer Übergangsforderungen zu ein und demselben politischen Schluss führen: Die Arbeiter sollen mit allen traditionellen Parteien der Bourgeoisie brechen, um gemeinsam mit den Bauern ihre eigene Macht errichten zu können." ²⁰

Wir sehen also die Wichtigkeit, die Trotzki dem Thema der Einheitsfronttaktik als Werkzeug zur Stärkung und Vereinigung des Klassenkampfes der ArbeiterInnen und Unterdrückten wie auch zur Stärkung des Einflusses der revolutionären Partei in der ArbeiterInnenklasse und den Volksmassen und zu Unterminierung der Hegemonie der "Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie" verlieh. Außerdem betrachtete Trotzki die Einheitsfronttaktik als bedeutendes Werkzeug für RevolutionärInnen nicht nur bezüglich der bürgerlichen (menschewistischen) ArbeiterInnenparteien, sondern auch bezüglich kleinbürgerlicher populistischer (sozialrevolutionärer) Kräfte, die über eine Massenbasis in den nicht-proletarischen unterdrückten Klassen und Schichten verfügen.

Manifest der RCIT 2016

Manifest für revolutionäre Befreiung

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung

I. Der verfallende Kapitalismus

II. Die gegenwärtige weltweite revolutionäre Geschichtsperiode

III. Die reaktionäre Offensive der herrschenden Klasse

IV. Ein Programm für die sozialistische Revolution, um den Untergang der Menschheit in die Barbarei zu stoppen

Verteidigung demokratischer Rechte!

Nieder mit Bonapartismus, Monarchien und Diktaturen!

Nieder mit Sparpolitik, Prekarisierung und Privatisierung!

Gegen die "Freihandelsabkommen" der Großmächte!

Das Land den Bauern!

Nein zum Landraub durch die multinationalen Konzerne!

Der Kampf der unterdrückten Völker gegen die imperialistische Aggression

Militarismus und zwischenimperialistische Rivalität zwischen den Großmächten

Die Verteidigung von Minderheiten gegen nationale Unterdrückung

Der Kampf für ein Ende der Gewalt gegen Frauen

Der Kapitalismus und Klimawandel

Arbeiter- und Bauernregierung gegen die "Linksregierung"
Vorwärts zur Enteignung der Bourgeoisie -
für die sozialistische Revolution!

V. Die Führungskrise und der Aufbau einer revolutionären Weltpartei

VI. Die Arbeit in Massenorganisationen und die Einheitsfronttaktik

VII. Der halbkoloniale Süden

Der Nahe Osten und Nordafrika

Lateinamerika

Asien

Afrika südlich der Sahara

VIII. Die aufsteigenden imperialistischen Großmächte des Ostens: China und Russland

IX. Die alten imperialistischen Großmächte: die EU, Nordamerika und Japan

X. Schlussfolgerungen

Anhang



III. DER KAMPF UM DIE PROLETARISCHE HEGEMONIE UNTER HEUTIGEN BEDINGUNGEN: SOZIALE UND ÖKONOMISCHE VERÄNDERUNGEN

In den bisherigen beiden Kapiteln wurden die Grundsätze der Einheitsfronttaktik herausgearbeitet und gezeigt, wie die marxistischen Klassiker ihr Verständnis entwickelten. Vor der Diskussion spezifischer Fragen der Anwendung der Einheitsfronttaktik heute wollen wir einige wichtige Veränderungen, die sich seit der Zeit Lenins und Trotzki ereignet haben, herausarbeiten. Wir beginnen mit einer Zusammenfassung der ökonomischen und sozialen Entwicklungen.

In unserem Buch *The Great Robbery of the South* haben wir wichtige Veränderungen der Zusammensetzung des Weltproletariats analysiert.²¹ Hier fassen wir noch einmal werden die wichtigsten Schlussfolgerungen zusammen und legen weitere akute Daten dar.

Die Verlagerung des Schwerpunkts des heutigen Weltproletariats in den Süden

Die RCIT hat immer betont, dass sich der Fokus der globalen kapitalistischen Produktion und daher auch des internationalen Proletariats im letzten halben Jahrhundert von den alten imperialistischen Metropolen (d.h. Nordamerika, Westeuropa und Japan) in den Süden (d.h. die halbkoloniale Welt plus die neuen imperialistischen Mächte, v.a. China) verschoben hat. Die Grundlage für diese Verlagerung war ein Prozess massiver Industrialisierung in den Ländern des Südens. Verursacht wurde der einerseits durch den allgemeinen ökonomischen Aufschwung in der langen Boomphase der 1950er und 1960er (begleitet von einem Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktivität, beschleunigter Verstädterung usw.) sowie durch die massive Verlagerung des Kapitalexports aus den imperialistischen Monopolen in den Süden, um ihre Profite durch eine Intensivierung der Überausbeutung zu erhöhen.²² Eine Zeitlang trug die Industrialisierung der stalinistischen degenerierten ArbeiterInnenstaaten Osteuropas, Ostasiens und Kubas auch zu dieser Entwicklung bei.

Das massive weltweite Wachstum der Arbeitskräfte der letzten Jahrzehnte fand hauptsächlich in der halbkolonialen Welt statt. 2014 standen 51,5% der weltweiten Arbeitskräfte mit einem Volumen von drei Milliarden Menschen in Lohnarbeit (siehe Abbildung 1).²³ Wie in dieser Grafik zeigt, wuchs der Anteil an LohnarbeiterInnen seit 1991 auf allen Kontinenten.²⁴

Diese Proletarisierung hat auch die Frauen erfasst. Heute sind 46% aller arbeitenden Frauen LohnarbeiterInnen.²⁶

Tabelle 1 zeigt das Wachstum der ArbeiterInnenklasse in den Regionen der Welt – als Anteil an allen Berufstätigen – seit der Zeit knapp vor der Jahrtausendwende.

Der Industrialisierungsprozess führte notwendigerweise zu einer Verlagerung des Proletariats aus den imperialistischen Metropolen in die ärmeren Länder und v.a. nach Asien (wo heute 60% der IndustriearbeiterInnen der Welt leben). Hundert Jahre zuvor – zu Zeiten Lenins und Trotz-

kis – war das Proletariat in der kolonialen und halbkolonialen Welt recht klein. Eine kapitalistische Industrialisierung außerhalb Europas, Nordamerikas und Japans hatte nur zu einem relativ geringen Grad stattgefunden.

Seither hat sich das Wachstum der ArbeiterInnenklasse im Süden beschleunigt. Als Ergebnis lebt die große Mehrheit der weltweiten ArbeiterInnenklasse heute außerhalb der alten imperialistischen Metropolen. Das zeigt sich klar auf folgenden Tabellen und Abbildungen. Tabelle 2 zeigt den Anstieg der LohnarbeiterInnen in sogenannten "Entwicklungsländern" von 65,9% (1995) auf 72,4% (2008/09). Wenn man die halbkolonialen EU-Staaten ausschließt, liegt die Zahl für 2008/09 noch höher. Mit anderen Worten, drei Viertel der heutigen LohnarbeiterInnen leben und arbeiten in den halbkolonialen und aufstrebenden kapitalistischen Ländern.

Diese Verlagerung zeigt sich auch, wenn die Kernbereiche der ArbeiterInnenklasse – die IndustriearbeiterInnen – untersucht werden. In Tabelle 3 ist ersichtlich, dass 2013 85,3% - mehr als 617 Millionen – aller Beschäftigten in der Industrie (die überwältigende Mehrheit davon ArbeiterInnen) außerhalb der alten imperialistischen Metropolen lebten, wo "nur" 14,7% - oder 106,8 Millionen – aller in der Industrie Beschäftigten lebten. Gleichzeitig lebten fast zwei Drittel (62,5%) aller IndustriearbeiterInnen in Asien (ausgenommen Russland und die ehemaligen Sowjetrepubliken).

Abbildungen 2 und 3 bestätigen diese enorme Verlagerung und zeigen den Anstieg des Anteils der im Süden lebenden FertigungsindustriearbeiterInnen von etwa 50% (1980) auf etwa 73% (2008). Im Jahr 1950 lebten hingegen nur 34% des weltweiten Industrieproletariats im Süden.³⁰ Wir verweisen an dieser Stelle darauf, daß die Beschäftigungszahlen in Fertigung und Industrie jedoch nicht gleichbedeutend sind, denn Fertigung beinhaltet alle Industriesektoren außer dem Bergbau- und Bauwesen. In dem weiter gefaßten Begriff des Industriesektors werden letztere jedoch auch berücksichtigt.

Die RCIT hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die tatsächliche Verlagerung des Proletariats in die halbkolonialen und aufstrebenden imperialistischen Länder sogar noch höher zu veranschlagen ist, als die offiziellen Zahlen zeigen. Warum? Weil, wie oben angemerkt, die bürgerliche Kategorie "LohnarbeiterInnen" nicht nur ArbeiterInnen beinhaltet. Allgemein gesprochen kann man sagen, dass in den reichen kapitalistischen Ländern eine beträchtliche Minderheit der Lohnabhängigen nicht Teil der ArbeiterInnenklasse ist, sondern Teil der lohnabhängigen Mittelschicht (Aufsichtspersonal, Polizei, ManagerInnen der unteren Ebenen usw.).³³ In einer vor einiger Zeit veröffentlichten ausführlichen Analyse der Klassenstruktur schätzten wir, dass in den imperialistischen Ländern die überwiegende Anzahl der Lohnabhängigen – bis zu 90% der gesamten arbeitenden Bevölkerung – in etwa zu 2/3

Tabelle 1: Anteil der LohnarbeiterInnen an der Gesamtbeschäftigung, 1999 und 2013 ²⁷

| Region | 1999 | 2013 |
|----------------------------|-------|-------|
| Afrika | 24.6% | 26.2% |
| Asien | 30.7% | 40.2% |
| Lateinamerika und Karibik | 59.0% | 62.8% |
| Naher Osten | 71.9% | 80.3% |
| Osteuropa und Zentralasien | 74.9% | 78.3% |
| Entwickelte Ökonomien | 84.1% | 86.4% |

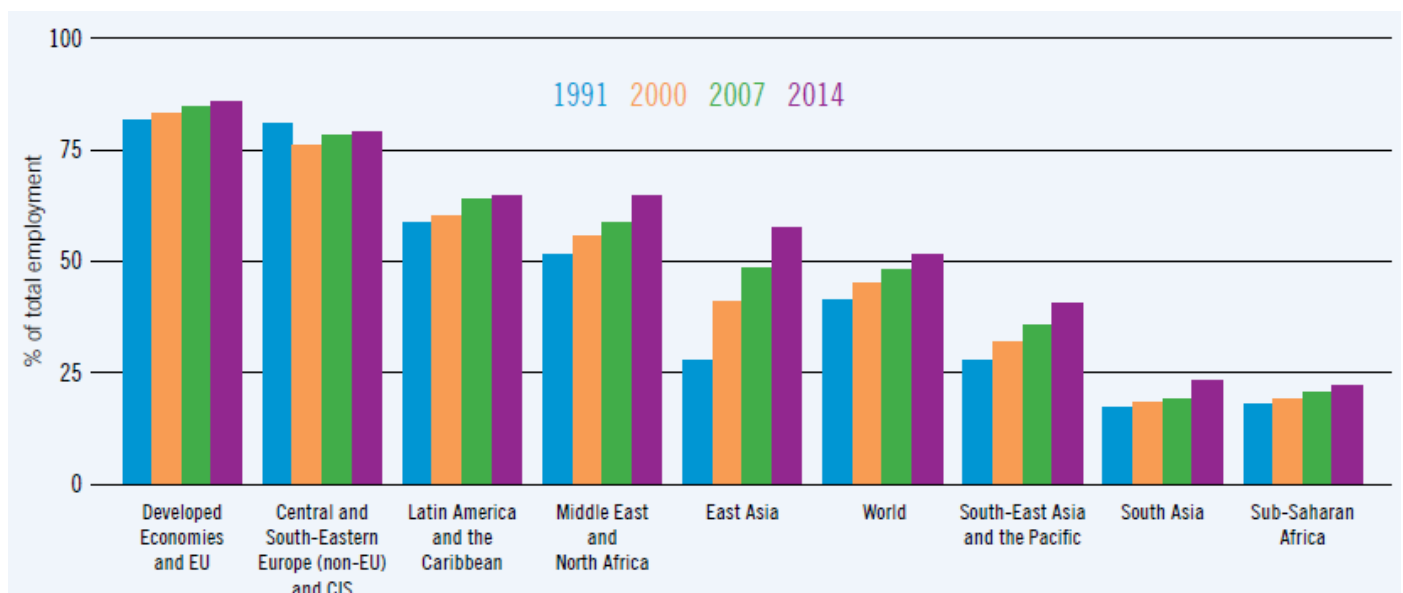
Tabelle 2: Verteilung der LohnarbeiterInnen in den verschiedenen Regionen, 1995 und 2008/09 (in %) ²⁸

| | 1995 | 2008/09 |
|---|-------|---------|
| Welt | 100% | 100% |
| Niedriglohnländer | 65.9% | 72.4% |
| Hochlohnländer | 34.1% | 27.6% |
| Hochlohnländer (ohne halbkoloniale EU-Länder) | - | 25% |
| Niedriglohnländer (einschließlich halbkolonialer EU-Länder) | - | 75% |

Tabelle 3: Verteilung der Industriearbeitskräfte in verschiedenen Regionen, 2013 ²⁹

| | Arbeitskräfte in der Industrie (in Millionen) | Verteilung der industriellen Arbeitskräfte |
|-----------------------|---|--|
| Welt | 724.4 | 100% |
| Entwickelte Ökonomien | 106.8 | 14.7% |
| Osteuropa & ex-UdSSR | 44.8 | 6.2% |
| Ostasien | 250.1 | 34.5% |
| Südostasien | 59.0 | 8.1% |
| Südasien | 144.3 | 19.9% |
| Lateinamerika | 58.3 | 8.0% |
| Naher Osten | 18.7 | 2.6% |
| Nordafrika | 13.0 | 1.8% |
| Sub-Sahara Afrika | 29.3 | 4.0% |

Abbildung 1: Lohnarbeiter (in % der Gesamtbeschäftigung), weltweit und regional, 1991-2014 ²⁵



ArbeiterInnenklasse und zu 1/3 als zur Mittelschicht gehörig eingeteilt werden kann.³⁴ In den ärmeren Ländern ist die entlohnte Mittelschicht jedoch viel kleiner.

Außerdem muss die Arbeiteraristokratie, die oberste Schicht der ArbeiterInnenklasse (z.B. bestimmte Bereiche hochbezahlter FacharbeiterInnen usw.), eingerechnet werden. Das ist der Teil des Proletariats, der von der Bourgeoisie mit diversen Privilegien buchstäblich bestochen wird. In den imperialistischen Ländern bildet diese Schicht einen viel höheren Anteil der ArbeiterInnenklasse als im halbkolonialen Proletariat. Die finanziellen Quellen zur Bezahlung der Arbeiteraristokratie in den imperialistischen Ländern, womit ihre ArbeiterInnenklassensolidarität untergraben werden soll, stammen genau aus den Extraprofiten, die die Monopolkapitalisten aus der Überausbeutung der halbkolonialen Länder sowie auch der MigrantInnen in den imperialistischen Ländern erhalten. Ganz offen nutzt das Monopolkapital diese Extraprofiten, um die Unterstützung von Teilen der ArbeiterInnenklasse in den imperialistischen Ländern zu erhalten, denn am Heimatstandort brauchen die Kapitalisten die Stabilität am dringendsten. Damit kann die "eingekaufte" Arbeiteraristokratie in der halbkolonialen Welt viel kleiner sein.

Die Arbeiteraristokratie – mit ihrem Zwillingsbruder, der Arbeiterbürokratie – spielt eine dominante Rolle in den Gewerkschaften und reformistischen Parteien der imperialistischen Länder.

Gleichzeitig haben, wie andernorts gezeigt³⁵, die unteren Schichten der ArbeiterInnenklasse – v.a. MigrantInnen – ihren Anteil innerhalb der imperialistischen Länder bedeutend erhöht. In den USA beispielsweise stieg der Anteil der MigrantInnen in der Gesamtbevölkerung von 5,2% (1960) auf 12,3% (2000) bzw. über 14% (2010). In Westeuropa wuchs der Anteil der MigrantInnen von etwa 4,6% (1960) auf fast 10% (2010).³⁶ Gemäß der jüngsten Daten der Vereinten Nationen leben offiziell 172,6 Millionen MigrantInnen in den alten imperialistischen Ländern ("Hochlohnländern") und bilden 13% der Gesamtbevölkerung.³⁷ Wie wiederholt betont unterschätzen offizielle Statistiken die Zahl der MigrantInnen unausweichlich, weil sie jene ohne legalen Status wie auch jene der zweiten oder dritten Generation nicht berücksichtigen.

Im Vergleich dazu beträgt der Anteil von MigrantInnen in "Niedriglohnländern" (und solchen mit mittleren Einkommen), d.h. in halbkolonialen Ländern und im aufstrebenden kapitalistischen China, nur 1%.³⁸

MigrantInnen bilden einen entscheidenden Teil des Proletariats in den urbanen Zentren der imperialistischen Metropolen. Zu Beginn der 2000er-Jahre bestand die Hälfte der in New York wohnhaften ArbeiterInnen aus Schwarzen, Latinos oder anderen nationalen Minderheiten. In und um London wurden im Jahr 2000 29% bzw. 22% der EinwohnerInnen als ethnische Minderheit klassifiziert.³⁹ In unserer Studie zu Rassismus und MigrantInnen wurde gezeigt, dass in Wien (Hauptstadt Österreichs) MigrantInnen 44% der Bevölkerung ausmachen. Zwei Drittel davon kommen aus dem früheren Jugoslawien, der Türkei oder den osteuropäischen EU-Staaten.⁴⁰

Eine weitere bedeutende Tatsache besteht darin, dass die ArbeiterInnen ohne oder mit geringer Qualifikation die riesige Mehrheit der LohnarbeiterInnen und Unterdrückten bilden, während hochqualifizierte Beschäftigte nur eine Minderheit darstellen (sogar in den alten imperialisti-

schen Ländern). Auch wenn die Zahlen in den Tabellen 4 und 5 sich nicht nur auf die ArbeiterInnenklasse sondern auf Beschäftigte allgemein beziehen und auch wenn das Qualifikationsniveau nicht direkt etwas über die Entlohnung und Zugehörigkeit zur Unter- oder Mittelschicht bzw. Oberschicht der ArbeiterInnenklasse aussagt, so liefern die Zahlen nichtsdestotrotz einen klaren Hinweis auf die relativen Anteile der verschiedenen Schichten im Proletariat – weltweit und regional.

Diese aktuellen Daten der *Internationalen Arbeitsorganisation der UN (ILO)* zeigen, dass niedrig- und mittelqualifizierte Wertetätige 82% der weltweiten Arbeitskraft ausmachen, 61,7% in den alten imperialistischen Ländern und 85,8% in den halbkolonialen und aufstrebenden imperialistischen Ländern, v.a. China und Russland. Ihr Anteil in der Arbeiterklasse ist sogar noch höher als in den Zahlen abgebildet wird, denn – wie bereits erwähnt – eine Minderheit der Lohnabhängigen ist nicht Teil der ArbeiterInnenklasse, sondern der Mittelschicht. Der Anteil der hochqualifizierten ArbeitnehmerInnen ist natürlich in der Mittelschicht viel höher als in der ArbeiterInnenklasse. Kurz, diese Daten stützen unsere These in Bezug auf die Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse, wie wir sie im *Manifest* der RCIT sowie noch detaillierter in unserem Buch *Der große Raub* herausgearbeitet haben.

Außerdem ist das Proletariat in den ärmeren Ländern größer als die Zahlen in diesen offiziellen Statistiken vermitteln. Ein beträchtlicher Teil der ArbeiterInnen in diesen Ländern wird formell nicht als lohnabhängig, sondern wegen des großen informellen Sektors als offiziell selbstständig gezählt. Doch tatsächlich sind sie Teil der ArbeiterInnenklasse.⁴³

Im Allgemeinen sind die wachsende ArbeiterInnenklasse und andere unterdrückte Schichten sehr heterogen hinsichtlich ihres Beschäftigungsstatus. Die kürzlich veröffentlichten Daten der ILO zum Beschäftigungsstatus der werktätigen Bevölkerung insgesamt (d.h. einschließlich ArbeiterInnen, Bauern, Selbstständige, unbezahlte Familienarbeit, Unternehmer (wenngleich letztere zahlenmäßig unwesentlich sind) sind äußerst interessant. Laut diesen Zahlen sind nur 26,4% der Werkstätigen auf Basis eines unbefristeten Vertrags beschäftigt, 13% auf Grundlage eines befristeten Vertrags und die große Mehrheit (60,7%) arbeiten ohne jeden Vertrag. Natürlich gibt es auch hier enorme Unterschiede zwischen der Situation der Lohnabhängigen in den alten imperialistischen Ländern und jener des Südens. In den alten imperialistischen Ländern ("Hochlohnländer") befinden sich mehr als drei Viertel der Werkstätigen in einem unbefristeten Vertragsverhältnis (davon weniger als zwei Drittel in Vollzeitbeschäftigung), weitere 9,3% in einem befristeten Vertragsverhältnis und nur 14% ohne Vertragsbasis. In den entwickelteren Halbkolonien und aufstrebenden imperialistischen Ländern ("Länder mit mittlerem Lohnniveau") sind fast 72% aller Werkstätigen ohne Vertrag beschäftigt, nur 13,7% sind vertraglich fixiert. In den weniger entwickelten halbkolonialen Ländern werden nur 5,7% auf Basis eines unbefristeten Vertrags beschäftigt, während fast 87% überhaupt keine Vertragsgrundlage aufweisen; die Mehrheit arbeitet auf eigene Faust oder in Familienbetrieben.⁴⁴

Wenn wir die veröffentlichten Daten der ILO zu den Lohnabhängigen heranziehen, kommen wir zu dem Schluss, dass nur 51,2% aller Lohnabhängigen auf Basis

Abbildung 2: Anteil der Entwicklungsländer an der Beschäftigung im Fertigungssektor, 1980–2008 ³¹

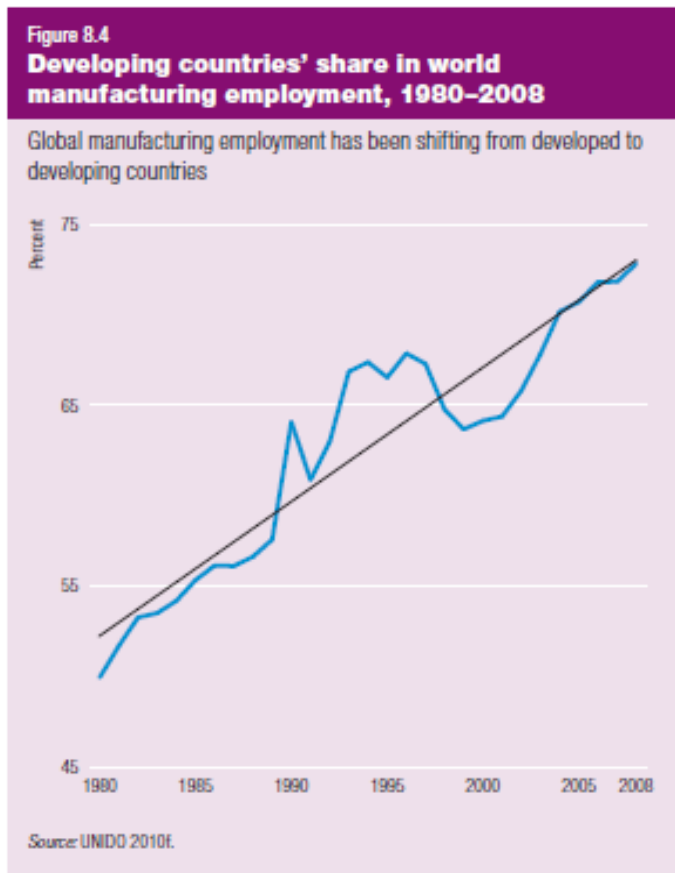
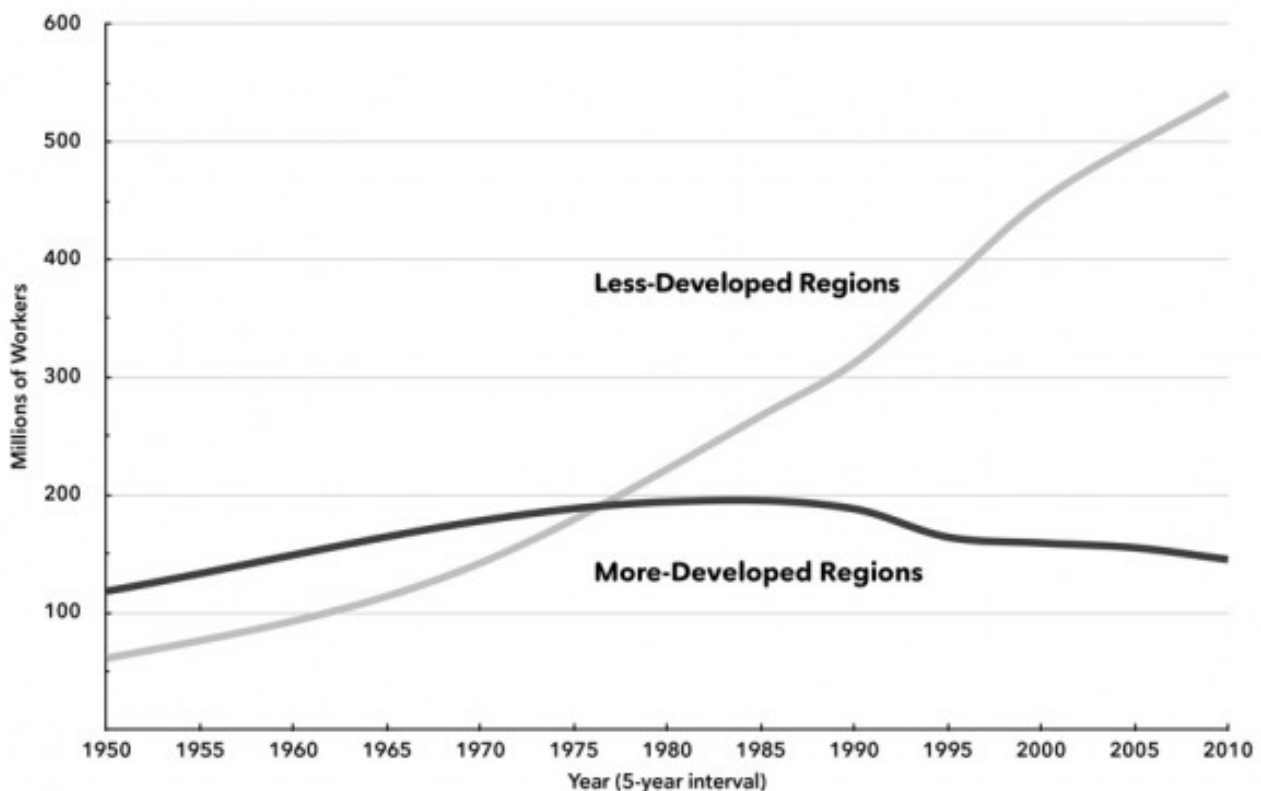


Abbildung 3: Industriearbeitskräfte weltweit in entwickelten und Entwicklungsländern, 1950–2010 ³²



eines unbefristeten Vertrags arbeiten, während der Rest mit befristeten oder ohne Verträge beschäftigt ist (siehe Tabelle 6). Auch hier gibt es extreme Unterschiede zwischen den alten imperialistischen Ländern einerseits und den halbkolonialen Ländern und aufstrebenden imperialistischen Mächten andererseits. In ersteren, von der ILO als "Hochlohnländer" bezeichnet, liegt der Anteil der Lohnabhängigen mit unbefristetem Vertrag bei 88,1%. Dieser Anteil ist in den Ländern des globalen Südens viel niedriger (30,7% bzw. 32,4%).

Lohnabhängige mit unbefristetem Vertrag können wiederum unterteilt werden in jene mit Vollzeit- und jene mit Teilzeitbeschäftigung. Leider stellt die ILO dafür nur Daten aus den imperialistischen Ländern bereit, wo nur 73,7% aller Vollzeitbeschäftigten über einen unbefristeten Vertrag verfügen (bei Frauen liegt dieser Anteil noch niedriger, bei 64,5%).

Weiters muss die wachsende Zahl der Arbeitslosen in Betracht gezogen werden. Der neueste ILO-Bericht nennt die offizielle Zahl von 201,3 Millionen Beschäftigungslosen im Jahr 2014. Mit anderen Worten, 5,9% weltweit.⁴⁶

Zusammenfassend kann über das heutige Weltproletariat gesagt werden: Die internationale ArbeiterInnenklasse hat ihren Schwerpunkt in den Süden verlagert, wo etwa drei Viertel der LohnarbeiterInnen beheimatet sind. Angesichts des (im Vergleich zum Süden) höheren Anteils der lohnabhängigen Mittelschicht in den alten imperialistischen Ländern könnte der Anteil des Proletariats in den halbkolonialen und den aufstrebenden imperialistischen Ländern weltweit bei 80% liegen. Wenn das der Fall ist, können wir daraus schließen, dass das Herz des Weltproletariats im Süden und vor allem in Asien liegt.

Das heißt nicht, dass das Proletariat in den alten impe-

rialistischen Metropolen (d.h. in den relativ reichen Ländern Westeuropas, Nordamerikas und Japans) irrelevant geworden ist. Nichts könnte der Wahrheit ferner liegen. Das Proletariat Westeuropas, Nordamerikas und Japans spielt weiterhin eine zentrale Rolle im internationalen Klassenkampf. Doch für revolutionäre KommunistInnen ist es wesentlich, die gestiegene Bedeutung der halbkolonialen Länder in Asien, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Afrika wie auch der aufstrebenden kapitalistischen Länder China (und Russland) zu erkennen. Mit anderen Worten ist der Prozess der Weltrevolution nicht einer, in dem sich die Front in den alten imperialistischen Ländern befindet und dort entschieden werden wird. Vielmehr wird das Proletariat in der halbkolonialen Welt und im aufstrebenden kapitalistischen China eine maßgebliche Rolle spielen. Die Arabische Revolution bestätigt diese These der wachsenden Bedeutung des halbkolonialen Proletariats.

Wir haben die Auswirkungen dieser bedeutsamen Veränderungen der Zusammensetzung der globalen ArbeiterInnenklasse in unserem Programm "*Das Revolutionär-Kommunistische Manifest*" zusammengefasst. Internationale ArbeiterInnenorganisationen müssen dem Süden besondere Aufmerksamkeit widmen. Das riesige Gewicht des südlichen Proletariats darf nicht nur hinsichtlich seiner massiven Beteiligung in internationalen ArbeiterInnenorganisationen Beachtung finden, sondern auch in den Führungen dieser Kräfte. Und Fragen von besonderer Wichtigkeit für die südliche ArbeiterInnenklasse – ihre Überausbeutung, ihre nationalen Befreiungskämpfe gegen den Imperialismus usw. – müssen eine zentrale Rolle in der propagandistischen und praktischen Arbeit der Organisationen einnehmen.⁴⁷

Bücher der RCIT

Michael Pröbsting: Der Aufbau der revolutionären Partei in Theorie und Praxis

Die RCIT veröffentlicht die deutsche Übersetzung des Buches von Michael Pröbsting über Theorie und Praxis des revolutionären Parteaufbaus. darin legt der Autor das Verständnis *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz* (internationale Abkürzung: RCIT) der leninistischen Parteitheorie und ihrer Anwendung unter den heutigen Bedingungen dar.

Anlass der Veröffentlichung war das 25jährige Jubiläum unserer Bewegung. Im Sommer 1989 wurde unsere Vorgängerorganisation, die *Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale* (LRCI) als demokratisch-zentralistische internationale Tendenz basierend auf einem ausgearbeiteten Programm gegründet. Die RCIT führt die revolutionäre Tradition der LRCI fort. Im vorliegenden Buch geben wir einen Überblick über unsere Geschichte, eine Aufarbeitung unserer Erfolge wie auch unserer Fehler und eine Zusammenfassung der Lehren für die vor uns liegenden Kämpfe.

In Kapitel I beleuchten wir die theoretische Konzeption

der Bolschewiki-Kommunisten bezüglich der Rolle der revolutionären Partei und ihres Verhältnisses zur ArbeiterInnenklasse. In Kapitel II werden die wesentlichen Grundzüge einer revolutionären Partei bzw. deren Vorformen herausgearbeitet. In Kapitel III behandeln wir die Geschichte unserer Bewegung – der RCIT und ihrer Vorgängerorganisation. Schließlich werden in Kapitel IV die wichtigsten Lehren aus 25 Jahren organisierten Kampfs für den Aufbau einer bolschewistischen Partei gezogen und ihre Bedeutung für unsere künftige Arbeit beleuchtet.

Das Buch kann über die Kontaktadresse der RCIT bestellt werden.

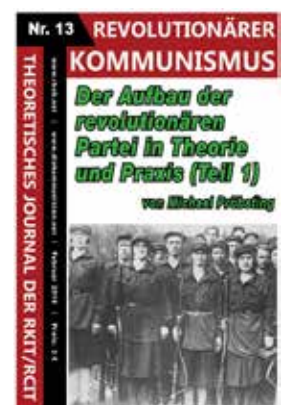


Tabelle 4: Anzahl und Anteil von Beschäftigten nach Qualifikation, weltweit und regional, 2013 (in Tausend) ⁴¹

| <i>Weltregion</i> | <i>geringe Qualifikation</i> | <i>mittlere Qualifikation</i> | <i>hochqualifiziert</i> |
|-----------------------|------------------------------|-------------------------------|-------------------------|
| Welt | 502,153 100% | 2,077,789 100% | 566,584 100% |
| Entwickelte Ökonomien | 46,668 9.3% | 241,654 11.6% | 186,693 32.4% |
| Entwicklungsländer | 455,485 91.7%% | 1,836,135 88.4% | 379,891 67.6% |

Tabelle 5: Beschäftigungsanteil nach Qualifikation, weltweit und regional, 2013 ⁴²

| <i>Weltregion</i> | <i>geringe Qualifikation</i> | <i>mittlere Qualifikation</i> | <i>hohe Qualifikation</i> |
|----------------------------|------------------------------|-------------------------------|---------------------------|
| Welt | 16.0% | 66.0% | 18.0% |
| Entwickelte Ökonomien | 9.8% | 50.9% | 39.3% |
| Zentral- & Südosteuropa | 14.1% | 52.4% | 33.5% |
| Ostasien | 8.2% | 79.7% | 12.1% |
| Südostasien und Pazifik | 22.0% | 65.6% | 12.4% |
| Südasien | 27.7% | 58.5% | 13.8% |
| Lateinamerika und Karibik | 19.0% | 61.3% | 19.8% |
| Naher Osten und Nordafrika | 12.0% | 65.7% | 22.4% |
| Subsahara Afrika | 16.2% | 79.2% | 4.6% |

Tabelle 6: Verteilung von Vertragsarten bei Lohnabhängigen (%) ⁴⁵

| | <i>Unbefristet</i> | <i>Befristet</i> | <i>Vertragslos</i> |
|---------------------------------|--------------------|------------------|--------------------|
| Alle Länder | 51.2% | 25.0% | 23.8% |
| Hochlohnländer | 88.1% | 10.7% | 1.3% |
| Länder mit mittlerem Lohnniveau | 30.7% | 32.3% | 37.0% |
| Niedriglohnländer | 32.4% | 42.6% | 24.8% |

Tabelle 7: Beschäftigungsstatus weltweit und regional, 2013 (%) ⁴⁹

| | <i>Lohn- arbeiterInnen</i> | <i>Unter- nehmer</i> | <i>Selbstständige</i> | <i>mitarbeitende Familienmitglieder</i> |
|--|--------------------------------|--------------------------|-----------------------|---|
| Entwickelte Ökonomien | 86.3% | 3.6% | 9.0% | 1.0% |
| Entwicklungsländer | 42.6% | 2.0% | 40.5% | 14.9% |
| Entwicklungsschwächste Länder | 18.0% | 1.2% | 53.2% | 27.6% |
| Länder mit niedrigem Durchschnittseinkommen | 31.7% | 2.1% | 50.5% | 15.7% |
| Aufstrebende Ökonomien | 58.2% | 2.2% | 29.0% | 10.6% |

Das Elend der landlosen Bauernschaft und der städtischen Armut

Ungeachtet des Wachstums des weltweiten Proletariats dürfen MarxistInnen nicht die Tatsache ignorieren, dass fast die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung weltweit – und eine klare Mehrheit davon in der halbkolonialen Welt – der besitzlosen Bauernschaft oder dem städtischen Kleinbürgertums angehört. Die Zahlen in Tabelle 6 vermitteln einen Eindruck zur allgemeinen sozialen Zusammensetzung der arbeitenden Bevölkerung. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass aus den oben genannten Gründen die Kategorie der Lohnabhängigen der ILO nicht gleichbedeutend mit dem Begriff des marxistischen Konzepts der ArbeiterInnenklasse ist. Dasselbe gilt für die Kategorie Selbstständige, die nicht gleichbedeutend ist mit der marxistischen Kategorie der nicht-ausbeuterischen Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums. Nichtsdestotrotz bieten die Zahlen nützliche Annäherungen.

Wenn wir die sehr kleine Menge von Kapitalisten (ArbeitgeberInnen) beiseite lassen, die sich v.a. in den imperialistischen Ländern sammelt, ist zu erkennen, dass die Bauernschaft und die Selbstständigen (und ihre mitarbeitenden Familienmitglieder) 55,4% der werktätigen Bevölkerung in den Ländern des Südens ausmachen. Auch hier müssen wichtige Unterscheidungen getroffen werden. Während etwa im aufstrebenden imperialistischen China der Anteil der LohnarbeiterInnen 56% der arbeitenden Bevölkerung beträgt und Selbstständige und ihre mitarbeitenden Familienmitglieder "nur" 42,4%,⁴⁸ machen die Selbstständigen und ihre mitarbeitenden Familienmitglieder 80,8% (!) aller werktätigen Menschen in den weniger entwickelten halbkolonialen Ländern aus. (siehe Tabelle 7).

Kapitalismus bedeutet Elend nicht nur für die ArbeiterInnenklasse, sondern auch für die Landbevölkerung und für die Armut in den Städten. Zum Verständnis seien einige Daten zur Ungleichheit und Armut in der weltweiten Bauernschaft dargelegt: Gemäß den von der ETC-Gruppe (AGETC) zusammengefassten Daten werden von 450 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben weltweit heute 382 Millionen (85%) von Kleinbauern bewirtschaftet und diese weisen eine Größe von zwei Hektar oder weniger auf. Fast alle davon (fast 380 Millionen) befinden sich auf der südlichen Erdhalbkugel. Die überwältigende Mehrheit davon wiederum (370 Millionen) wird von einheimischen Bauern bewirtschaftet. Insgesamt bearbeiten Bauern etwa die Hälfte des weltweiten landwirtschaftlichen Nutzlands. Es wird geschätzt, dass von 1,56 Milliarden ackerbaren und dauerhaft kultivierten Hektar Land weltweit 764 Millionen Hektar von Bauern bewirtschaftet werden; nicht weniger als 225 Millionen Hektar werden von Großgrundbesitzern bewirtschaftet; und mittelgroße Landwirtschaften halten etwa 571 Millionen Hektar.

Geschätzte 640 Millionen Bauern und weitere etwa 190 Viehhalter züchten Vieh zum eigenen Konsum und für lokale Märkte. Weiters gibt es etwa 30-35 Millionen Vollerwerbsfischer, doch wahrscheinlich mehr als 100 Millionen Bauern, die in gewissem Ausmaß auch fischen und an der Verarbeitung und dem Vertrieb des Ertrags beteiligt sind.

Es gibt auch etwa 800 Millionen Bauern in urbaner Landwirtschaft. Davon produzieren 200 Millionen vor allem für die städtischen Märkte und davon wiederum leben

etwa 150 Millionen Familienmitglieder in Vollzeitbeschäftigung. Durchschnittlich produzieren die Städte etwa ein Drittel ihres Nahrungsbedarfs selbst. Schließlich gibt es mindestens 410 Millionen, die in oder in der Nähe von Wäldern leben und den Großteil ihrer Nahrung und ihres Lebensunterhalts daraus beziehen.⁵⁰

Brasilien stellt ein wichtiges Beispiel der weltweit ungleichen Landverteilung und der schlimmen Lage der besitz- und landlosen Bauern im Zeitalter des niedergehenden Kapitalismus dar. Etwa 26.000 Großgrundbesitzer halten 50% allen bewirtschaftbaren Landes, große Teile davon werden entweder kaum oder gar nicht landwirtschaftlich genutzt. Gleichzeitig gibt es in Brasilien 12 Millionen landlose Bauern.

Die städtische Armut ist eine weitere, zunehmend wichtige Schicht der Weltbevölkerung. Sie hat keine festgelegte Klassenposition und umfasst übergreifende und übergangsweise Elemente. Die meisten ElendsviertelbewohnerInnen haben keine dauerhafte Arbeit, sondern sind arbeitslos, arbeiten schwarz oder selbstständig. Damit gehören sie größtenteils zur Unterschicht der ArbeiterInnenklasse und bilden halbproletarische Elemente, die oft in urbaner Landwirtschaft beschäftigt sind, zum besitzlosen Kleinbürgertum oder zum Lumpenproletariat gehört. Ihre extrem prekäre Position in der Arbeitswelt steigert die relative Bedeutsamkeit ihrer besonderen Lebensumstände. Aus diesem Grund können wir von der städtischen Armut als einer spezifischen Schicht sprechen.

Schätzungsweise ein Drittel der weltweiten städtischen Bevölkerung (32,7%) lebt in Elendsvierteln der Großstädte, v.a. in der halbkolonialen Welt. Der Anteil der Menschen, die unter Elendsbedingungen in städtischen Gebieten leben, liegt im Afrika südlich der Sahara besonders hoch (61,7%). Doch auch in der Bevölkerung Südasiens (35%) und Südasiens (31%), Ostasiens (28,2%), Westasiens (24,6%), Lateinamerikas und der Karibik (23,5%) und Nordafrikas (13%) bilden SlumbewohnerInnen einen beträchtlichen Anteil der städtischen Bevölkerung.⁵¹

Kurz, die besitzlose Bauernschaft und die städtische Armut bilden riesige und bedeutsame Klassen und Schichten. Sie leiden täglich während ihres prekären Lebens unter den zerstörerischen Folgen des niedergehenden Kapitalismus. Für die ArbeiterInnenklasse bzw. deren Avantgarde – die revolutionäre Partei – ist es eine entscheidende Aufgabe, an vorderster Front zu stehen und diese unterdrückten Schichten als Verbündete für den Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft zu gewinnen.

IV. DER KAMPF UM PROLETARISCHE HEGEMONIE UNTER HEUTIGEN BEDINGUNGEN: POLITISCHE VERÄNDERUNGEN

Nach der Herausarbeitung wesentlicher gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen der letzten Jahrzehnte soll nun das Feld der Politik untersucht werden. Dabei sollen die wichtigsten Veränderungen in den Parteien, die für sich beanspruchen, die Interessen der ArbeiterInnen und Unterdrückten zu vertreten, überblicksmäßig dargestellt werden.

Die Krise der bürgerlichen ArbeiterInnenparteien

Eine der wichtigsten Entwicklungen in den letzten zwei oder drei Jahrzehnten war die außergewöhnliche Verbürgerlichung der traditionellen reformistischen Parteien sozialdemokratischer und stalinistischer Prägung. Gleichzeitig erlebten wir eine Welle neuer linksreformistischer oder kleinbürgerlicher populistischer Kräfte. Diese Veränderungen bilden den Hintergrund für die Entwicklung und Anwendung der marxistischen Taktik der Einheitsfront in der gegenwärtigen Periode.

Diese Entwicklungen und Veränderungen wollen wir detaillierter untersuchen. Der wichtigste Faktor der Weltlage – und heute noch mehr als zu Zeiten Trotzki in den 1930ern – ist das völlige Fehlen einer starken revolutionären Weltpartei. Trotzki's Worte – „Man kann ohne jegliche Übertreibung sagen: Die gesamte Weltlage ist bestimmt durch die Krise der proletarischen Führung.“⁵² – sind heute noch wichtiger, mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem politischen und organisatorischen Zusammenbruch der Vierten Internationale, bei einer, im Vergleich zur vor-

uns liegenden, historischen Aufgabe ungemein geringen Anzahl wahrhaft revolutionärer Kräfte.⁵³ Dieses Fehlen einer Weltpartei für die sozialistische Revolution ist der Hauptgrund, warum so viele Klassenkampfausbrüche, die zu vorrevolutionären und revolutionären Situationen führen, letztlich niedergeschlagen werden. Und es ist auch der Grund dafür, dass der Rechtsschwenk des traditionellen Reformismus in eine Welle neuen Linksreformismus und populistischer politischer Formationen mündete.

Die historische Krise der Sozialdemokratie und des Stalinismus drückt sich in einem dramatischen Schwenk nach rechts aus, in einer Verbürgerlichung ihrer Zusammensetzung und Führung und in ihrem steilen Rückgang hinsichtlich Mitgliederzahlen und Wahlergebnissen. Dies wird anhand einiger Beispiele offensichtlich.

Die deutsche SPD führte Deutschland – in einer Regierungskoalition mit den Grünen – zum ersten Krieg im Ausland, als die NATO 1999 Serbien angriff. Sie tat dasselbe 2001 in Afghanistan und während der imperialistischen Besatzung danach. Die SPD setzte die drakonische Reform Hartz IV um, die zu substantziellen Kürzungen in der Arbeitslosenabsicherung und sozialen Unterstützungsleistungen führte. Seither war diese Partei der Juniorpartner in auf Sparkurs orientierten Koalitionen mit der CDU, der konservativen Partei Angela Merkels, 2005-09 und seit 2013.

Es ist wenig überraschend, dass diese Neoliberalisierung der SPD dramatische Auswirkungen auf ihre UnterstützerInnen und Mitgliedschaft hatte. Die Wahlunterstützung

Abbildung 4: Verteilung der UnterstützerInnen der politischen Parteien in Spanien, 2015⁵⁷

Parties of retirees, parties of workers

Distribution of party supporters depending on labour market position (July 2015)

| | PSOE | PP | IU | Podemos | C's | Avg |
|-------------------|-------|-------|-------|---------|-------|-------|
| Inactive | 41.4% | 46.4% | 21.7% | 16.8% | 16.0% | 31.3% |
| Student | 3.8% | 1.8% | 6.5% | 5.9% | 7.4% | 4.1% |
| Unemployed | 21.2% | 10.9% | 21.7% | 24.1% | 18.6% | 19.1% |
| Fixed-term | 6.3% | 5.5% | 12.0% | 10.6% | 7.4% | 8.3% |
| Open-ended | 20.0% | 17.3% | 30.4% | 31.9% | 33.0% | 24.5% |
| Self-employed | 3.8% | 8.5% | 5.4% | 6.7% | 6.1% | 6.6% |
| Manager, employer | 3.8% | 8.8% | 2.2% | 3.1% | 11.3% | 5.4% |

sank von 40,9% (1998) auf 23,0% (2009) und 25,7% (2013). Die Mitgliederzahlen haben sich zwischen 1990 und 2014 (letzte verfügbare Daten) mehr als halbiert. Während die Partei 1990 943.402 Mitglieder hatte, fiel diese Zahl Ende 2012 auf 459.902. ⁵⁴ 50% dieser Mitglieder sind 60 Jahre alt und älter und nur 16% jünger als 40! Die soziale Zusammensetzung der Partei ist besonders entlarvend: PensionistInnen bilden die größte Gruppe (34%), gefolgt von Beamten (privilegierte Angehörige des öffentlichen Diensts, 23%), Angestellte (15%), ArbeiterInnen (8%) und Arbeitslose (5%). Die verbleibenden 15% sind Hausfrauen, StudentInnen, Selbstständige usw. ⁵⁵

Zwar bedeutet das nicht, dass die SPD aufgehört hat, eine bürgerliche ArbeiterInnenpartei zu sein, angesichts ihrer engen Verbindungen mit dem Gewerkschaftsbund und anderen ArbeiterInnenorganisationen. Viele pensionierte Mitglieder waren außerdem ArbeiterInnen. Doch es ist klar, dass die Verbindungen der Partei zur ArbeiterInnenklasse wesentlich schwächer geworden sind und kaum noch die ArbeiterInnenklasse in ihrer Gesamtheit, sondern vielmehr die ältesten und privilegiertesten Teile der ArbeiterInnenklasse wie auch Teile der unteren Teile der Mittelschicht vertritt.

Die Situation ähnelt der der spanischen PSOE. Auch diese Partei bewegte sich dramatisch nach rechts und hing jahrzehntelang dem neoliberalen Programm an. Ihre Wahlunterstützung hat sich mit dem Beginn der Großen Rezession halbiert und ist von 43,9% (2008) auf 22,0% (2015) gefallen. Die Parteizusammensetzung wird von "Inaktiven" (d.h. PensionistInnen) dominiert, die 41,4% der gesamten Mitgliedschaft ausmachen ⁵⁶ (siehe Abbildung 4).

Trotz dieses Niedergangs und des fortgeschrittenen Alters ihrer Mitglieder gehört eine Mehrheit der ArbeiterInnenklasse an. Die PSOE hält auch noch enge Verbindungen mit der UGT, einem der beiden großen Gewerkschaftsbündnisse in Spanien. Diese enge Verbindung half dabei, die UGT-Führung (gemeinsam mit der stalinistisch geführten Gewerkschaft CCOO) dazu zu bringen, einen "Sozialvertrag" mit der damaligen PSOE-geführten Regierung zu unterzeichnen. Dieser Vertrag sollte treffender "Antisozialvertrag" genannt werden, denn er beinhaltete die Anhebung des offiziellen Pensionsalters von 65 auf 67 Jahre.

Die französische sozialistische Partei befindet sich ebenfalls in der Krise und hat sich schon vor langem zu einer neoliberalen Partei gewandelt. Die Krise beschleunigte sich noch seit Präsident Hollandes Machtergreifung 2012. Unter seiner Führung führte die PSF nie dagewesene Angriffe auf demokratische Rechte durch (einem nicht enden wollenden Regime des Ausnahmezustandes seit November 2015; antidemokratische Verfassungszusätze; tausende Angriffe gegen muslimische MigrantInnen usw.). Außerdem nahm die Regierung Hollande an einer Reihe imperialistischer Kriege in Mali, in der Zentralafrikanischen Republik, im Irak und in Syrien teil.

Wenig überraschend gehen diese Entwicklungen Hand in Hand mit dem Niedergang der Partei. Während sie offiziell 2009 über 203.000 Mitglieder verfügte, sank diese Zahl 2015 auf etwa 120.000. Seit Hollande die Macht übernommen hat, haben 40.000 Mitglieder die PSF verlassen. ⁵⁸ Nicht weniger bedeutsam ist die traditionell kleinbürgerliche Klassenzusammensetzung der PSF – ein Charakteristikum, das sich in den letzten paar Jahren zweifellos ver-

schärft hat. Laut dem französischen Politikwissenschaftler Laurent Bouvet sind nur 16% der PSF-Mitglieder ArbeiterInnen und NiedrigverdienerInnen im Gegensatz zu 35%, die dem höheren Management und freien Berufen angehören. Die Mitgliedschaft der Partei wird insgesamt von den relativ privilegierten Angehörigen des öffentlichen Sektors dominiert (58% aller Mitglieder). Wie alle anderen sozialdemokratischen Parteien haben auch die PSF-Mitglieder ein hohes Durchschnittsalter (67% sind über 50 Jahre alt). Bouvet berichtet: *"Sie (die WählerInnenenschaft) umfasst hauptsächlich Stimmen aus der Mittel- und Oberschicht und wenige aus der ArbeiterInnenklasse (vor allem aus den sozialen und Berufsgruppen "Angestellte" und "Arbeiter", die mehr als 50 Prozent der aktiven Bevölkerung in Frankreich ausmachen). Außerdem ist der Anteil der WählerInnen aus dem öffentlichen Sektor besonders signifikant in Relation zu ihrem Gewicht in der aktiven Bevölkerung."* ⁵⁹

Weiters sind fast ein Viertel aller Parteimitglieder gewählte VertreterInnen in Gemeinde-, Regional- oder Nationalparlamenten, Regierungsbehörden usw. ⁶⁰

Die britische Labour-Partei durchlief eine sehr ähnliche Entwicklung bis zum Sommer letzten Jahres (2015). Als die Regierung Blair 1997 an die Macht kam, löste sie die engen Verbindungen der Partei zu den Gewerkschaften (wenngleich sie immer noch bestehen) und beseitigte die berühmte Klausel 4 aus dem Parteiprogramm, die das Ziel der Verstaatlichung von Schlüsselbereichen der britischen Industrie formulierte. Die Regierung Blair setzte ein neoliberales Programm um und war eine treibende Kraft in der imperialistischen Kriegsoffensive im Nahen Osten. Tatsächlich war der "Sozialdemokrat" Blair der engste Verbündete von US-Präsident Bush und seiner militaristischen neokonservativen Regierung. Ebenso hat die Labour-Partei sich als loyale Unterstützerin Israels und ihres Kolonialkriegs gegen das palästinensische Volk erwiesen. Trotz der neuen linksreformistischen Führung Corbyns begann die Partei kürzlich mit dem Ausschluss anti-zionistischer Mitglieder. ⁶¹

Wie in anderen Ländern sank auch die Mitgliederzahl der Labour-Partei von etwa 400.000 (1997) auf 200.000 (2015). Mit der erfolgreichen Kampagne des linksreformistischen Labour-Parlamentsabgeordneten Jeremy Corbyn im Sommer 2015 konnte dieser Niedergang aufgefangen werden. Trotz offener Feindseligkeit seitens der pro-Blair-Führung setzte Corbyns Kampagne auf Anti-Spar- und Anti-Militarismus-Programme, was unter vielen Jungen Begeisterung hervorrief. Innerhalb weniger Monate sprang die Mitgliederzahl der Labour-Partei *"von 201.293 am 6. Mai 2015, dem Tag vor den Parlamentswahlen, auf 388.407 am 10. Jänner 2016."* ⁶²

Diese Entwicklung ist ein wichtiger Indikator dafür, dass bürgerliche ArbeiterInnenparteien auch nach einer langen Periode des Niedergangs wiederbelebt und verjüngt werden können, wenn neu radikalisierte Jugendliche und ArbeiterInnen keine Alternative für sich sehen, um ihren Wunsch nach Veränderung politisch auszudrücken. Der Aufschwung der Mitgliederzahlen für Labour zeigt auch, wie falsch diverse ZentristInnen (wie z.B. das CWI) lagen, als sie in den frühen 1990ern erklärten, dass die Labour-Partei (und sozialdemokratische Parteien ganz allgemein) keine bürgerlichen ArbeiterInnenparteien mehr seien. Wir wirkliche MarxistInnen haben diese Annahme immer zurückgewiesen und gleichzeitig auch fortwährend die op-

portunistische Anpassung an den Labourismus und den endlosen Entrismus kritisiert, wie er von früheren Mitsreitern des CWI – der IMT von Ted Grant und Alan Woods – gepflogen wurde.

Wir kennen keine zur Verfügung stehende Studie der sozialen Zusammensetzung der Labour Partei, doch ein kürzlich veröffentlichter interner Bericht beinhaltet interessante Schlussfolgerungen. Die britische Zeitung *The Guardian* schrieb zu den Erkenntnissen dieses Berichts: *“Der Bericht zeigt eine Partei im Übergang, die einen größeren Teil neuer Mitglieder aus wohlhabenden innerstädtischen Bereichen anzieht. Während es einen deutlichen Mitgliederanstieg in der gesamten Partei gab, bilden die traditionellen UnterstützerInnen aus ärmeren Teilen der Gesellschaft nun einen kleineren Anteil der Gesamtmitglieder. (...) Doch die Zusammenfassung des Berichts warnt: ‘Gruppen, die als Labour-Parteimitglieder überrepräsentiert sind, sind meist HauseigentümerInnen aus städtischen (v.a. innerstädtischen) Bereichen mit einem hohen verfügbaren Einkommen.’ ‘Jene, die unterrepräsentiert sind, sind meist entweder junge Alleinstehende/Familien, die zur Miete wohnen und finanzielle Unterstützung brauchen oder solche aus ländlichen Gemeinden.’ (...) Es zeigt sich, dass ‘StadtbewohnerInnen mit hohem Sozialstatus und Wohnungen in zentralen Lagen, die ihre Karriere vorantreiben, stark überrepräsentiert sind.’ ‘Als Gruppe machen sie 4% der Gesamtbevölkerung aus, im Gegensatz zu den 11,2%, die sie unter den Parteimitgliedern stellen,’ sagt er.”*⁶³

Ähnliche Entwicklungen können in der österreichischen sozialdemokratischen Partei und noch mehr in der irischen Labour-Partei beobachtet werden. Letztere erlitt in den Wahlen 2015 eine historische Niederlage, nachdem sie seit 2011 Teil einer Regierung, die ein aggressives Sparprogramm gefahren war, gewesen ist. Sie verlor zwei Drittel ihrer WählerInnen (von 19,5% auf 6,6%) und die meisten ihrer Parlamentssitze (von 37 auf 7).

Ebenso darf das traurige Schicksal der sozialistischen Partei und der kommunistischen Partei in Italien darf nicht vergessen werden. Beide, die PSI wie die PCI, lösten sich einfach auf und fusionierten mit offen bürgerlichen Parteien.

Die stalinistischen und ex-stalinistischen Parteien erlitten ein etwas anderes Schicksal, aber auch sie befinden sich in der Krise. Mit wichtigen Ausnahmen beteiligten sie sich nicht an Regierungskoalitionen und vermieden damit denselben scharfen Absturz in den Mitgliederzahlen, den die neoliberalisierten sozialdemokratischen Parteien erfuhren, denn sie konnten sich immer noch als gegen Kürzungen gerichtete Oppositionsparteien präsentieren. Dies ermöglichte ihnen bis zu einem gewissen Grad, ArbeiterInnen und Jugendliche, die von der Sozialdemokratie angewidert waren, anzuziehen. Das zeigte sich zum Beispiel beim Wahlerfolg der italienischen *Partito della Rifondazione Comunista*, die sich von der PCI abspaltete, als diese sich auflöste. Eine ähnliche Erscheinung gab es in Deutschland mit der Gründung der LINKE, nachdem die ex-stalinistische PDS in Ostdeutschland mit der westdeutschen WASG fusioniert hatte, die sich zuvor von der SPD abgespalten hatte. Und in Frankreich erlebte der *Front de Gauche* (FdG) – eine Fusion der ex-stalinistischen PCF und der *Parti de Gauche*, die sich von der PSF abgespalten hatte – einen gewissen Wahlerfolg, ebenso wie auch die spanische *Izquierda Unida* (die von der stalinistischen PCE ins Leben gerufen wurde).

Die jeweiligen Erfolge dieser ex-stalinistischen Parteien – die meisten sind in der *Partei der Europäischen Linken* (PEL) zusammengeschlossen – waren nicht nachhaltig. In Frankreich beteiligte sich die PCF an der neoliberalen PSF-geführten Regierung Lionel Jospin 1997-2002, die viele Privatisierungsprogramme umsetzte und an den NATO-Kriegen gegen Serbien und Afghanistan teilnahm. Die PCF wurde für diesen Verrat in den Präsidentschaftswahlen von 2002 schwer bestraft, als ihr Generalsekretär Robert Hue nur 3,37% der Stimmen erhielt, weniger als die zentristisch-trotzkistischen Kandidaten Arlette Laguiller (5,72%) und Olivier Besancenot (4,25%). Nach der Bildung der FdG erholte sich die PCF. Doch in den letzten Jahren wurde die FdG von internen Spannungen geplagt und der PdG-Führer Jean-Luc Mélenchon – der Kandidat der FdG in den Präsidentschaftswahlen 2012, der 11,1% der Stimmen erhielt – bereitet sich aktuell auf ein eigenes Projekt vor.

In Deutschland bewegte sich die LINKE kontinuierlich nach rechts. Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends beteiligte sich diese Partei mit der SPD an einer regionalen Koalitionsregierung in Berlin und war verantwortlich für die Umsetzung diverser Privatisierungsprogramme. Einige ihrer führenden Vertreter unterstützten offen Israels Krieg gegen Gaza 2008/09 und in den Folgejahren. Die Partei verbietet ihren Mitgliedern offiziell, Solidaritätsaktivitäten mit dem palästinensischen Volk in Gaza (wie die Teilnahme an der Freiheitsflotte) oder die Boykottkampagne gegen den Apartheidsstaat Israel zu unterstützen.⁶⁴ Sahra Wagenknecht, die Vorsitzende der LINKE Parlamentsgruppe erklärte kürzlich, dass Flüchtlinge in Deutschland nur “Gäste” seien und wenn sie sich nicht wie “Gäste” benähmen und das deutsche Gesetz respektierten, sollten sie aus dem Land ausgewiesen werden!⁶⁵ Die offensichtliche Anbiederung der LINKE an die herrschende Klasse, um als Koalitionspartner akzeptiert zu werden, ist peinlich und beschämend.

Nebenbei: dieselbe proimperialistische und prozionistische Politik wird seit Jahren von der Schwesternpartei der LINKE in Österreich praktiziert – der *Kommunistischen Partei Österreichs* KPÖ. Wie andernorts berichtet beschuldigten führende Angehörige der PEL und der KPÖ (wie auch ihre zionistischen kriegstreiberischen Verbündeten) seit mehr als einem Jahrzehnt wiederholt die RCIT – auch in der bürgerlichen Presse – der Förderung des *“Antisemitismus”, “revolutionären Wahnsinns”* usw.⁶⁶

Trotz oder vielmehr gerade wegen ihres Opportunismus verliert die LINKE weiterhin Mitglieder – von 78.046 (2009) auf 60.547 (2014).⁶⁷ Im Vergleich zu rechts-populistischen Parteien hat sie sich völlig unfähig erwiesen, vom Niedergang der Sozialdemokratie und der wachsenden Unzufriedenheit in der ArbeiterInnenklasse und der Jugend zu profitieren.

Dasselbe gilt für die spanische IU. Nach einigen Wahlerfolgen erlitt sie diverse Niederlagen und wurde vom Aufstieg der linkspopulistischen *Podemos* überschattet. Während der letzten Wahlen im Dezember 2015 erhielt die IU nur 3,7% der Stimmen. Zusätzlich zu ihrer Klassenbasis in der ArbeiterInnenklasse zählt die IU bemerkenswerterweise immer noch UnterstützerInnen aus dem Bereich hochqualifizierter und –bezahlter Mittelklasseangehöriger – die *gauche divine*, wie der spanische Soziologe Jorge Galindo sie nennt.⁶⁸

In Italien brach Fausto Bertinottis PRC zusammen, nachdem sie zweimal in neoliberale Regierungen eingetreten war und Sparprogramme sowie die imperialistische Besetzung Afghanistans unterstützt hatte. Seit ihrem Zusammenbruch war die PRC unfähig, ausreichend Stimmen zu sammeln, um die Wahlschwelle zu überschreiten und hat somit derzeit keinen Sitz im Parlament.

Andere stalinistische Parteien, die außerhalb der PEL blieben, erleben ebenso Stagnation. Trotz Jahren mit zahlreichen Generalstreiks und politischen Erhebungen in Griechenland war die KKE nicht imstande, bei Wahlen Fortschritte zu machen und erhält wenig beeindruckende 4-6% der Stimmen – weniger als vor Beginn der Krise! Ähnlich steht die PCP in Portugal, die mit den Grünen auf einer gemeinsamen Liste antritt, in allen Wahlen seit 1991 bei nur 7-8,8%. Keine dieser traditionellen reformistischen Parteien konnte an Unterstützung gewinnen, trotz wiederholter Wellen der Radikalisierung bei Jugendlichen und ArbeiterInnen, die sich stattdessen lieber mit neueren Formationen (wie SYRIZA oder dem portugiesischen *Bloco de Esquerda*) identifizierten.

Der Niedergang der traditionellen reformistischen Parteien ging Hand in Hand mit einer substanziellen Schwächung der Gewerkschaften. Eine ausführliche Studie der Gewerkschaftsbewegung würde den Rahmen des vorliegenden Buches sprengen. doch es reicht an dieser Stelle aus, auf die Tatsache zu verweisen, dass die Gewerkschaften in den alten imperialistischen Ländern (Nordamerika, Westeuropa, Japan und Australien) seit den 1980ern durchschnittlich rund die Hälfte ihrer Mitglieder verloren haben. So ist die Gewerkschaftsdichte in den OECD-Ländern von 34% (1978) auf 17% (2010) gefallen. In Frankreich fällt der Absturz noch steiler aus, die Mitgliederzahlen fielen von 20,5% auf 7,7%. In Deutschland halbierte sich die Zahl fast von 35,5% auf 18,1%, in Britannien sieht der Rückgang von 48,8% auf 25,8% ähnlich aus und in Italien, weniger steil, ging die Mitgliederzahl in den Gewerkschaften von 50,4% auf 37,3% zurück (siehe Tabelle 8).

Die Verbürgerlichung und der Niedergang der reformistischen Parteien beschränkt sich nicht auf Europa, auch in einer Reihe wichtiger halbkolonialer Länder ist dies zu verzeichnen. In Südafrika durchlief die stalinistische *South African Communist Party* (SACP) eine intensive Verbürgerlichung. Als Teil des ANC ist die SACP seit mehr als zwei Jahrzehnten Teil der Regierung (seit 1994). Heute hat die Partei fünf Minister und drei Ministerstellvertreter im Koalitionskabinett. Ihr durchgängig reaktionärer Charakter wurde während des Marikana-Massakers 2012 auf schockierende Weise enthüllt, als die SACP-Führung die Tötung von im Streik befindlichen MinenarbeiterInnen unterstützte. Später unterstützten sie die klassenkollaborationistische regierungstreue COSATU-Führung zusammen gegen die kämpferischen Gewerkschaften, die sich um NUMSA vereinigten. Die SACP ist ein Musterbeispiel einer Partei, die formell den Prinzipien des "Marxismus-Leninismus" anhängt und in der Praxis als Speerspitze der kapitalistischen Konterrevolution agiert.⁷⁰

Ein ähnliches Beispiel ist die *Partido dos Trabalhadores* (PT) in Brasilien. Die PT entstand in den 1980er Jahren als militante linksreformistische ArbeiterInnenpartei mit engen Verbindungen zur radikalen Gewerkschaftsbewegung. In Folge bildete sie eine Volksfrontkoalition mit bürgerlichen Kräften (wie der PMDB) und ist seit 2002 an der Macht.

(Das kann sich in den kommenden Wochen und Monaten mit dem von rechten Kräften angestrebten Staatsstreich verändern – derzeit äußert sie sich im Verfahren der des Amtes enthobenen Präsidentin Dilma Rousseff). Als Ergebnis dieser Verbürgerlichung fügte sich die PT zunehmend liberalen Forderungen und zog Kürzungsprogramme durch. Die Partei ist aufs engste mit bekannten kapitalistischen Oligarchen verknüpft und somit, wenig überraschend, in diverse Korruptionsskandale verwickelt.⁷¹

Auch in Indien liefert die Entwicklung der indischen CPI(M) ein gutes Beispiel für die Verbürgerlichung und den Niedergang einer reformistischen Partei. Diese Partei regierte West-Bengalen, den viertbevölkerungsreichsten Staat des Landes, 34 Jahre in Folge (1977-2011). Während dieser Periode unterdrückte die Partei nicht nur Bauernaufstände, sondern kollaborierte zunehmend mit imperialistischen Monopolen. Sie enteignete viele Bauern, deren Land an multinationale Konzerne übergeben wurde, und schickte die Polizei und ihre eigenen Parteischläger gegen jene, die sich wehrten. Wenig überraschend verlor die CPI(M) vor dem Hintergrund massiver Proteste ihre Macht in den Wahlen von 2011.⁷²

Die marxistischen Klassiker zur Arbeiterbürokratie

Alle diese Entwicklungen sind kaum überraschend, weil die reformistischen Parteien wie auch die Gewerkschaften von der konservativen Arbeiteraristokratie und ihrer sozialen Basis – die Arbeiteraristokratie, d.h. die Oberschicht der ArbeiterInnenklasse, die extrem privilegiert ist und von der Bourgeoisie bestochen wird – dominiert werden. Der Marxismus charakterisiert die Arbeiterbürokratie in ihrer Zwillingversion – in der reformistischen Partei wie auch in der Gewerkschaft – als Agenten der herrschenden Klasse innerhalb der ArbeiterInnenbewegung. Die Arbeiteraristokratie ist mit dem kapitalistischen Staat und der Bourgeoisie unauflöslich über zahllose Bande verknüpft (Positionen in Parlamenten, Sozialversicherungen, anderen staatlichen Einrichtungen, Verwaltungen etc.) Diese Privilegien gründen auf der Überausbeutung der unterdrückten Völker durch imperialistische Monopole und bilden die objektiven wirtschaftlichen Quellen, aus denen die Arbeiterbürokratie und die Arbeiteraristokratie bestochen werden und sie so an die Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie gebunden werden.

Natürlich kann, da die ArbeiterInnenklasse die soziale Basis der Arbeiterbürokratie bildet, letztere in Perioden erhöhten Klassenkampfes unter Druck von unten kommen. In solchen Perioden kann sie sogar an die Spitze einer Streikbewegung gestellt – oder eher dorthin geschleift – werden und als Regierungspartei halbherzig Reformen umsetzen. Sie wird aber immer mit der Absicht der Unterminierung aller Formen unabhängiger proletarischer Aktivität agieren und jedwede radikale Bewegung, die das kapitalistische System gefährden könnte, liquidieren.

Die folgenden Zitate von Lenin und Trotzki zeigen, dass dies die Sichtweise der marxistischen Klassiker war. So erklärte der Führer der Bolschewiki 1916: „... dass die Opportunisten objektiv jenen Teil der Kleinbourgeoisie und gewisser Schichten der Arbeiterklasse darstellen, der mittels der imperialistischen Extraprofite bestochen wird und in Kettenhunde des Kapitalismus, in Verderber der Arbeiterbewegung verwandelt worden ist.“⁷³

In einem 1920 geschriebenen Vorwort zu seinem Buch über den Imperialismus erklärte Lenin die ökonomische Basis des Reformismus und die Rolle seiner Führungspersonen:

„Es ist klar, dass man aus solchem gigantischen Extraprofit (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres ‚eigenen‘ Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie bestechen kann. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der ‚fortgeschrittenen‘ Länder bestochen - durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte. Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der ‚Arbeiteraristokratie‘, in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die soziale (nicht militärische) Hauptstütze der Bourgeoisie. Denn sie sind wirkliche Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labor lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie, auf die Seite der ‚Versailler‘ gegen die ‚Kommunarden‘. Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begriffen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen.“⁷⁴

Und in einem anderen Dokument hielt Lenin fest: „Der Opportunismus oder Reformismus musste unvermeidlich in den sozialistischen Imperialismus oder Sozialchauvinismus hinüberwachsen, der von welthistorischer Bedeutung ist; denn der Imperialismus sonderte eine Handvoll der reichsten, fortgeschrittenen Nationen aus, die die ganze Welt ausplündern, und gestattete eben dadurch der Bourgeoisie dieser Länder, aus ihrem monopolistischen Extraprofit (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) die Oberschicht der Arbeiterklasse dieser Länder zu bestechen.“⁷⁵

Nach Lenins Tod setzten Trotzki und seine Mitkämpfer den Kampf für den revolutionären Marxismus fort. Auf Grundlage der Erfahrung mit dem Reformismus und v.a. seiner englischen Version, schrieb Trotzki:

„Die Frage der Quelle dieser bürokratischen Gefahr ist nicht weniger wichtig. (...) In den kapitalistischen Staaten kann man

die monströsesten Formen des Bürokratismus gerade in den Gewerkschaften beobachten. Es genügt, nach Amerika, England und Deutschland zu blicken. In Amsterdam ist die mächtigste internationale Organisation der Gewerkschaftsbürokratie. Ihr ist es zu verdanken, daß die ganze Struktur des Kapitalismus heute noch steht, vor allem in Europa und besonders in England. Gäbe es nicht eine Bürokratie der Gewerkschaften, dann würden die Polizei, die Armee, die Gerichte, die Lords und die Monarchie vor den proletarischen Massen als nichts als armelige und lächerliche Spielzeuge erscheinen. Die Bürokratie der Gewerkschaften ist das Rückgrat des britischen Imperialismus. Dank dieser Bürokratie existiert die Bourgeoisie nicht nur in den Metropolen, sondern auch in Indien, in Ägypten und den anderen Kolonien. Man müsste völlig blind sein, wollte man den englischen Arbeitern sagen: „Hütet Euch vor der Machteroberung, und denkt immer daran, daß Eure Gewerkschaften das Gegenmittel gegen die Gefahren des Staates sind.“ Der Marxist wird den englischen Arbeitern sagen: „Die Gewerkschaftsbürokratie ist das Hauptinstrument für eure Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat. Die Macht muss den Händen der Bourgeoisie entrissen werden, und dazu muß ihr Hauptagent, die Gewerkschaftsbürokratie überwältigt werden.“ Beiläufig gesagt war besonders aus diesem Grund Stalins Block mit den Streikbrechern so kriminell.

Am Beispiel Englands erkennt man sehr klar, wie absurd es ist, die Gewerkschaftsorganisation und die Staatsorganisation einander gegenüberzustellen, als ob es sich um zwei verschiedene Prinzipien handle. In England mehr als irgendwo sonst stützt sich der Staat auf den Rücken der Arbeiterklasse, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Landes ausmacht. Der Mechanismus sieht so aus, daß die Bürokratie sich direkt über den Arbeitern aufbaut, und der Staat indirekt über das Zwischenglied der Gewerkschaftsbürokratie.

Bisher hierhin haben wir nicht die Labour Party erwähnt, die in England, dem klassischen Land der Gewerkschaften, lediglich eine politische Umsetzung der gleichen Gewerkschaftsbürokratie ist. Die gleichen Führer leiten die Gewerkschaften, verraten den Generalstreik, führen die Wahlkampagne und sitzen später in den Ministerien. Die Labour Party und die Gewerkschaften – dies sind keine zwei Prinzipien, sondern nur eine technische Arbeitsteilung. Zusammen sind sie die Hauptstütze der Herrschaft der englischen Bourgeoisie. Diese kann nicht gestürzt werden ohne den Sturz der Labour-Bürokratie zu. Und das kann nicht erreicht werden, indem die Gewerkschaft als solche dem Staat als

Tabelle 8: Gewerkschaftsdichte (%) in ausgewählten OECD-Ländern, 1978-2013⁶⁹

| | 1978 | 2013 |
|--------------------|-------|-------|
| Australien | 49.7% | 17.0% |
| Frankreich | 20.5% | 7.7% |
| Deutschland | 35.5% | 18.1% |
| Italien | 50.4% | 37.3% |
| Japan | 32.6% | 17.8% |
| Britannien | 48.8% | 25.8% |
| USA | 34,0% | 10.8% |
| OECD | 34,0% | 18.1% |

solchen gegenüber gestellt werden, sondern allein durch die aktive Opposition der Kommunistischen Partei gegen die Labour-Bürokratie in allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens: in den Gewerkschaften, in Streiks, in der Wahlkampagne, im Parlament und auf der Ebene der Regierungsmacht.“⁷⁶

Diese Schlussfolgerungen haben nichts an Relevanz verloren. Ganz im Gegenteil, angesichts der Krise der revolutionären Führung und der massiven Vergrößerung der Ressourcen zur Bestechung der Arbeiterbürokratie und –aristokratie über die Intensivierung der imperialistischen Überausbeutung der unterdrückten Völker haben sich diese Merkmale noch wesentlich verstärkt. Im Programm der RCIT haben wir diese Entwicklung folgendermaßen kommentiert: *“In dieser tiefen Führungskrise – verbunden mit den Möglichkeiten der imperialistischen Bourgeoisie zur systematischen Bestechung der Arbeiterbürokratie und –aristokratie – ist auch die letztendliche Ursache zu suchen für die außergewöhnliche Verbürgerlichung der ArbeiterInnenbewegung und die Entrevolutionierung des Marxismus in der Fassung, wie er vom Linksreformismus, Zentrismus und den linken AkademikerInnen verzerrt wird, in den vergangenen Jahrzehnten.”*⁷⁷

Wie schon wiederholt betont, haben die Vertiefung der kapitalistischen Krise im Zeitalter der Globalisierung und v.a. in der gegenwärtigen historischen Periode des kapitalistischen Niedergangs, die 2008 begonnen hat, diese Entwicklung nur beschleunigt. Die kapitalistische Krise zwingt alle Regierungen dazu, ihre Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten zu verstärken und ihre Rivalität gegen andere kapitalistische Staaten zu verschärfen. Die herrschenden Klassen müssen immer größere Kürzungsprogramme fahren, immer mehr demokratische Rechte im eigenen Land beschneiden, immer mehr Kolonialkriege im Süden führen und den Chauvinismus gegen imperialistische Rivalen schüren. Wie oben angeführt liegt der Sinn und Zweck der Arbeiterbürokratie darin, von der Bourgeoisie an der Regierung und anderen Teilen des Staatsapparats beteiligt zu werden. Aus diesem Grund müssen Reformisten (gar nicht so sehr gegen ihren Willen) die Politik der herrschenden Klasse übernehmen, die wiederum an die objektiven Bedürfnisse des imperialistischen Kapitalismus angepasst ist. Daher ist es unausweichlich, dass die Sozialdemokratie und der Stalinismus immer bürgerlicher und reaktionärer werden.

Natürlich ist das kein einseitiger Prozess. Nachdem der Reformismus ein widersprüchliches Phänomen ist – mit der Arbeiterbürokratie, die eine kleinbürgerliche Schicht darstellt, die der Bourgeoisie dient, aber auf der Oberschicht der ArbeiterInnenklasse beruht –, hinterlassen die Klassenwidersprüche in der Gesellschaft ihre Spuren auch im Reformismus. Unter besonderen Umständen kann der Reformismus zeitweilig wieder nach links schwenken, wenngleich eher in Worten und kaum in Taten (wie kürzlich in Corbys Labour-Partei zu beobachten war).

In solch einer Periode steigen die Möglichkeiten enorm, dass die verschärften Widersprüche zwischen den Klassen und die Radikalisierung der ArbeiterInnenklasse und der Jugend entweder zu Spaltungen in den reformistischen Parteien und/oder zum Erscheinen neuer reformistischer oder kleinbürgerlicher linkspopulistischer Formationen führen. Und das ist auch genau das, was wir in den letzten Jahren erlebt haben.

Der Aufstieg neuer reformistischer Parteien und des kleinbürgerlichen Populismus

Lateinamerika war eindeutig die wichtigste Region, in der in den letzten Jahren kleinbürgerliche populistische Formationen entstanden. Dieser Anstieg fand nach zwei Jahrzehnten grenzenloser neoliberaler Angriffe durch die imperialistischen Monopole und ihre lokalen bürgerlichen Regierungen mit verheerenden Auswirkungen für ArbeiterInnen, die Bauernschaft und die städtische Armut statt.⁷⁸

Im Ergebnis führte das in den 1980ern und 1990er Jahren zu einer substanziellen Schwächung der Gewerkschaften, mit der wichtigen Ausnahme Brasiliens, wie in Tabelle 9 zu sehen ist.

Mit der Jahrtausendwende erlebte Lateinamerika einen steilen Anstieg im Klassenkampf. Ende 2001 und Anfang 2002 erhoben sich in Argentinien die Volksmassen in einem spontanen Aufstand gegen die neoliberale Regierung von Fernando de la Rúa. Diese *“Revolutionstage”* oder *“Argentinazo”* endeten im Sturz von vier PräsidentInnen in nur einer Woche! Außerdem wurden in Buenos Aires und anderen Städten Volksversammlungen organisiert sowie eine Reihe von Fabriken, die von den Kapitalisten verlassen worden waren, besetzt und unter ArbeiterInnenführung weiter betrieben.⁸⁰

Auch in Bolivien rebellierten ArbeiterInnen und Arme heldenhaft gegen reaktionäre liberale Regierungen, was 2003-2005 zu einer Reihe von Streiks und Aufständen führte.⁸¹

Venezuela erlebte bereits im Februar und März 1989 den heroischen Volksaufstand gegen das vom IWF diktierte Sparprogramm, der in eine brutale Niederschlagung durch die Regierung mündete, wodurch etwa 2.000 Menschen starben (*“Caracazo”*).

Angesichts des Fehlens revolutionärer Führungen führten diese Massenproteste zur Stärkung bestehender linksreformistischer oder –populistischer Gruppen.

1998 gewann Hugo Chavez die Präsidentschaftswahlen, nachdem er seine Untergrundorganisation MVR-200 (*Movimiento V Republica* – Bewegung für eine 5. Republik) in eine offizielle politische Partei umgewandelt hatte. Chavez errichtete die MVR erfolgreich als Massenpartei mit Wurzeln in der städtischen Armut. Dafür nutzte er die sogenannten *Circulos Bolivarianos*, die im Jahr 2000 spontan entstanden und eine Art Ortsgruppe waren, die sich mit Themen wie Gesundheit und Ausbildung auseinandersetzte. Jeder Zirkel hatte 7-11 Mitglieder. Nach einiger Zeit umfasste die Partei offiziell etwa 200.000 Zirkel (wie sich diese Ortsgruppen nannten) und 2,2 Millionen Mitglieder (in einem Land von 30 Millionen EinwohnerInnen!). Diese Zahlen mögen aufgeblasen sein, doch ohne Zweifel hatte sich die MVR eine bedeutende Basis in den Volksmassen geschaffen. Die populistische Führung unter Chavez wollte allerdings nie, dass diese *Circulos* wirkliche Machtorgane werden (wie die Sowjets im Russland von 1917), sie sollten vielmehr Interessensgruppen bleiben, um den Einfluss der Partei bei den Massen zu steigern und sich gegen konterrevolutionäre Mobilisierungen der rechten Opposition zur Wehr zu setzen. In der Tat erwiesen sie sich während der Massendemonstrationen gegen den gescheiterten Putsch im April 2002 als äußerst wertvoll.⁸²

In Bolivien errichtete Evo Morales eine Partei, die spä-

ter als *Movimiento al Socialismo-Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos* (Bewegung für den Sozialismus – Politisches Instrument für die Souveränität des Volkes MAS-IPSP) bekannt wurde. Es war eine radikale kleinbürgerliche populistische Partei, die sich stark auf die Koka-Bauern und die indigene Bevölkerung stützte. Unter ihren Gründungsmitgliedern waren der größte Bauernbund – die *Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia* (CSUTCB) – wie auch andere Bauernverbände (z.B. die *Confederación Sindical de Colonizadores de Bolivia*). Die Partei schloss auch enge Verbindungen mit der *Confederación de Pueblos Indígenas de Bolivia*, einer Massenbewegung, die die indigene Bevölkerung repräsentierte (die indigene Bevölkerung bildet 59% der bolivianischen Bevölkerung und wurde historisch von der weißen Minderheit massiv unterdrückt).

Später gelang es der MA-IPSP auch, die Unterstützung wichtiger ArbeiterInnen- und Volksorganisationen wie dem *Central Obrero Regional* (COR) aus El Alto zu gewinnen, der ländlichen LehrerInnenvereinigung sowie *Fenco-min*, die die Bergarbeitergenossenschaften repräsentiert (gegründet von ehemaligen BergarbeiterInnen, die eine zentrale Rolle in allen revolutionären Ereignissen Boliviens seit den 1940ern spielten, aber nach einem heroischen Aufstand 1985 gebrochen worden waren.)

In Brasilien konnte die PT, wie schon erwähnt, sich bedeutend stärken. Seit 1988 gewann sie eine Reihe lokaler und regionaler Wahlen. 2002 gewann ihr Führer Lula da Silva die Präsidentschaftswahlen und bildete eine Volksfrontregierung.

Ähnliche Entwicklungen fanden in anderen lateinamerikanischen Ländern statt. In Argentinien entstand aus der peronistischen Bewegung eine fortschrittliche bürgerlich-populistische Kraft um Néstor und Cristina Fernández de Kirchner. Erst führte Néstor, dann Cristina Fernández de Kirchner das Land als PräsidentIn von 2003-2015. Der Kirchnerismus konnte zahlreiche Organisationen des Volks, die während des *Argentinazo* 2001/02 entstanden waren, um sich scharren.

In Ecuador gibt es die *Alianza Patria Activa y Soberana* (PAIS, Stolz und Souveräne Heimat), geführt von Rafael Correa, der 2007 Präsident des Landes wurde. Diese Allianz verbindet ein nationalistisches Programm mit sozialistischer Rhetorik und Sozialreformen. PAIS hat offiziell 1,5 Millionen Mitglieder (in einem Land von 16 Millionen EinwohnerInnen!)

In ihrer ersten Phase können die meisten dieser politischen Bewegungen als fortschrittliche kleinbürgerliche populistische Kräfte bezeichnet werden (Ausnahmen sind der Kirchnerismus in Argentinien wegen des jahrzehntelangen bürgerlich-populistischen Charakters der peronistischen Bewegung, die ihn hervorgebracht hatte, und die brasilianische PT, die als ArbeiterInnenpartei gegründet worden war). Diese fortschrittlichen populistischen Kräfte waren keine ArbeiterInnenorganisationen, denn ihre Hauptbasis lag nicht in den Massenorganisationen der ArbeiterInnenklasse (wie Gewerkschaften usw.) oder einschlägigen Parteien wie den Stalinisten; sie waren auch keine bürgerlichen Parteien, denn sie erwuchsen aus der radikalen Massenmobilisierung und aus den Kämpfen gegen die Bourgeoisie. Sie wurden von kleinbürgerlichen Kräften (mittellosen Bauern, der unteren Schichten der städtischen Mittelklasse usw.) dominiert, die von den verheerenden Folgen der kapitalistischen Globalisierung besonders betroffen waren. In vielen Fällen gelang es ihnen, die Unterstützung wichtiger Teile der ArbeiterInnenklasse einschließlich der Gewerkschaften zu gewinnen. Aus diesen Gründen charakterisieren wir diese Parteien, in ihrer ersten Phase, als fortschrittliche kleinbürgerlich-populistische Kräfte mit starken Wurzeln in den Volksmassen.

MarxistInnen wissen, dass kleinbürgerliche Parteien auf lange Sicht keine unabhängige Rolle spielen können. Sie müssen sich entweder der ArbeiterInnenklasse – repräsentiert von einer revolutionären Massenpartei – oder der Bourgeoisie anschließen. Die zeitweilige Koalitionsregierung der Bolschewiki mit den linken Sozialrevolutionäre von Oktober 1917 bis zum Sommer 1918 ist ein Beispiel für ersteres. Wenn es keine Partei wie die Bolschewiki gibt,

Tabelle 9: Gewerkschaftlicher Organisationsgrad in Lateinamerika ⁷⁹

| Land | 1982 | 1998 | Veränderung | prozentuelle Veränderung |
|------------------------|------|------|-------------|--------------------------|
| Argentinien | 42 | 22 | -20 | -47 |
| Bolivien | 25 | 9 | -16 | -65 |
| Peru | 21 | 6 | -15 | -73 |
| Venezuela | 26 | 14 | -12 | -47 |
| Uruguay | 21 | 12 | -9 | -43 |
| Kolumbien | 9 | 6 | -3 | -36 |
| Mexiko | 25 | 22 | -3 | -11 |
| Honduras | 8 | 6 | -2 | -30 |
| Ecuador | 11 | 9 | -2 | -21 |
| CostaRica | 13 | 12 | -1 | -9 |
| Chile | 12 | 13 | 1 | 8 |
| ElSalvador | 4 | 5 | 1 | 28 |
| DominikanischeRepublik | 12 | 14 | 2 | 19 |
| Brasilien | 15 | 24 | 9 | 57 |

schließen sich die kleinbürgerlichen Parteien früher oder später mit Teilen der Bourgeoisie und des Imperialismus zusammen.

Trotzki fasste diese historische Lehre in seinem Buch zur permanenten Revolution zusammen:

*„[D]ie Rolle der Bauernschaft, so groß sie auch sein mag, [kann] weder selbständig noch führend sein. Der Bauer geht entweder mit dem Arbeiter oder mit dem Bourgeois. (...) Eine demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft als Regime, das sich nach seinem Klasseninhalt von der Diktatur des Proletariats unterscheidet, könnte nur in dem Falle verwirklicht werden, wenn die Verwirklichung einer selbständigen revolutionären Partei als Ausdruck der Interessen der Bauernschaft und der kleinbürgerlichen Demokratie überhaupt denkbar wäre, d.h. einer Partei, die mit Unterstützung des Proletariats fähig wäre, die Macht zu erobern und ihr revolutionäres Programm zu bestimmen. Wie die gesamte Erfahrung der neueren Geschichte, besonders die Erfahrung des letzten Jahrhunderts in Rußland, beweist, bildet ein unüberwindliches Hindernis für die Schaffung einer Bauernpartei die ökonomische und politische Unselbständigkeit der Kleinbourgeoisie und ihre tiefgehende innere Differenzierung, kraft derer die oberen Schichten der Kleinbourgeoisie (der Bauernschaft) in allen entscheidenden Fällen, besonders bei Krieg und Revolution, mit der Großbourgeoisie, während die unteren Schichten der Kleinbourgeoisie mit dem Proletariat gehen und damit die Zwischenschicht zwingen, zwischen den zwei äußersten Polen eine Wahl zu treffen. Zwischen der Kerenskiade und der bolschewistischen Macht, zwischen der Kuomintang und der Diktatur des Proletariats gibt es keine Zwischenstufe und kann es keine geben, d.h. es gibt keine demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern.“*⁸³

Tatsächlich konnte man in Russland sehen, dass sich die Menschewiki und der rechte Flügel der Sozialrevolutionäre nach dem Oktoberaufstand mit den weißen Konterrevolutionären zusammenschlossen. Später folgte ihnen auch der linke Flügel der Sozialrevolutionäre, nachdem sie mit den Bolschewiki im Sommer 1918 gebrochen hatten.

Diese Erfahrung hat sich vielfach wiederholt. Zum Beispiel hielt das neue Regime nach dem Ende des Bürgerkriegs 1911-1917, der der mexikanischen Revolution folgte, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufrecht und festigte die Macht der Bourgeoisie (wenngleich mit einigen Reformen und einem anderen politischen Regime).⁸⁴

Eine ähnliche Entwicklung gab es in Bolivien nach der Revolution von 1952, die die MNR mit Hilfe der ArbeiterInnenklasse – v.a. der Bergarbeiter – an die Macht gebracht hatte. Während viele Minen verstaatlicht und einige Landreformen umgesetzt wurden, konnte die Bourgeoisie unter dem Regime der MNR, die bis 1964 herrschte, ihre Macht wieder festigen.⁸⁵

Man muss verstehen, dass kleinbürgerliche populistische Parteien, sobald sie einmal an der Macht sind, unausweichlich dazu gezwungen sind, ihren Charakter zu wandeln, denn sie müssen eine stabile soziale Basis finden, von der aus sie ihre Macht konsolidieren können. Mit anderen Worten, sie müssen sich mit einer der Hauptklassen der Gesellschaft verbünden, d.h. mit der Bourgeoisie oder dem Proletariat. Unter den Bedingungen des Kapitalismus heißt Machtergreifung üblicherweise, dass eine radikale kleinbürgerliche populistische Partei enge Verbindungen mit Teilen der Bourgeoisie bilden muss. Da die Partei die Abschaffung des Kapitalismus nicht zum

Ziel hat, behält die Bourgeoisie unvermeidlich ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht als herrschende Klasse. Mehr noch, der kapitalistische Staatsapparat – d.h., die Bürokratie von Armee, Polizei, Justiz, öffentlicher Verwaltung usw. – bleibt unverändert, was ebenfalls ein wesentlicher Faktor bei der Integration und Verbürgerlichung einer populistischen Partei ist, die gerade die Macht ergriffen hat. Kurz, alle kleinbürgerlichen populistischen Parteien, die in einem kapitalistischen System die Macht übernehmen, knüpfen letztlich Verbindungen mit Teilen der Bourgeoisie und mit der einen oder anderen imperialistischen Großmacht. So werden sie zu bürgerlichen Volksfrontparteien.

Natürlich kann es auch Ausnahmen geben. Eine wichtige solche Ausnahme war Castros *Movimiento 26 de Julio*, die im Jänner 1959 in Kuba die Macht übernahm und später – unter dem Druck sowohl des US-Imperialismus wie auch des revolutionären Aufstands der ArbeiterInnen und der Bauernschaft – gezwungen war viel weiter zu gehen, als sie ursprünglich geplant hatte. Wie andernorts ausgeführt⁸⁶ errichteten Castro und seine Anhänger als Ergebnis dieser Entwicklungen im Sommer 1960 eine bürokratische antikapitalistische ArbeiterInnenregierung, die wiederum zur Gründung eines degenerierten ArbeiterInnenstaats in Kuba führte. Während Castro und Konsorten die Bourgeoisie auf wirtschaftlicher Ebene enteigneten, enteigneten sie gleichzeitig aber auch die ArbeiterInnenklasse in politischer Hinsicht.

Derlei Ausnahmen wurden schon von Trotzki vorhergesehen, als er im *Übergangsprogramm* schrieb:

*“Ist es möglich, mit den traditionellen Arbeiterorganisationen eine solche Regierung zu schaffen? Wie schon gesagt, zeigt die bisherige Erfahrung, das das zumindest wenig wahrscheinlich ist. Man kann jedoch nicht im Voraus kategorisch als theoretische Möglichkeit leugnen, dass die kleinbürgerlichen Parteien, inklusive der Stalinisten, durch ein ganz außergewöhnliches Zusammentreffen von Umständen (Krieg, Niederlagen, Finanzkrach, revolutionäre Massenerhebungen usw.) beeinflusst, bei ihrem Bruch mit der Bourgeoisie weitergehen können, als sie eigentlich selbst gewollt haben. Jedenfalls ist das eine nicht zu bezweifeln: selbst wenn sich diese wenig wahrscheinliche Variante irgendwo und irgendwann ereignete, und wenn sogar eine ‘Arbeiter- und Bauernregierung’ im oben angezeigten Sinne zustande käme, so würde sie nur eine kurze Episode auf dem Weg zur wirklichen Diktatur des Proletariats sein.“*⁸⁷

Wie bereits erwähnt werden kleinbürgerliche populistische Parteien an der Macht üblicherweise zu bürgerlichen populistischen Parteien, wenn sie mit dem bürgerlichen Staatsapparat und einem Teil der kapitalistischen Klasse verschmelzen. In Fällen, in denen sie wesentliche Verstaatlichungen unternehmen, können sie auch einen neuen Teil der kapitalistischen Klasse begründen – eine Klasse staatskapitalistischer Manager und damit verbundener Geschäftsleute. Das war der Fall in Ländern wie Mexiko, dem Iran oder als neueres Beispiel Venezuela.

In einem solchen Prozess wird eine solche Partei zu einer Volksfront, denn sie vereint Teile sowohl der kapitalistischen Klasse wie auch der Volksmassen. An der Macht wird eine solche Partei auch Verbindungen mit der einen oder anderen imperialistischen Macht aufnehmen. Die mexikanischen Vorläuferorganisationen der PRI unter Plutarco Calles und Lázaro Cárdenas etwa versuchten die Unterstützung des US-Imperialismus gegen Britannien zu

erlangen. Ebenso die peruanische APRA. Ein weiteres Beispiel ist der Versuch indischer NationalistInnen unter Subhas Chandra Bose, der, wenngleich nicht an der Macht, sich mit deutschen und japanischen ImperialistInnen verbündete, um Indien von Britannien zu befreien.

Ein ähnlicher Prozess fand in Lateinamerika im letzten Jahrzehnt statt. Die kleinbürgerlichen Populisten – auch „Castro-Chavistas“ genannt – verteidigten nach ihrer Machtergreifung kapitalistische Eigentumsverhältnisse. Während sie unter dem massiven Druck der Volksmassen ein paar politische, wirtschaftliche und soziale Reformen (einschließlich Verstaatlichung oder Reformierung einiger Schlüsselbereiche wie der Ölindustrie) umsetzten, wurde die wirtschaftliche Basis der kapitalistischen Klasse als solche – das Privateigentum im Industrie-, Dienstleistungs- und Finanzbereich – nicht angetastet. Auch änderten die Castro-Chavistas nichts Grundlegendes am Staatsapparat. Natürlich wurden einige Köpfe ausgetauscht, doch die bürokratische Kaste als solche mit ihren zehntausenden Beamten blieb an ihrem Platz.

Das hieß, dass die alte herrschende Klasse ihren Reichtum und ihre wirtschaftliche Grundlage aufrecht erhalten konnte, während die neuen populistischen Kräfte die Regierung führten. Folglich ist die alte herrschende Klasse weiterhin im Besitz all ihrer Ressourcen. Wenn die Populisten die Unterstützung aus dem Volk verlieren, können sie so leicht wieder von der Macht verjagt werden.

Die Castro-Chavistas kanalisiert die revolutionäre Energie der Volksmassen in passive Wahlunterstützung oder nutzten sie – in Ausnahmesituationen – für kontrollierte Massenmobilisierungen gegen konterrevolutionäre Kräfte (wie etwa in Venezuela im April 2002, als es einen Putschversuch gegen das Regime Chavez gab).

Chavez, Morales, Correa usw. haben die konkrete Beschaffenheit des kapitalistischen Systems dahingehend verändert, dass sie den staatskapitalistischen Sektor ausgebaut haben (ähnlich einer Reihe westeuropäischer ka-

pitalistischer Länder nach dem Zweiten Weltkrieg). So begründeten sie enge Verbindungen mit den *Boliburguesía*, wie die boliviarischen Kapitalisten in Venezuela genannt werden.⁸⁸

In ihrer Zeit an der Macht erweiterten die Castro-Chavistas sozialstaatliche Maßnahmen für die Volksmassen (wie z.B. die *Misiones Bolivarianas* in Venezuela oder die *Bolsa Família* in Brasilien). Das war allerdings auch den außergewöhnlichen damaligen Umständen geschuldet. Während des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends erlebten diverse lateinamerikanische Länder ein enormes Wirtschaftswachstum durch dem globalen Preisanstieg bei Rohstoffen wie Öl und Gas, aber auch Soja im Fall Argentiniens und Lithium im Fall Boliviens.

Außerdem gewährte der Aufstieg Chinas als neue mit dem US-Imperialismus – der traditionell Lateinamerika dominierte - rivalisierende Großmacht den Castro-Chavista-Regierungen einen gewissen Spielraum, um dem Druck des US-Imperialismus und des IWF standzuhalten. Als Ergebnis dessen wurde China zu einem der größten Handelspartner und Investoren in Lateinamerika.⁸⁹

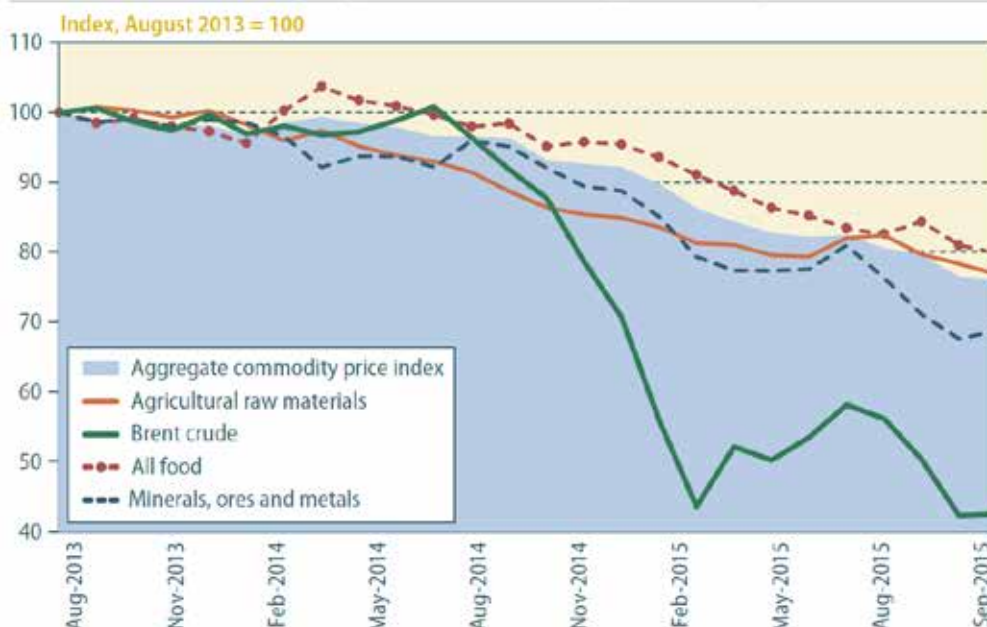
Der Niedergang der Weltwirtschaft führte jedoch zu einem Absturz der Exportgewinne – v.a. bei Öl und Soja (siehe Abbildung 5) – mit desaströsen Auswirkungen auf die Zahlungsfähigkeit der Castro-Chavista-Regierungen und ihre Möglichkeit, die kürzlich eingeführten Sozialleistungen zu finanzieren.

Genau vor diesem Hintergrund kommt es seit 2015 zu einer verschärften Krise und zum Niedergang der diversen populistischen oder Volksfrontregierungen in Lateinamerika. Diese Umstände führten bereits zum Sieg von Macri in Argentinien, zum Amtsenthebungsverfahren gegen Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff und zum Sieg der MUD bei den letzten Wahlen in Venezuela.⁹¹

In Kuba hat die stalinistische Castro-Führung wieder den Kapitalismus eingeführt, was zu massiven Entlassungswellen von Beschäftigten in der staatlichen Industrie und

Abbildung. 5: Preisindizes ausgewählter Warengruppen, August 2013–September 2015⁹⁰

Price indices of selected groups of commodities, August 2013–September 2015



Source: UNCTADStat.

der Öffnung der Wirtschaft für chinesische, US-amerikanische und andere Konzerne führte.⁹²

Das ist eine wenig überraschende Entwicklung, denn die Castro-Chavistas haben nie auch nur versucht, die kapitalistische Klasse zu enteignen. Somit waren sie zwangsläufig auch nicht imstande, die grundlegenden Ursachen der Armut und Arbeitslosigkeit zu überwinden. Sie konnten zeitweilig durch die vorteilhafte Nutzung des Rohstoffpreises die Folgen der fundamentalen wirtschaftlichen Widersprüche im Land lindern. Doch als der Boom nachließ, mussten die Reformen gestoppt werden und die Castro-Chavistas, die ihre UnterstützerInnen bereits jahrelang mit bürokratisch auferlegter politischer Passivität demoralisiert haben, haben nun auch mit der Umsetzung von Sparprogrammen begonnen.

Die ideologischen Ursprünge des bolivariischen Populismus können historisch bis zur russischen Partei der Sozialrevolutionäre zurückverfolgt werden, die gleichermaßen versucht hatten, in einem theoretischen Mischmasch die ArbeiterInnenklasse, Bauernschaft und kleinbürgerlicher Intelligenz als Gesamteinheit zu definieren, die sie das *„revolutionäre Volk“* nannten. Die Sozialrevolutionäre und der Bolivarische Populismus in ihrem Gefolge wiesen die strikte Trennung dieser gesellschaftlichen Kräfte in unterschiedliche Klassen, wobei die ArbeiterInnenklasse die einzig durchgängig revolutionäre Kraft darstellt und die anderen gesellschaftlichen Schichten ihre Verbündeten sein können, strikt zurück.⁹³

Trotz der gegenwärtigen Krise der Castro-Chavista-Regimes ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass diese kleinbürgerlich-populistischen Parteien immer noch bestehen und weiterhin massiven Einfluss auf ArbeiterInnen und Unterdrückte ausüben. Solange es keine auf die Massen gestützte revolutionäre Partei als Alternative gibt, kann ein Wiederaufleben dieser kleinbürgerlich-populistischen Parteien keineswegs ausgeschlossen werden, abgesehen vom möglichen Erscheinen neuer einflussreicher kleinbürgerlich-populistischer Parteien.

Wie in unseren *Thesen zur Einheitsfronttaktik* und anderen Dokumenten festgehalten, ist das Erscheinen kleinbürgerlich-populistischer Kräfte keineswegs auf Lateinamerika beschränkt. Man denke nur an Julius Malemas *EFF* in Südafrika, diverse islamistisch kleinbürgerlich-populistische Kräfte wie Hamas, Dr. Al-Qadris Pakistanische Volksbewegung PAT (*Pakistan Awami Tehreek*), die *Houthis* im Jemen sowie verschiedene demokratisch nationalistische oder islamistische Rebellenorganisationen in Syrien, Libyen und Ägypten.

Auch spielten verschiedene kleinbürgerliche populistische Kräfte nationalistischen Typs führende Rollen in nationalen Befreiungskämpfen unterdrückter Völker in der halbkolonialen Welt wie auch in einigen imperialistischen Ländern. Bis zu seiner Niederlage und Vernichtung im Jahr 2009 waren die LTTE (*„Tamil Tigers“*) in Sri Lanka ein bekanntes Beispiel dafür, ebenso wie auch diverse kleinbürgerlich-nationalistische Kräfte in Kaschmir und Balochistan (Pakistan). *Sinn Fein/IRA* in Nordirland vor ihrer Kapitulation 1998 ist ein weiteres. *Herri Batasuna* im Baskenland und *Candidatura d'Unitat Popular* in Katalonien sind ebenfalls wichtige fortschrittliche kleinbürgerlich-nationalistische Kräfte, die im spanischen Staat aktiv sind.

Vor kurzem hat *Sinn Fein*, lang eine Oppositionspartei in der Republik Irland, deutlich an Einfluss gewonnen, nach-

dem sie in der *Right2Water*-Kampagne eine führende Rolle übernommen hat. Dabei geht es um den Kampf gegen die Errichtung einer Wassergebühr durch die Regierung als Teil eines Sanierungsprogramms, in das einfache Volk für die Bankenkrise zahlen sollen; diese Kampagne ist zu einer der größten sozialen Bewegungen in Irland seit Jahrzehnten geworden. In den letzten Wahlen (2016) erhielt *Sinn Fein* 13,8% der Stimmen und wurde damit zur drittgrößten Partei im irischen Parlament.

Ein weiteres Beispiel für einen besonderen Typ einer kleinbürgerlich-populistischen Partei in einem imperialistischen Land ist die Partei *Respect* in Britannien. Ihr bekanntester Führer ist George Galloway, langjähriger Parlamentsabgeordneter des linken Flügels der Labour Partei. Galloway spielte eine prominente Rolle in der Bewegung gegen die imperialistischen Kriege im Nahen Osten und für Solidarität mit dem palästinensischen Volk (er nahm später allerdings auch reaktionäre Positionen ein wie etwa bei der Unterstützung der Assad-Diktatur gegen die syrische Revolution und der Kollaboration mit der rechten rassistischen UKIP in der Kampagne für den EU-Austritt Britanniens). Nach Galloways' Ausschluss aus der Labour Partei unter Blair 2003 wegen seiner Opposition zum imperialistischen Krieg im Irak gründete er gemeinsam mit der zentristischen SWP und mit der Unterstützung einer Reihe von muslimischen Migrantorganisationen *Respect*. Dieser Zusammenschluss war eine Folgeerscheinung der Anti-Kriegsbewegung, in der muslimische Migrantorganisationen eine große Rolle gespielt hatten. Während *Respect* nie eine stabile Massenbasis erlangen konnte, war es dennoch imstande, gewisse Wahlerfolge einzufahren. Die bakenntesten davon waren die zwei Wahlsiege, die Galloway ins Parlament brachten (zuerst in Behtnal Green and Bow 2005-10 und später in Bradford West 2012-15). Diese beiden Erfolge basierten fast ausschließlich auf der Unterstützung der muslimischen Migrantengemeinden, die davor die Labour Partei unterstützt hatten, aber mit ihr wegen deren unterwürfigen Unterstützung der britischen Teilnahme an den imperialistischen Kriegen in Afghanistan, im Irak und in Libyen und wegen des Aufstiegs des islamophoben Rassismus in Britannien gebrochen hatten. Es steht außer Frage, dass diese muslimischen Migrantengemeinden von einer schmalen kleinbürgerlichen Schicht aus Kleingewerbetreibenden, Ärzten, religiösen Führern etc. dominiert waren. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass *Respect* eine Zeit lang politischer Ausdruck des antiimperialistischen und antirassistischen Protests der MigrantInnen geworden war.

Es gibt auch zahlreiche kleinbürgerlich-populistische Migrantorganisationen in anderen imperialistischen Ländern wie auch unter den unterdrückten farbigen und Latino-Minderheiten in den USA.

Von besonderer Wichtigkeit für RevolutionärInnen sind jene Entwicklungen in der ArbeiterInnenklasse, die zur Gründung neuer ArbeiterInnenparteien führten. Natürlich befürworteten RevolutionärInnen einen solchen Prozess, denn er hilft der ArbeiterInnenavantgarde, sowohl von bürgerlichen oder kleinbürgerlichen Parteien einerseits und versumpften bürokratisierten bürgerlichen ArbeiterInnenparteien andererseits politisch unabhängig zu werden. Die spektakulärsten Beispiele neuer Parteien, die in den letzten Jahren aus der ArbeiterInnenbewegung entstanden sind, waren die Gründung der *Democratic Labor*

Party in Südkorea, der *Partido de los Trabajadores* in Bolivien, SYRIZA in Griechenland und des *Bloco de Esquerda* (B.E.) in Portugal.

In Korea ist die *Democratic Labor Party* stark an die KCTU, Südkoreas militanten Gewerkschaftsbund, geknüpft. Im Jahr 2000 gegründet, hat die DLP 10 Sitze bei den Parlamentswahlen von 2004 gewonnen. Doch die Partei spaltete sich und verschmolz mit anderen kleinbürgerlich-populistischen Kräften zur *Unified Progressive Party*. Diese wurde zur drittgrößten Parlamentspartei und vor Kurzem vom südkoreanischen Staat wegen ihrer antiimperialistischen Position gegen die US-Aggressionen gegen Nordkorea per Gesetz verboten.

Die bolivianische *Partido de los Trabajadores* wurde 2013 mit der Unterstützung des Gewerkschaftsbundes COB, v.a. der Bergarbeitergewerkschaft FSTMB, gegründet. Diese Entwicklung war das Ergebnis der Desillusionierung vieler ArbeiterInnen durch die MAS-Regierung unter Morales.

Ein weiteres Beispiel, das noch nicht zur Partei herangereift ist, ist die sogenannte *United Front* in Südafrika. Es ist eine von der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA gegründete politische Allianz, die bis zum Bruch mit ihrer Führung die größte Gewerkschaft im COSATU-Gewerkschaftsbund war. Leider ist die NUMSA-Führung entschlossen, den ausgetretenen Pfad der reformistischen *Freedom Charter*, das alte ANC-Programm von 1955, zu verfolgen und kann sich nicht zur Gründung einer politischen Partei durchringen, die gegen die Hauptregierungspartei ANC antreten würde.

SYRIZA in Griechenland ist ein etwas anderes Phänomen, denn sie wurde 2004 als Koalition von Synaspismós (eine "eurokommunistische" Abspaltung von der stalinistischen KKE) und einigen kleineren linksreformistischen und zentristischen Organisationen gegründet. Einige Jahre war sie eine Partei mit bescheidener Unterstützung, doch erlebte sie bei den Wahlen 2012 ihren Durchbruch und wurde mit mehr als 16% der Stimmen zur zweitgrößten Parlamentspartei. Bei den nächsten Wahlen im Jänner 2015 gewann SYRIZA 36,3% der Stimmen und damit Platz 1. Diese Massenunterstützung gewann sie mit ihrem Anti-Sparwahlprogramm und ihrer Anprangerung der korrupten "alten politischen Klasse". Doch einmal an der Macht verriet sie die Interessen der ArbeiterInnen und Armen vollständig. Sie organisierte im Sommer 2015 eine Volksabstimmung zum Memorandum der EU-Troika, das mit einem klaren "OXI" ("Nein") zum EU-Sparprogramm endete. Doch nur Wochen später unterzeichnete die SYRIZA-Regierung das dritte EU-Memorandum!⁹⁴

Der 1999 gegründete portugiesische *Bloco de Esquerda* ist ebenso eine Koalition verschiedener zentristischer Organisationen trotzkistischen oder maoistischen Ursprungs. Wie SYRIZA gewann er Popularität als Vertreter des Kampfs gegen Sparprogramme. Er gelangte bald ins Parlament und bei den letzten Wahlen (Oktober 2015) erhielt er 10,2% der Stimmen.

Sowohl SYRIZA als auch B.E. wurden von Organisationen der ArbeiterInnenbewegung gegründet, doch keine der beiden hatte bedeutende Wurzeln in der organisierten Massenbasis der ArbeiterInnenklasse (B.E. hat sie weiterhin nicht). Ihr politischer Ruf war von der Teilnahme an Regierungen und an der korrupten politischen Elite uneinträchtig, und so konnten sie zum Ausdruck der politi-

schen Radikalisierung von Teilen der ArbeiterInnenklasse und der Jugend werden.

Ein etwas anderes Phänomen ist *Frente de Izquierda y de los Trabajadores* (FIT) in Argentinien, die keine Partei, sondern ein Wahlbündnis dreier zentristischer trotzkistischer Organisationen ist (PO, PTS und IS). Ihre KandidatInnen erhielten 812.503 oder 3,23% der Stimmen in den Präsidentschaftswahlen vom November 2015.

Schließlich gibt es *Podemos* in Spanien, gegründet 2014 nach Jahren des Massenprotests und sozialer Polarisierung im Land. 2011 erlebte Spanien eine demokratische Massenbewegung ("*Indignados*") und in den Folgejahren eine Reihe von Protesten gegen drastische Sparprogramme der konservativen PP-Regierung und gegen die wachsende Arbeitslosigkeit (die Hälfte der spanischen Jugend hat keinen Job). *Podemos* organisierte im Jänner 2015 eine Massendemonstration, an der mehr als 100.000 Menschen teilnahmen. Trotz ihres kurzen Bestehens wurde sie zur zweitgrößten politischen Partei Spaniens, gemessen an den Mitgliedern (400.000). Sie konzentriert ihre Proteste auf die Sparprogramme der Regierung, die Monarchie und das korrupte politische System und verteidigt das Recht auf nationale Selbstbestimmung für die baskische Region, Katalonien usw.

Podemos ist eine fortschrittliche kleinbürgerlich-populistische Partei mit starker Orientierung am chavistischen Modell hinsichtlich Programm und Organisation.⁹⁵ Ihre soziale Basis ist v.a. die Jugend der verarmten unteren Mittelschicht.⁹⁶ Es gibt auch viele UnterstützerInnen unter den ArbeiterInnen, wie eine Reihe von *circulos* (Ortsgruppen) in ArbeiterInnenbezirken in Großstädten bestätigen. In Abbildung 4 (oben) ist ersichtlich, dass 35% der *Podemos*-UnterstützerInnen entweder arbeitslos oder auf bloß befristeter Basis erwerbstätig sind.

Außerdem hat *Podemos* enge Verbindungen zu verschiedenen Basisgruppen von ArbeiterInnen und der unteren Mittelschicht wie etwa in Ausschüssen des Krankenpflegepersonals oder unter schuldenbedingten Delogierungsopfern.⁹⁷

Zusammenfassend ist *Podemos* ein weiteres wichtiges Beispiel, das illustriert, wie aufgrund des Fehlens einer wahrhaft revolutionären Führung und der Existenz traditionell reformistischer Parteien, die Radikalisierung von Teilen der ArbeiterInnenklasse und der Jugend vor dem Hintergrund der historischen Krise des Kapitalismus zumindest kurzfristig ihren Ausdruck in nicht-revolutionären Organisationen finden kann.

Wie in den angegebenen Beispielen ersichtlich ist, können solche Umstände zu einem der drei möglichen Szenarien führen:

i) Sie können die Schaffung neuer reformistischer ArbeiterInnenparteien bewirken oder die bislang kleinen Organisationen enorm stärken (z.B. PT in Bolivien, DLP in Südkorea, SYRIZA in Griechenland, B.E. in Portugal).

ii) Sie können in die Gründung neuer (oder gestärkter) kleinbürgerlich-populistischer Parteien münden, nicht nur in halbkolonialen Ländern, sondern auch in den imperialistischen Ländern (z.B. Castro-Chavismus in Lateinamerika, PAT in Pakistan, *Sinn Fein* in Irland, CUP, HB und *Podemos* in Spanien, *Respect* in Britannien)

iii) Sie können über den Masseneinfluss neuer und radikaler UnterstützerInnen auch zur Transformierung einer alten reformistischen Partei führen und sie damit in eine

linksreformistische Partei wandeln (z.B. Labour-Partei in Britannien unter Corbyn)

Angesichts des höchst instabilen, revolutionären Wesens der gegenwärtigen Periode ist es kaum überraschend, dass all diese neuen reformistischen und populistischen Gründungen sehr instabil sind. Sie können rasch wachsen, doch mit ihrer kleinbürgerlichen Anpassung an den Kapitalismus und ohne Klarheit in Programm und Perspektive schaffen sie es nicht, einen stabilen Arbeiterkader zu errichten. Das erklärt die extrem instabile Natur dieser Parteien.

Marxistische Klassiker zum Kampf um proletarische Hegemonie in der Befreiungsbewegung

Die Einheitsfronttaktik bildet in mehrfacher Hinsicht ein wesentliches Element im revolutionären Kampf um die proletarische Vorherrschaft. Erstens beinhaltet der Kampf um die proletarische Vorherrschaft per definitionem die Überwindung der aktuellen kleinbürgerlichen oder bürgerlichen Hegemonie über die Befreiungsbewegung. Mit anderen Worten, die revolutionäre Partei muss danach streben, die gegenwärtige Führungsposition der Castro-Chavisten, der islamistischen Populisten, der linken Reformisten und anderer nicht-revolutionärer Kräfte zu ersetzen. Diese Führungen behindern – aufgrund ihrer Zugeständnisse an die herrschende Klasse, ihre Befriedung der revolutionären Energie der Massen, aufgrund der Absorbierung (oder Isolierung) der besten Elemente in den bürgerlichen Staatsapparat nach ihrer Machtübernahme usw. – die Reifung und Weiterentwicklung der proletarischen Befreiungsbewegung. Auf diese Art dienen sie nicht den Interessen der ArbeiterInnenklasse, sondern denen der herrschenden Klasse. Nur ihre Ersetzung durch eine revolutionäre Führung kann also sicherstellen, dass die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten den Kapitalismus erfolgreich überwinden können. Das ist die erste und dringlichste Aufgabe im Kampf um die proletarische Hegemonie.

Zweitens und in Bezug auf erstens müssen RevolutionärInnen bestrebt sein, die kleinbürgerliche Dominanz in den Parteien und Organisationen, die an der Spitze der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten stehen, zu überwinden. Diese Parteien werden oft von einer kleinbürgerlichen Bürokratie dominiert, die die Aktivität der Basismitglieder einschränkt. Außerdem besteht oft ein unproportional hoher Einfluss des Kleinbürgertums (Akademiker, Rechtsanwälte, Kleingewerbetreibende, Führungskräfte...) in den oberen Rängen solcher Parteien.

Lenin betonte oft, dass es für RevolutionärInnen wesentlich ist, sich der internen sozialen Schichtung sowohl der ArbeiterInnenklasse wie auch des besitzlosen Kleinbürgertums bewusst zu sein. Das, so meinte er, macht die Einheitsfronttaktik umso dringlicher.

„Der Kapitalismus wäre nicht Kapitalismus, wenn das „reine“ Proletariat nicht von einer Masse außerordentlich mannigfaltiger Übergangstypen vom Proletarier zum Halbproletarier (der seinen Lebensunterhalt zur Hälfte durch Verkauf seiner Arbeitskraft erwirbt), vom Halbproletarier zum Kleinbauern (und kleinen Handwerker, Hausindustriellen, Kleinbesitzer überhaupt), vom Kleinbauern zum Mittelbauern usw. umgeben wäre; wenn es innerhalb des Proletariats selbst nicht Unterteilungen in mehr oder minder entwickelte Schichten, Gliederungen nach

Landsmannschaften, nach Berufen, manchmal nach Konfessionen usw. gäbe. Aus alledem aber ergibt sich für die Vorhut des Proletariats, für seinen klassenbewussten Teil, für die kommunistische Partei absolut unumgänglich die Notwendigkeit, die unbedingte Notwendigkeit, zu lazieren, Übereinkommen und Kompromisse mit verschiedenen proletarischen Gruppen, mit verschiedenen Parteien der Arbeiter und der Kleinbesitzer zu schließen. Es kommt nur darauf an, dass man es versteht, diese Taktik so anzuwenden, dass sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewusstseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt.“⁹⁸

Die Volksfront ist die höchste (oder besser gesagt, die niederste) Form politischer Unterwerfung der ArbeiterInnenklasse unter die Bourgeoisie. Wie oben erwähnt ist sie eine politische Verbindung von Parteien des Proletariats und der Bauernschaft mit offen bürgerlichen Kräften. Solche Volksfronten bilden die größte Gefahr für die ArbeiterInnenklasse, denn sie beinhalten die politische und organisatorische Unterordnung der ArbeiterInnen unter die Bourgeoisie, erstere in ein rosiges Programm pazifistischer und reformistischer Illusionen einlullend. Solche Unterwerfung schwächt die ArbeiterInnenklasse und macht sie zum Kampf gegen künftige schwere Angriffe durch die herrschende Klasse unfähig. Trotzki bezeichnete das Thema Volksfront als *„Hauptfrage der proletarischen Klassenstrategie dieser Epoche.“* Angesichts der Erfahrungen mit der Volksfront in Frankreich und Spanien 1936 schrieb Trotzki damals in einem Dokument, das von einer Konferenz der *Bewegung für die Vierte Internationale* verabschiedet worden ist:

„Die Julitage in Spanien ergänzen und vertiefen mit außerordentlicher Kraft die Lehren der Junitage in Frankreich. Zum zweiten Male im Laufe von 5 Jahren bringt die Koalition der Arbeiterparteien mit der radikalen Bourgeoisie die Revolution an den Rand des Abgrunds. Unfähig, irgend eine Aufgabe, die die Revolution gestellt hat, zu lösen, da alle diese Aufgaben auf eine einzige hinauslaufen, nämlich auf die Niederwerfung der Bourgeoisie, macht die «Volksfront» die Existenz des bürgerlichen Regimes unmöglich und provoziert dadurch den faschistischen Staatsstreich, indem sie die Arbeiter und Bauern durch parlamentarische Illusionen einschläfert, ihren Kampfwillen lähmt, schafft die «Volksfront» die günstigsten Bedingungen für den Sieg des Faschismus. Die Politik der Koalition mit dem Bürgertum muss die Arbeiterklasse mit Jahren neuer Qualen und Opfer, wenn nicht mit Jahrzehnten faschistischen Terrors bezahlen.“⁹⁹

Die zentrale Aufgabe der Einheitsfronttaktik ist also die Förderung des Proletariats bei der Überwindung all dieser Formen der Unterwerfung und der Errichtung ihrer Vorherrschaft innerhalb der Befreiungsbewegung, d.h. dabei, sich von jedem bürgerlichen Einfluss frei zu machen und die Verbündeten – die besitzlose Bauernschaft, die städtische Armut, die verarmte untere Mittelschicht usw. – in den revolutionären Befreiungskampf gegen das kapitalistische System zu führen.

Lenin betonte diesen Aspekt oft:

„Welche Politik aber müssen die Sozialdemokraten unbedingt betreiben? Entweder als Sozialisten, die abseits stehen von den Verrätern der Freiheit und Ausbeutern des Volkes, den Liberalen, Enthaltung üben, oder das kampffähige demokratische Kleinbürgertum sowohl gegen die Schwarzen als auch gegen die Liberalen führen (...) Die zweite Politik ist dann Pflicht, wenn

noch Bedingungen für die bürgerlich-demokratische Revolution vorhanden sind, wenn es außer der Arbeiterklasse bestimmte bürgerliche oder kleinbürgerliche Schichten gibt, die fähig sind, um die dem Proletariat notwendige Demokratie zu kämpfen. In Russland ist gegenwärtig die zweite Politik obligatorisch. Die Sozialdemokratie ist verpflichtet, ohne auch nur für einen Augenblick ihre sozialistische Propaganda und Agitation, die Organisation der Proletarier als Klasse zu vergessen, von Fall zu Fall vereint mit dem demokratischen Kleinbürgertum marschierend, sowohl die Schwarzen als auch die Liberalen zu schlagen.“
100

Bei der Erklärung eines wesentlichen Unterschieds zwischen den Bolschewiki und den Menschewiki schrieb er in einem anderen Artikel:

„Der Kampf des Bolschewismus gegen den Menschewismus ist untrennbar mit dieser Geschichte verknüpft, als Kampf darum, ob die Liberalen zu unterstützen sind, oder ob die Hegemonie der Liberalen über die Bauernschaft zu beseitigen ist.“¹⁰¹

Und in einem weiteren Artikel erklärte er: „Eine Hegemonie des Liberalismus in der russischen Befreiungsbewegung schwächt unumgänglich die Bewegung und macht es unmöglich, die Herrschaft der barbarischen Gutsbesitzer zu beseitigen. Nur die Überwindung des Liberalismus durch das Proletariat und die proletarische Hegemonie führten zu Siegen in der Revolution und sind imstande, weitere Siege zu erringen.“¹⁰²

In den Jahren nach Lenins Tod beschuldigten die Stalinisten Trotzki der „Vernachlässigung“ der Notwendigkeit, das die ArbeiterInnenklasse eine Allianz mit der besitzlosen Bauernschaft errichtet. Das war kompletter Unsinn und diente den Stalinisten nur dazu, ihre eigene Strategie der Unterordnung der Interessen der ArbeiterInnenklasse unter jene der politischen Führung des Kleinbürgertums und der Arbeiteraristokratie (z.B. das anglo-russische Gewerkschaftskomitee 1925-27, Chiang Kai-sheks Kuomintang usw.) zu verschleiern.

Auf diese Anschuldigungen antwortete Trotzki, dass die Allianz der ArbeiterInnenklasse mit der besitzlosen Bauernschaft ein Kernelement der bolschewistischen Strategie ist. Doch eine solche Allianz kann nur auf festem und stabilem Boden errichtet werden, der nicht durch Unter-

werfung des Proletariats unter die Führung des Kleinbürgertums (dessen Interesse mehr darin liegt, Teil der Bourgeoisie zu werden) geschwächt wird, sondern nur durch eine Allianz unter der Führung der ArbeiterInnenklasse. Tatsächlich ist das ein unumgänglicher Teil seiner Theorie der permanenten Revolution.

In seinem Buch zur permanenten Revolution erklärt Trotzki:

„Worin besteht dann der Unterschied zwischen den fortgeschrittenen Ländern und den zurückgebliebenen? Der Unterschied ist groß, aber er bleibt doch in den Grenzen der Herrschaft kapitalistischer Beziehungen. Die Formen und Methoden der Herrschaft der Bourgeoisie sind in den verschiedenen Ländern sehr verschieden. Auf dem einen Pol trägt die Herrschaft einen nackten und absoluten Charakter: - die Vereinigten Staaten. Auf dem anderen Pol paßt sich das Finanzkapital den überlebten Institutionen des asiatischen Mittelalters an, indem es sie sich unterwirft und ihnen seine Methoden aufzwingt: - Indien. Aber hier wie dort herrscht die Bourgeoisie. Daraus folgt, daß auch die Diktatur des Proletariats hinsichtlich der sozialen Basis, der politischen Formen, der unmittelbaren Aufgaben und des Tempos der Arbeit in verschiedenen kapitalistischen Ländern einen äußerst unterschiedlichen Charakter haben wird. Die Volksmassen jedoch zum Siege über den Block der Imperialisten, Feudalen und nationalen Bourgeoisie zu führen, vermag nur die revolutionäre Hegemonie des Proletariats, die sich nach der Machteroberung in die Diktatur des Proletariats verwandelt.“¹⁰³

Zusammengefasst sind der Kampf um die proletarische Vorherrschaft und die Einheitsfronttaktik untrennbar miteinander verbunden. Ohne die Einheitsfronttaktik findet der Kampf um die proletarische Hegemonie in einem Vakuum statt, denn nur in der direkten praktischen Zusammenarbeit und politischen Konfrontation mit den reformistischen und populistischen Kräften können RevolutionärInnen ihre Entfernung aus den Führungspositionen erwirken. Ohne den Kampf um proletarische Vorherrschaft degeneriert die Einheitsfronttaktik zum opportunistischen Manöver mit kleinbürgerlichen Führungen und bringt den revolutionären Klassenkampf nicht voran, sondern hilft vielmehr der herrschenden Klasse.

Die Krise der EU und der Brexit

* **Marxismus, Europäische Union und das Brexit**

* **Die britische Linke und das EU-Referendum**

Zwei Broschüren von Michael Pröbsting
(Internationaler Sekretär der RCIT)

Preis: jeweils 3 Euro (plus Versandkosten)

Die Broschüren können über unsere Kontaktadresse bestellt werden



FUSSNOTEN

- 1 RCIT-Thesen zur Einheitsfronttaktik. Thesen zu den Prinzipien der Einheitsfronttaktik und ihrer Anwendung unter den heutigen Klassenkampfbedingungen, Dokument des Internationalen Exekutivkomitees der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz, 9 April 2016, in: Revolutionärer Kommunismus Nr. 18, <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/einheitsfronttaktik/>
- 2 Kurze Bemerkung zu den Zitaten aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Trotzki: Es wurden die uns vorliegenden gedruckten Werke benutzt. Eine Reihe ihrer Schriften (v.a. bei Lenin, aber auch den anderen) kann auch auf der Website des Marxist Internetarchivs gefunden werden www.marxists.org
- 3 RCIT-Thesen zur Einheitsfronttaktik, These 60
- 4 Karl Marx und Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (1848), in: MEW Bd. 4, S. 492f; siehe auch Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus, in: MEW Bd. 4, S. 361ff
- 5 Siehe dazu u.a. Friedrich Engels: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten (1885), in MEW Bd. 21, S. 206; David Rjazanov: *Marx und Engels nicht nur für Anfänger* (1922), Kapitel 5, Berlin 1973; siehe auch die exzellente Studie von August H. Nimtz: *Marx and Engels: Their contribution to the democratic breakthrough*, Albany, New York 2000, (Kapitel 3 und 4); Otto Rühle: *Karl Marx. Leben und Werk*, Avalun-Verlag, Hellerau 1928, S. 182-188; August Nimtz: *Marx and Engels – The Unsung Heroes of the Democratic Breakthrough*, in: *Science & Society*, Bd. 63, No. 2 (Summer, 1999), S. 203-231
- 6 Karl Marx und Friedrich Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund, März 1850, in: MEW Bd. 7, S. 245ff
- 7 Siehe dazu die relevanten Resolutionen der Parteikonferenz vom Juli 1907 und January 1912 bzw. in: Robert H. McNeal and Richard Gregor: *Resolutions and Decisions of the Communist Party of the Soviet Union*, Bd. 2, *The Early Soviet Period: 1917-1929*, University of Toronto Press, Toronto 1974, S.116-117 und 150-153.
Siehe auch z.B. zwei ausgezeichnete Bände des marxistischen Historikers August Nimtz: *Lenin's Electoral Strategy from Marx and Engels through the Revolution of 1905. The Ballot, the Streets—or Both* as well as *Lenin's Electoral Strategy from 1907 to the October Revolution of 1917*. Beide veröffentlichen von Palgrave Macmillan US 2014.
Siehe auch Aleksej E. Badajev: *Die Bolschewiki in der Reichsduma. Erinnerungen*, Dietz Verlag Berlin 1957.
- 8 W.I. Lenin: Der 'radikale Kommunismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Lenin Werke (LW), Bd. 31, S. 56f.
- 9 Thesen über die Taktik der Komintern, Resolution des IV.Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 1922; in: *Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen*, Band II, Köln 1984, S.13-15.
- 10 Thesen über die Taktik der Komintern, S.13.
- 11 Leitsätze zur Orientfrage, Resolution des IV.Weltkongreß der Kommunistischen Internationale, 1922; in: *Die Kommunistische Internationale, Manifeste, Thesen und Resolutionen*, Band II, Köln 1984, S.44.
Bezüglich des marxistischen Verständnis der antiimperialistischen Einheitsfronttaktik verweisen wir auf Kapitel 12 und 13 unseres Buchs: Michael Pröbsting: *The Great Robbery of the South Continuity and Changes in the Super-Exploitation of the Semi-Colonial World by Monopoly Capital. Consequences for the Marxist Theory of Imperialism*. Vienna 2013, herausgegeben von der Revolutionary Communist International Tendency (Das Buch kann kostenfrei heruntergeladen werden bei www.great-robbery-of-the-south.net.)
- Es gibt eine gekürzte deutsche Fassung: *Der große Raub im Süden*, Wien 2014
- 12 Leitsätze zur Orientfrage, S.48
- 13 Siehe dazu Dirk Hemje-Oltmanns: *Arbeiterbewegung und Einheitsfront. Zur Diskussion der Einheitsfronttaktik in der KPD 1920/21*, Verlag für das Studium der Arbeiterbewegung GmbH, Westberlin 1973; Arnold Reisberg: *An den Quellen der Einheitsfrontpolitik*, Dietz Verlag, Berlin 1971, Bd. 1 und 2, John Riddell: *The Comintern in 1922. The Periphery Pushes Back*, in: *Historical Materialism* 22.3-4 (2014), S. 52-103; Larry Peterson: *German Communism, Workers' Protest, and Labor Unions. The Politics of the United Front in Rhineland - Westphalia 1920-1924*, Springer Science+Business Media, B.V. 1993
- 14 Communist International: *Theses on Comintern Tactics* (1922), S. 425-426
- 15 W.I. Lenin: Der 'linke Radikalismus', eine Kinderkrankheit des Kommunismus, in: LW Bd. 31, S. 73ff
- 16 Zu Quellen zu diesen interessanten Entwicklungen in Indonesien und China siehe unten im Kapitel V, wo diese Erfahrungen noch einmal diskutiert werden.
- 17 Leon Trotsky: *Resolution on the General Strike in Britain submitted to the Centrals Committee and Centrals Control Commission joint plenum*, Juli 1926; in: *Trotsky's Writings on Britain*, Vol. 2, New Park Publications, London 1974, S. 191 (unsere Übersetzung)
- 18 Leon Trotsky: *Leo Trotzki: Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition. Die Ultralinken und der Marxismus. Welchen Weg geht der Leninbund?* (1929); in: *Writings 1929*, S. 262
- 19 Leo Trotzki: *Über den chinesisch-japanischen Krieg* (1937), in: *Schriften 2.2*, S. 865-867; (Hervorhebung im Original)
- 20 Leo Trotzki: *Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale. Das Übergangsprogramm*; Frankfurt/Main 1974, S. 31ff
- 21 See Michael Pröbsting: *The Great Robbery of the South*, z.B S. 69-80, S. 179-188, S. 228-240. Eine deutschsprachige Fassung dieses Buches wurde 2014 unter dem Titel „*Der Große Raub im Süden*“ vom Promedia-Verlag veröffentlicht und kann über unsere Kontaktadresse bezogen werden. (Siehe www.rkob.net, <http://www.great-robbery-of-the-south.net/> sowie <http://www.mediashop.at/typolight/index.php/buecher/items/michael-proebsting---der-grosse-raub-im-sueden>).
- 22 Siehe dazu: *The Great Robbery of the South*, z.B. S. 57-62
- 23 Die Kategorie "Arbeitskraft" umfasst alle Personen, die ökonomisch aktiv sind, d.h. ArbeiterInnen, BäuerInnen, Selbstständige, entlohnte Mittelklasseangestellte und KapitalistInnen.
- 24 Es sei kurz angemerkt, dass die bürgerliche Kategorie "Lohnabhängige" nicht nur ArbeiterInnen, sondern auch die entlohnte Mittelklasse beinhaltet. Die bürgerliche Statistik der ILO und ähnlicher Institutionen differenzieren natürlich nicht zwischen diesen beiden Bereichen. Dennoch sind die Zahlen nützlich für eine Einschätzung des Wachstums des globalen Proletariats.
- 25 International Labour Office: *World Employment and Social Outlook 2015. The changing nature of jobs*, S. 29
- 26 International Labour Office: *World Social Security Report 2010/11. Providing coverage in times of crisis and beyond* (2010), S. 28
- 27 International Labour Office: *Global Wage Report 2014/15. Wages and income inequality*, S. 14 und unterstützende Daten

- 28 World Bank: World Development Report 1995, p. 9, International Labour Office: Global Employment Trends 2011, S. 68; Directorate-General for Economic and Financial Affairs of the European Commission: Labour market and wage developments in 2009; in: EUROPEAN ECONOMY Nr. 5/2010, pp. 188-190 und eigene Berechnungen.
- 29 Quellen: International Labour Office: Global Employment Trends 2014. Risk of a jobless recovery?, S. 97 und eigene Berechnungen
- 30 John Smith: Offshoring, Outsourcing & the 'Global Labour Arbitrage' (2008), Paper to IIPPE 2008 – Procida, Italien 9.-11. September 2008, S. 5
- 31 UNIDO: Industrial Development Report 2011, S. 150
- 32 John Smith: Imperialism in the Twenty-First Century, Monthly Review 2015 Volume 67, Issue 03 (Juli-August), <http://monthlyreview.org/2015/07/01/imperialism-in-the-twenty-first-century/>.
- 33 Im Gegensatz zu den revisionistischen Theorien des CWI, der IMT und der MorenoistInnen (LIT-CI und UIT-CI) betrachten MarxistInnen Mitglieder des repressiven Staatsapparats nicht als Teile der ArbeiterInnenklasse. Trotzki nahm in dieser Frage eine unmißverständliche Haltung ein: „Der Umstand, daß die Polizisten in bedeutender Zahl unter sozialdemokratischen Arbeitern rekrutiert wurden, will ganz und gar nichts besagen. Auch hier wird das Denken vom Sein bestimmt. Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter. (...) Und die Hauptsache ist: jeder Polizist weiß, daß die Regierungen wechseln, die Polizei aber bleibt.“ (Leo Trotzki: Was nun? Checkalsfragen des deutschen Proletariats (1932) in: Schriften über Deutschland, Band 1, S. 186
- 34 Markus Lehner: Arbeiterklasse und Revolution. Thesen zum marxistischen Klassenbegriff, in: Revolutionärer Marxismus Nr. 28 (1999)
- 35 Siehe dazu z.B. Michael Pröbsting: The Great Robbery of the South, z.B. S. 179-188, S. 228-240, S. 385-386; Michael Pröbsting: Migration and Super-exploitation: Marxist Theory and the Role of Migration in the present Period, in: Critique: Journal of Socialist Theory, Vol. 43, Issue 3-4, 2015, <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/03017605.2015.1099846>; Michael Pröbsting: Marxismus, Migration und revolutionäre Integration (2010); in: Revolutionärer Kommunismus, Nr. 7, <http://www.thecommunists.net/publications/werk-7>.
- 36 Siehe Rainer Münz/Heinz Fassmann: Migrants in Europe and their Economic Position: Evidence from the European Labour Force Survey and from Other Sources (2004), S. 5-6 und Carlos Vargas-Silva: Global International Migrant Stock: The UK in International Comparison (2011), www.migrationobservatory.ox.ac.uk, S. 5
- 37 United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2016). International Migration Report 2015: Highlights, S. 28
- 38 In Russland sind gemäß derselben UN-Studie 8% der Gesamtbevölkerung MigrantInnen. Wir haben die Situation der Migration in Russland und die Gründe für diesen hohen Anteil in unserer Publikation untersucht: Michael Pröbsting: Russland als imperialistische Großmacht, 2014, in: Revolutionärer Kommunismus, Nr. 12, <https://www.thecommunists.net/publications/revkom-12/>
- 39 Siehe Peter Dicken: Global Shift. Mapping the Changing Contours of the World Economy (Sixth Edition), The Guilford Press, New York 2011, S. 496
- 40 Michael Pröbsting: Marxismus, Migration und revolutionäre Integration (2010); in: Der Weg des Revolutionären Kommunismus, Nr. 7, S. 31-33, <http://www.thecommunists.net/publications/werk-7>;
- 41 International Labour Office: World Employment and Social Outlook – Trends 2015, S. 72-89, unterstützende Daten und eigene Berechnungen
- 42 International Labour Office: World Employment and Social Outlook – Trends 2015, S. 72-89, unterstützende Daten
- 43 Siehe dazu z.B. Jauch, Herbert: Globalisation and Labour, Labour Resource and Research Institute (LaRRI), Prepared for the Regional Labour Symposium, Windhoek, 6.12.2005, S. 8
- 44 International Labour Office: World Employment and Social Outlook 2015. The changing nature of jobs, S. 30
- 45 International Labour Office: World Employment and Social Outlook 2015. The changing nature of jobs, S. 31 (eigene Berechnung)
- 46 International Labour Office: World Employment and Social Outlook – Trends 2016, S. 72
- 47 Siehe dazu RCIT: Das Revolutionär-Kommunistische Manifest; Wien 2012, <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/ver%C3%A4nderungen-in-der-arbeiterklasse/>
- 48 International Labour Office: World Employment and Social Outlook – Trends 2015, unterstützende Daten
- 49 International Labour Office: World of Work Report 2014. Developing with jobs, S. 40
- 50 ETC Group: Questions for the Food and Climate Crises, Communiqué Issue #102 (November 2009), S. 26
- 51 Siehe United Nations: Planning and Design for Sustainable Urban Mobility: Global Report on Human Settlements 2013, p. 215; United Nations: The Millennium Development Goals Report 2014, S. 46; Om Prakash Mathur: Urban Poverty in Asia. Study Prepared for the Asian Development Bank, National Institute of Urban Affairs, New Delhi 2013, S. 17
- 52 Leo Trotzki: Rosa Luxemburg und die IV. Internationale. Flüchtige Bemerkungen zu einer wichtigen Frage, (1935), in: Schriften über Deutschland, Band II, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1971, S. 688 (Hervorhebung im Original).
- 53 Für eine vollständige Analyse der Degeneration der Vierten Internationale und ihrer Bruchstücke siehe unser Buch Workers Power (Britain) and Irish Workers' Group: The Death Agony of the Fourth International, London 1983. Siehe auch Michael Pröbstings Essay "Healy's Pupils Fail to Break with their Master: The revolutionary tradition of the Fourth International and the centrist tradition of its Epigones Gerry Healy and the 'International Committee' – A Reply from the RCIT to *Socialist Fight*", October 2013, in *Revolutionary Communism* No. 16, November 2013, <http://www.thecommunists.net/theory/healy-and-fourth-international/>
- 54 Oskar Niedermayer: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20, Freie Universität Berlin, 2015
- 55 Bundeszentrale für politische Bildung: Soziale Zusammensetzung der SPD-Mitgliedschaft, 28.8.2013, <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42102/zusammensetzung-der-spd>
- 56 Jorge Galindo: The core of Spanish parties, 1.11.2015, <http://politikon.es/2015/11/01/the-core-of-spanish-parties/>
- 57 Jorge Galindo: The core of Spanish parties, 1.11.2015, <http://politikon.es/2015/11/01/the-core-of-spanish-parties/>
- 58 Laurent Bouvet: Who Loves the PS? The Electoral Paradox of the French Socialist Party, in: In: Internationale Politik und Gesellschaft Online: International Politics and Society, No. 4/2010, S. 115; Frédéric Sawicki: French Socialist Party, in: Academic Foresights, No. 14: Juli-Dezember 2015, http://academic-foresights.com/French_Socialist_Party.html
- 59 Laurent Bouvet: Who Loves the PS? The Electoral Paradox of the French Socialist Party; See also: Marc Lazar: In welchem Zustand befindet sich die Parti Socialiste? Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2015; Ernst Hillebrand: Die Sozialistische Partei Frankreichs nach dem Parteitag von Reims, Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2009, S. 7 und 11
- 60 Siehe Ernst Hillebrand: Die Sozialistische Partei Frankreichs nach dem Parteitag von Reims, Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2009, S. 6
- 61 Siehe z.B. RED LIBERATION (Socialists Active in the

Labour Party): UK: Defend Nazeem Shah and Ken Livingstone against the Pro-Zionist Labour Leadership! 30. April 2016; Britain: Defeat Zionism in the Labour Party, 30. März 2016, <https://redliberation.wordpress.com/>

62 Ewen MacAskill: Revealed: how Jeremy Corbyn has reshaped the Labour party. Leader's hopes of remoulding the party boosted as Guardian survey shows surge in members, huge support and shift to the left, The Guardian, 13. Januar 2016, <http://www.theguardian.com/politics/2016/jan/13/revealed-how-jeremy-corbyn-has-reshaped-the-labour-party>

63 Rajeev Syal: Disproportionate number of Labour's new members are wealthy city dwellers. Figures that will be seized upon by Corbyn's critics show poorer supporters are now smaller proportion of membership, 21. Januar 2016. http://www.theguardian.com/politics/2016/jan/20/labours-new-members-mostly-wealthy-city-dwellers-leaked-report?CMP=Share_iOS_App_Other

64 Siehe Michael Pröbsting: The Great Robbery of the South, S. 338-349

65 Siehe z.B. Kevin Hagen: Wagenknecht und das Asylrecht: Die Gast-Rechte, SPIEGEL ONLINE, 12.1.2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sahra-wagenknecht-zum-asylrecht-die-gast-rechte-a-1071614.html>

66 Siehe dazu u.B. Die KPÖ und Obamas Krieg im Nahen Osten. Antwort auf eine neuerliche KPÖ-Polemik gegen die RKO BEFREIUNG, 25.10.2014, <http://www.thecommunists.net/home/deutsch/kpo-naher-osten/>; Gaza-Krieg: Israel-freundliche KPÖ verleumdet erneut die RKO-BEFREIUNG, 25.7.2014, <http://www.rkob.net/international/nordafrika-und-der-arabische-raum/israelfreund-kpoe/>; siehe auch The Great Robbery of the South, S. 339-343. In all diesen Artikeln finden sich Hinweise und Links auf verschiedene Artikel unserer pro-zionistischen Gegner sowie die Antworten der RCIT darauf.

67 Oskar Niedermayer: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20, Freie Universität Berlin, 2015

68 Jorge Galindo: The core of Spanish parties, 1.11.2015, <http://politikon.es/2015/11/01/the-core-of-spanish-parties/>

69 Siehe OECD: Trade union density (%) in OECD countries, 1960-2010; OECD: Trade union density 1999-2014, http://stats.oecd.org/viewhtml.aspx?datasetcode=UN_DEN&lang=en

70 Zur Analyse der RCIT des Klassenkampfes in Südafrika siehe Michael Pröbsting: Open Letter to a South African Socialist: Reply to a Regional Representative of WASP on the South African Elections 5.5.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/open-letter-south-africa/>; RCIT: Elections in South Africa: No Vote for the ANC! Critical Support for the WASP! Forward in Building a Mass Workers Party! 25.4.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/south-africa-election-tactics/>; RCIT: South Africa: Forward to the Building of a Mass Workers' Party Based on a Revolutionary Program! NUMSA's break with the ANC is an important step forward. A strong revolutionary organization is needed to overcome mis-leadership and to avoid yet another betrayal of our struggle for liberation! 5.2.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/south-africa-workers-party/>; Michael Pröbsting: South Africa: The traitors in their own words - On the South African "Communist" Party who call the police to arrest the miners leaders, 17.8.2012, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/sacp-betray-miners/>; RCIT: Perspectives and some first lessons from the miners' strike and the police massacre in South Africa, 20.8.2012, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/rcit-statement-south-africa/>; Michael Pröbsting: South Africa: Revolutionary and Centrist Tactics against the ANC's orchestrated Democratic Counterrevolution in 1994. A Reply to Socialist Fight and the Liaison Committee for the Fourth International 7.11.2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/africa-and-middle-east/tactics-vs-anc-1994/>

71 Zur Analyse der RCIT des Klassenkampfes in Brasilien siehe CCR: Brazil: The Only Way Forward: Defeat the Coup with Mass, Independent Class Mobilizations of the Working Class and Oppressed! 22.4.2016, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/statement-on-coup/>; CCR: Brazil: The Arrest of Lula da Silva – Yet Another Step in the Creeping Coup, 9.3.2016, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/arrest-lula/>; CCR: Brazil: No to Impeachment! No to the Call for New Elections! 6.12.2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/brazil-impeachment/>; CCR and FT-VP: Brazil: Resist A Fascist Coup By All Possible Means! March 27, 2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/brazil-state-ment-coup-demo/>; CCR: Brazil: The World Cup and the Mass Protests of the Social Movements, 17.6.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/brazil-world-cup/>; CCR: Brazil: From the June protests on the streets towards the path of electoral illusions? 11.1.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/brazil-report/>; The Fight for the Right to Public Transportation - Free and With Quality - Under Control of Workers in Brazil, 14.6.2013, El Mundo Socialista, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/brazil-fight-for-public-transportation/>; RCIT and Blog El Mundo Socialista: Brazil: Solidarity with the Popular Uprising! 19.6.2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/brazil-solidarity-with-popular-uprising/>; Brazil: Before the General Strike on 11th July, 2.7.2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/brazil-general-strike-on-11-7/>; Brazil: Trade Union Bureaucracy limits Workers' Resistance to symbolic Actions. A report on the National Day of Struggle on 30 August, 2.9.2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/brasil-national-day-of-struggle-on-30-8/>; Brazil: Indefinite Nationwide Strike of Bank Workers!, 20.9.2013, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/brazil-bank-workers-strike/>

72 Siehe dazu z.B. Michelle Williams: The Roots of Participatory Democracy – Democratic Communists in South Africa and Kerala, India, Palgrave Macmillan, New York 2008; Ross Mallick: Development policy of a Communist government: West Bengal since 1977, Cambridge University Press 1993

73 W.I.Lenin: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916), in: LW Bd. 23, S.107 (Hervorhebung im Original)

74 W.I.Lenin: Vorwort zu Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916 bzw. 1920), in: LW Bd. 22, S.198 (Hervorhebung im Original)

75 W. I. Lenin: Über die Aufgaben der III. Internationale (Ramsay Macdonald über die III. Internationale) (1919), in: LW Bd. 29, S. 493f (Hervorhebung im Original)

76 Leo Trotzki: Die prinzipiellen Fehler des Syndikalismus. Zu Verwenden in der Diskussion mit Monatte und seinen Freunden (1929), in: Die Bedeutung der Arbeit in den Gewerkschaften im Kampf für die Revolution, Internationale Arbeiterliteratur, Dortmund 1977, S. 110f. (Hervorhebung im Original)

77 RCIT: Das Revolutionär-Kommunistische Manifest; Wien 2012, S. 26

78 Siehe dazu z.B. Demmers, J., A. E. Fernandez Jilberto, and B. Hogenboom: Miraculous Metamorphoses. The Neoliberalization of Latin American Populism, Zed Books, London 2001

79 Kirk A. Hawkins: Venezuela's Chavismo and Populism in Comparative Perspective, Cambridge University Press, New York 2010, S. 101

80 Siehe dazu z.B. Michael Pröbsting: Argentinien: Krise, Revolution, Repression (Sammlung von Artikeln, die während eines Argentinien-Aufenthalts des Autors im ersten Halbjahr 2002 entstanden sind)

81 Siehe dazu z.B. James Petras and Henry Veltmeyer: Social Movements and State Power – Argentina, Brazil, Bolivia, Ecuador, Pluto Press, London 2005

82 Siehe Dawn Gable: Civil Society, Social Movements, and Participation in Venezuela's Fifth Republic, 9. Februar 2004,

<http://venezuelanalysis.com/analysis/350>

83 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, in: Leo Trotzki: Ergebnisse und Perspektive. Die permanente Revolution; Frankfurt a. M., 1971, S. 159f.

84 Zur Geschichte der Mexikanischen Revolution z.B. John Reed: Insurgent Mexico (1914), International Publishers, New York, 1994; Adolfo Gilly: The Mexican Revolution, Verso Editions, London 1983; Hans Werner Tobler: Die mexikanische Revolution, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 1984

85 Siehe dazu unsere Studie zur Bolivianischen Revolution 1952 und der trotzkistischen Tradition: José Villa: A Revolution Betrayed, in: Revolutionary History Vol. 4, No. 3; Siehe auch: James Dunkerley: Rebellion in the Veins: Political Struggle in Bolivia, 1952-82, Verso Editions, London 1984; Guillermo Lora: A History of the Bolivian Labour Movement, 1848-1871, Cambridge University Press, Cambridge 1977

86 Siehe dazu Michael Pröbsting: Cuba's Revolution Sold Out? The Road from Revolution to the Restoration of Capitalism, RCIT 2013, Kapitel I und II

87 Leo Trotzki: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale. Das Übergangsprogramm; Frankfurt/Main 1974, S. 33

88 Siehe dazu z.B. RCIT: Presidential elections in Venezuela: There is no alternative for the workers on the ballot paper! Neither Hugo Chavez nor Orlando Chirino should be supported by the workers! For a new workers party on a revolutionary program! 3.10.2012, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/elections-in-venezuela/>

89 Siehe z.B. Miguel Perez Ludeña: Adapting to the Latin American experience; in: EAST ASIA FORUM QUARTERLY, Vol.4 No.2 April-Juni 2012, S. 13

90 United Nations: World Economic Situation and Pros-

pects 2016, New York, 2016, S. 15

91 Zur Einschätzung der RCIT der Situation in Venezuela und der Politik der Chavistas siehe z.B. Venezuela: Only the Working Class under the Leadership of a Leninist Combat Party can achieve a Revolutionary Socialist Solution of the Crisis! Joint Statement of CSR-ETO (Venezuela) and the RCIT, 16.3.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/venezuela-joint-statement/>; RCIT: Venezuela: For Independent Working Class Mobilizations against the Semi-Fascist Provocateurs! No political support for the Maduro government! For a new workers' party based on a revolutionary program! 20.2.2014, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/venezuela-semi-fascist-provocateurs/>; RCIT: Action Program for Venezuela, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/action-program-for-venezuela/>; Michael Pröbsting: On the outcome of the presidential elections in Venezuela, 8.10.2012, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/electoral-results-in-venezuela/>; RCIT: Presidential elections in Venezuela: There is no alternative for the workers on the ballot paper! Neither Hugo Chavez nor Orlando Chirino should be supported by the workers! For a new workers party on a revolutionary program! 3.10.2012, www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/elections-in-venezuela. For the RCIT's analysis of the class struggle in Argentina see: Michael Pröbsting: Argentina: How to Fight, and how not to Fight, against the Macri Government (Reply to the TPR), 19.02.2016, <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/tpr-christina-slogan/>; RCIT: Argentina: Prepare for Workers' and Popular Mass Resistance against the New Macri Administration! For a United Front of all Workers and Popular Organizations against the New Austerity Offensive and the Macri Administration! For a Break with the Policy of Class Collaboration of Kirchnerism! For an

Programm der RCIT

Das Revolutionär-Kommunistische Manifest

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort und Einleitung

1. Die Welt in der wir leben

2. Neue historische Periode revolutionären Charakters

3. Die Welt, für die wir kämpfen

4. Die Führung, die wir haben und die Führung, die wir brauchen

Der Kampf um die Gewerkschaften; Veränderungen in der ArbeiterInnenklasse; Aktionskomitees – Räte; Die demokratischen Protestbewegungen

5. Das Programm der Revolution

Aktionsprogramm zur Rettung der Menschheit vor dem kapitalistischen Elend

Streicht die Schulden! Enteignet die Banken und Spekulanten!; Gegen Lohnkürzungen, unsichere Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitslosigkeit!; Kampf der Inflation! Für die Anpassung der Löhne an die Inflation! Für Preiskontrollkomitees!; Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen! Kampf der Privatisierung!; Schluß mit dem „Geschäftsgeheimnis“! Für ArbeiterInnenkontrolle! Für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm!; Kein Aus-

einanderdividieren - Gemeinsamer Kampf unabhängig von Nation und Standort!; Schluß mit Steuergeschenken für die Reichen! Enteignet die Superreichen!; Keine Verschlechterungen bei der Ausbildung! Bildung für alle unter Kontrolle der ArbeiterInnenklasse und Jugend!; Revolutionärer Kampf für Demokratie; Befreit die unterdrückten Völker aus den Klauen der Banken und Konzerne!; Unterstützt die nationalen Befreiungskämpfe unterdrückter Völker!; Kampf der Überausbeutung und nationalen Unterdrückung der MigrantInnen!; Kampf dem Faschismus; Rettet unseren Planeten von der kapitalistischen Klimakatastrophe!; Arbeitsplätze und Wohnungen für die Armen in den städtischen Slums!; Das Land den Bauern! Organisiert die LandarbeiterInnen!; Gemeinsamer Kampf für die Frauenbefreiung!; Kampf der sexuellen Unterdrückung durch Staat und Kirche!; Schluß mit der Unterdrückung der Jugendlichen!; Nieder mit Militarismus und imperialistischen Krieg!; Die Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten!; Für eine ArbeiterInnen-Regierung, gestützt auf die armen Bauern und die städtische Armen; Durch den bewaffneten Aufstand zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus! ■



Independent Mass Workers' Party! 19.12.2015, in: Revolutionary Communism No. 45 (January 2016), <http://www.thecommunists.net/worldwide/latin-america/argentina-macri/>; for RCIT documents on the present impeachment crisis in Brazil see footnote 70.

92 Siehe dazu Michael Pröbsting: Cuba's Revolution Sold Out? The Road from Revolution to the Restoration of Capitalism, RCIT 2013, besonders Kapitel III

93 Siehe dazu z.B. Theodor Dan: Der Ursprung des Bolschewismus. Zur Geschichte der demokratischen und sozialistischen Idee in Russland nach der Bauernbefreiung, Verlag: J. H. W. Dietz Nachf., Hannover, 1968, S. 255-257

94 Aufstieg und Fall von SYRIZA wurden von uns in einer Reihe von Dokumenten und Resolutionen behandelt. Siehe RCIT: Upcoming Elections in Greece: Down with the Pro-Memorandum Parties! Critical Support for LAE (Popular Unity)! 13.9.2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/europe/critical-vote-for-lae/>; RCIT: Greece: SYRIZA Splits after Tsipras-Government Capitulates to the EU. For a new Workers' Party with a Revolutionary Program instead of nationalist narrow-minded Left Reformism, 25.8.2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/europe/syriza-splits/>; RCIT: SYRIZA betrays Greece's Workers and Poor – "OXI" was not meant as a "YES" to another austerity program! For the organization of mass resistance against the betrayal of the Tsipras government! Left wing in SYRIZA: Fight against the party leaders who are lackeys of the EU-Bosses! 11.7.2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/europe/syriza-betrayal/>; RCIT: 61.3% Vote OXI in the Greek Referendum: A Victory for the Entire European Working Class! A battle has been won, but the war against the EU and IMF continues! Nationalize the banks and media under workers' control! 6.7.2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/europe/greece-after-referendum/>; RCIT: Referendum in Greece on 5 July: Vote OXI! against the EU-Troika! No to any Austerity Program! Break with the EU and IMF! Nationalize the Banks and Media under Workers' Control! 30.6.2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/europe/greece-referendum-oxi/>; RCIT: Greece: No to the Surrender of the SYRIZA Leadership! 26.2.2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/europe/syriza-surrenders/>; RCIT: Greek Elections: SYRIZA Wins ... and Forms an Alliance with Reactionary Racists! 27.1.2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/europe/greece-syriza-anel/>; RCIT: Elections in Greece: Vote SYRIZA but Don't Trust the Tsipras Leadership! Organize the Struggle in Workplaces, Schools, and on the Streets! Fight for a Workers' Government! 22.1.2015, <http://www.thecommunists.net/worldwide/europe/greece-election-statement/>; Michael Pröbsting: After the elections on 17th June: A new phase of the Greek Revolution is beginning! 19.6.2012, www.thecommunists.net/worldwide/europe/greece-after-17-6-elections; Michael Pröbsting: Greece: For a Workers' Government! Critical electoral support for SYRIZA and KKE! Workers: Organize and prepare yourselves for the struggle for power! 6.6.2012, www.thecommunists.net/worldwide/europe/greece-for-a-workers-government; Michael Pröbsting: After SYRIZA's victory in the Greek elections: The question of a Workers Government and the revolutionary way forward, May 2012, www.thecommunists.net/worldwide/europe/after-the-greek-elections; Michael Pröbsting: Perspectives on the Greek Revolution, 10.11.2011, www.thecommunists.net/worldwide/europe/greece-revolution-or-tragedy

95 Siehe z.B. Pablo Iglesias: Understanding Podemos, in: New Left Review No. 93 (May/June 2015), pp. 7-22

96 Zum Niedergang der Mittelschicht in Spanien siehe z.B. José Félix Tezanos: Trends Of The Middle Classes' Decline In The Context Of Economic Crisis And Political Uncertainty: The Case Of Spain

97 Siehe z.B. César Rendueles and Jorge Sola: Podemos and the Challenges of Political Change in Spain, in: Near Futures Online Issue No. 1 (März 2016) "Europe at Crossroads"; Jordi

Mir Garcia: A Democratic Revolution Underway in Barcelona: Barcelona en Comú, in: Near Futures Online Issue No. 1; Pau Mari-Klose and Albert Julià: The 'enraged' Spanish Socialist voter: young and highly educated, 07. November 2014, http://www.policy-network.net/pno_detail.aspx?ID=4769&title=The+%E2%80%98enraged%E2%80%99+Spanish+Socialist+voter%3a+young+and+highly+educated; Toni Rodon and María José Hierro: Podemos and Ciudadanos Shake up the Spanish Party System: The 2015 Local and Regional Elections, in: South European Society and Politics (2016); David Rey and Arturo Rodriguez: Municipal and regional elections in Spain: the right wing bites the dust! 1. Juni 2015 <http://www.marxist.com/municipal-and-regional-elections-in-spain-the-right-is-crippled-landslide-for-podemos.htm>; Laureano Jimenez: Podemos: What is it and where is it going? 11. Februar 2015 <http://www.marxist.com/podemos-what-ist-it-and-where-is-it-going.htm>; Luke Stobart: Understanding Podemos, November 2014 bis Januar 2015 (Part 1 to 3), <http://left-flank.org/2014/11/05/explaining-podemos-1-15-m-counter-politics/>, <http://left-flank.org/2014/11/14/understanding-podemos-23-radical-populism/>, <http://left-flank.org/2015/01/02/understanding-podemos-33-commonsense-politics/>; David Mathieson: Si, we can! How the left-wing Podemos party is rattling the Spanish establishment, 5. Februar 2015, <http://www.newstatesman.com/politics/2015/02/si-we-can-how-left-wing-podemos-party-rattling-spanish-establishment>; François Sabado : The experience of Podemos in the Spanish State, its originality, its challenges, 22. Juni 2015, <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article4092>; Tom Lewis: Podemos and the Left in Spain, in: International Socialist Review Issue #98, <http://isreview.org/issue/98/podemos-and-left-spain>; Omar Hassan: Podemos and left populism, Marxist Left Review No.11 Sommer 2016, <http://marxistleftreview.org/index.php/no-11-summer-2016/130-podemos-and-left-populism>

98 W.I. Lenin: Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: LW Bd. 31, S. 60

99 Leo Trotzki: Der neue revolutionäre Aufschwung und die Aufgaben der Vierten Internationale. Postskriptum (1936), in: Unser Wort. Halbmonatszeitung der IKD, Jahrgang 4, Nr. 14 (78), Anfang September 1936, S.2f., <https://sites.google.com/site/sozialistischeklassiker2punkt0/trotzki/spanien/leo-trotzki-postskriptum-zu-der-neue-revolutionaere-aufschwung-und-die-aufgaben-der-iv-internationale>. In einem anderen Dokument hielt Trotzki fest: *"In Wirklichkeit ist die Volksfront die Hauptfrage proletarischer Klassenstrategie in dieser Epoche. Sie bietet auch das beste Kriterium für die Differenz zwischen Bolschewismus und Menschewismus. Denn es wird oft vergessen, dass das große historische Beispiel der Volksfront die Februarrevolution von 1917 ist. Vom Februar bis zum Oktober waren die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, die eine sehr gute Parallele zu den „Kommunisten“ und den Sozialdemokraten bilden, in engstem Bündnis und in einer dauernden Koalition mit der bürgerlichen Partei der Kadetten, mit denen sie zusammen eine Reihe von Koalitionsregierungen bildeten. Unter dem Zeichen dieser Volksfront befand sich die ganze Masse der Bevölkerung, einschließlich der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Freilich nahmen die Bolschewiki an den Räten teil. Aber sie machten nicht die geringsten Konzessionen an die Volksfront. Ihre Forderung lautete, diese Volksfront zu zerbrechen, das Bündnis mit den Kadetten zu zerstören und eine echte Arbeiter- und Bauernregierung zu schaffen."* (Leo Trotzki: Die niederländische Sektion und die Internationale (1936), in: Leo Trotzki, Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-39. Band 1. ISP-Verlag, Frankfurt am Main 1986, S. 204f.

100 W. I. Lenin: Der erste wichtige Schritt (1907), in: LW 12, S. 154f

101 W.I. Lenin: Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Russland (1910), in: LW 16, S. 385

102 W.I. Lenin: Über die Demonstration anlässlich des Todes Muromzews (1910), in: LW 16, S. 321f

103 Leo Trotzki: Die permanente Revolution, S. 136

Was will die RCIT?

Die *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz* (RCIT) – ist eine internationale Kampforganisation für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten. Sie hat nationale Sektionen in verschiedenen Ländern. Die ArbeiterInnenklasse ist die Klasse all jener (sowie deren Familien), die gezwungen sind, als Lohnabhängige ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Die RCIT stützt sich auf die Theorie und Praxis der revolutionären ArbeiterInnenbewegung, die mit den Namen Marx, Engels, Lenin und Trotzki verbunden sind.

Der Kapitalismus gefährdet unsere Lebensbedingungen und die Zukunft der Menschheit. Arbeitslosigkeit, Krieg, Umweltkatastrophen, Hunger, Ausbeutung gehören ebenso zum Alltag des Kapitalismus wie die nationale Unterdrückung von Migranten und Nationen und die Unterdrückung der Frauen, Jugendlichen und Homosexuellen. Daher wollen wir den Kapitalismus beseitigen.

Die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten ist nur in einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung möglich. Eine solche Gesellschaft kann nur international geschaffen werden.

Deswegen kämpft die RCIT für eine sozialistische Revolution im eigenen Land und weltweit.

Diese Revolution muß von der ArbeiterInnenklasse getragen und geführt werden, denn sie ist die einzige Klasse, die nichts als ihre Ketten zu verlieren hat.

Die Revolution kann nicht friedlich vonstatten gehen, denn noch nie hat eine herrschende Klasse freiwillig auf ihre Macht verzichtet. Der Weg zur Befreiung verläuft über den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg gegen die Kapitalisten.

Die RCIT kämpft für den Aufbau von Arbeiter- und Bauern-Republiken, wo sich die Unterdrückten in Basisversammlungen in den Betrieben,

Stadtteilen und Schulen – in Räten – organisieren. Diese Räte wählen und kontrollieren die Regierung und alle anderen Verwaltungen und können sie jederzeit abwählen.

Der wirkliche Sozialismus und Kommunismus hat nichts mit dem sogenannten "real existierenden Sozialismus" in der Sowjetunion, China, Kuba oder Osteuropa zu tun. In diesen Staaten beherrschte und unterdrückte eine Bürokratie das Proletariat.

Die RCIT unterstützt alle Anstrengungen, um die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen, Arbeiter und Unterdrückten zu verbessern. Wir verbinden dies mit einer Perspektive des Sturzes des Kapitalismus.

Wir arbeiten in den Gewerkschaften und treten dort für Klassenkampf, Sozialismus und ArbeiterInnendemokratie ein. Doch Gewerkschaften und Sozialdemokratie werden von einer Bürokratie beherrscht. Diese Bürokratie ist eine Schicht, die durch Posten und Privilegien mit Staat und Kapital verbunden ist. Sie steht den Interessen und Lebensbedingungen der Mitglieder fern. Diese Bürokratie stützt sich v.a. auf die obersten, privilegierten Schichten der Arbeiterklasse – der Arbeiteraristokratie. Der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse muß sich auf die breite Masse des Proletariats statt auf ihre Oberschicht stützen.

Die RCIT strebt die Einheit in der Aktion mit anderen Organisationen an. Doch wir sind uns bewußt, daß die Politik der Sozialdemokratie und der pseudo-revolutionären Gruppen schädlich ist und sie letztlich ein Hindernis für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse darstellen.

Wir treten für die Enteignung der Großgrundbesitzer ein sowie für die Verstaatlichung des Bodens und seine Aufteilung an die armen und landlosen Bauern. Wir treten für die unabhängige Organisation der Arbeiter in der Landwirtschaft ein.

Wir unterstützen Befreiungsbewegungen gegen nationale Unter-

drückung. Ebenso unterstützen wir die antiimperialistischen Kämpfe unterdrückter Völker gegen die Großmächte. Innerhalb dieser Bewegungen treten wir für eine revolutionäre Führung als Alternative zu nationalistischen oder reformistischen Kräften ein.

In einem Krieg zwischen imperialistischen Staaten nehmen wir eine Position des revolutionären Defaitismus ein. Das bedeutet, daß wir keine der beiden Seiten unterstützen und die Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg gegen die herrschende Klasse befürworten. In einem Krieg zwischen einer imperialistischen Macht (oder deren Handlanger) und einem halb-kolonialen Land treten wir für die Niederlage ersterer und den Sieg des unterdrückten Landes ein.

Der Kampf gegen nationale und gesellschaftliche Unterdrückung (Frauen, Jugend, sexuelle Minderheiten) muß von der Arbeiterklasse geführt werden. Wir treten für revolutionäre Bewegungen der Unterdrückten ein (Frauen, Jugend, Migranten usw.), die sich auf die Arbeiterklasse stützen. Wir lehnen die Führung von kleinbürgerlichen Kräften ab (Feminismus, Nationalismus, Islamismus usw.) und streben deren Ersetzung durch eine revolutionär-kommunistische Führung an. Nur mit einer revolutionären Kampfpartei an der Spitze kann die ArbeiterInnenklasse siegen. Der Aufbau einer solchen Partei und die Durchführung einer erfolgreichen Revolution wie es die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki in Rußland vor-machten, sind auch im 21. Jahrhundert ein Vorbild für die revolutionäre Parteien und Revolutionen.

Für neue, revolutionäre Arbeiterparteien in allen Ländern! Für eine 5. Arbeiter-Internationale auf revolutionärer Grundlage! Schließ dich der RCIT an!

Keine Zukunft ohne Sozialismus! Kein Sozialismus ohne Revolution! Keine Revolution ohne revolutionäre Partei!

